deutsche architektur



Architekturwettbewerb 1968 • Entwicklung des Städtebaus im Bezirk Halle • Kulturzentrum Halle-Neustadt • Rekonstruktion der Stadt Dessau

Die Zeitschrift

deutsche architektur

erscheint monatlich

Heftpreis 5,– Mark

Bezugspreis vierteljährlich 15,– Mark

Bestellungen nehmen entgegen:

Заказы на журнал принимаются:
Subcriptions of the journal are to be directed:
Il est possible de s'abonner á la revue:

In der Deutschen Demokratischen Republik:
Sämtliche Postämter, der örtliche Buchhandel und der VEB Verlag für Bauwesen, Berlin

Im Ausland:

· Sowjetunion
Alle Postämter und Postkontore sowie die städtischen Abteilungen Sojuspechtj

· Volksrepublik China
Waiwen Shudian, Peking, P. O. Box 50

· Tschechoslowakische Sozialistische Republik
Orbis, Zeitungsvertrieb, Praha XII, Vinohradska 46 – Bratislava, Leningradska ul. 14

· Volksrepublik Polen
P. P. K. Ruch, Warszawa, Wilcza 46

· Ungarische Volksrepublik
Kultura, Ungarisches Außenhandelsunternehmen für Bücher und Zeitungen, Rakoci ut. 5, Budapest 62

· Sozialistische Republik Rumänien
Directia Generala a Postei si Difuzarii Presei Palatul Administrativ C. F. R., Bukarest

· Volksrepublik Bulgarien
Direktion R. E. P., Sofia 11 a, Rue Paris

· Volksrepublik Albanien
Ndermarrja Shtetnore Botimeve, Tirana

· Österreich
GLOBUS-Buchvertrieb, Wien I, Salzgries 16

· Für andere Länder:
Der örtliche Fachbuchhandel und der VEB Verlag für Bauwesen, 108 Berlin, Französische Straße 13–14

Deutsche Bundesrepublik und Westberlin:
Der örtliche Fachbuchhandel und der VEB Verlag für Bauwesen, Berlin
Die Auslieferung erfolgt über HELIOS-Literatur-Vertrieb-GmbH, Berlin-Borsigwalde, Eichborndamm 141–167
Vertriebszeichen: A 21518 E

Verlag
VEB Verlag für Bauwesen, Berlin, Französische Straße 13–14
Verlagsleiter: Georg Waterstradt
Telefon: 22 02 31
Telegrammadresse: Bauwesenverlag Berlin
Fernschreiber-Nr. 011 441 Techkammer Berlin (Bauwesenverlag)

Redaktion
Zeitschrift „deutsche architektur", 108 Berlin, Französische Straße 13–14
Telefon: 22 03 61
Lizenznummer: 1154 des Presseamtes beim Vorsitzenden des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik
Vervielfältigungsgenehmigung Nr. 3/33/69 bis 3/40/69

Gesamtherstellung:
Druckerei Märkische Volksstimme, 15 Potsdam, Friedrich-Engels-Straße 24 (1/16/01)



In dem Jahr, da die Deutsche Demokratische Republik ihr 20jähriges Bestehen feiert, begeht der VEB Verlag für Bauwesen sein zehnjähriges Jubiläum. Aus diesem Anlaß findet in der Zeit vom 10. bis 20. November 1969 täglich von 10 bis 18 Uhr in Berlin im BZ-Pavillon in der Friedrichstraße eine repräsentative Buchausstellung statt. Wir laden Sie zu dieser Ausstellung recht herzlich ein und würden uns freuen, Sie begrüßen zu können.

VEB Verlag für Bauwesen

Aus dem vorigen Heft:

Mit Stolz und Zuversicht ins dritte Jahrzehnt
Die Hauptstadt der DDR verändert ihr Gesicht
Der Aufbau der Leipziger Straße in Berlin
Berichte über den Aufbau in mehreren Bezirken der DDR
Die Gestaltung des Stadtzentrums von Cottbus
Die Gestaltung des Stadtzentrums von Schwedt

Im nächsten Heft:

Krankenhausbau:
Stand und Entwicklung der Krankenhausbauten in der DDR
Aufgaben der territorialen Planung im Gesundheits- und Sozialwesen
Robert-Rössle-Klinik in Berlin-Buch
Kreiskrankenhaus Hoyerswerda
Kreisgesundheitszentrum Schwedt
Krankenhausbau in der Sowjetunion
Entwicklung der Bauten des Kur- und Bäderwesens

Redaktionsschluß:

Kunstdruckteil: 1. August 1969
Illusdruckteil: 1. August 1969

Titelbild:

Neuer Wohnkomplex in Halle-Neustadt
Foto: G. Große, Königswartha

Fotonachweis:

Doris Klützow, Rostock (3); IHB Berlin, Fotolabor (1); Lutz Humann, Karl-Marx-Stadt (2); Foto-Böttcher, Leipzig (1); Ipro Leipzig (1); Rat der Stadt Dresden, Bildstelle (1); Heinz Graffunder, Berlin (1); G. Beygang, Karl-Marx-Stadt (1); Institut für Denkmalpflege, Halle (1); G. Richter, Halle (19); Helmut Schmidt, Halle (10); Walter Kirsch, Wittenberg (10); Gerald Große, Königswartha (7); Foto-Ziegler, Halle (3); Horst Rudweleit, Köthen (1); Herbert Walter, Berlin (1)

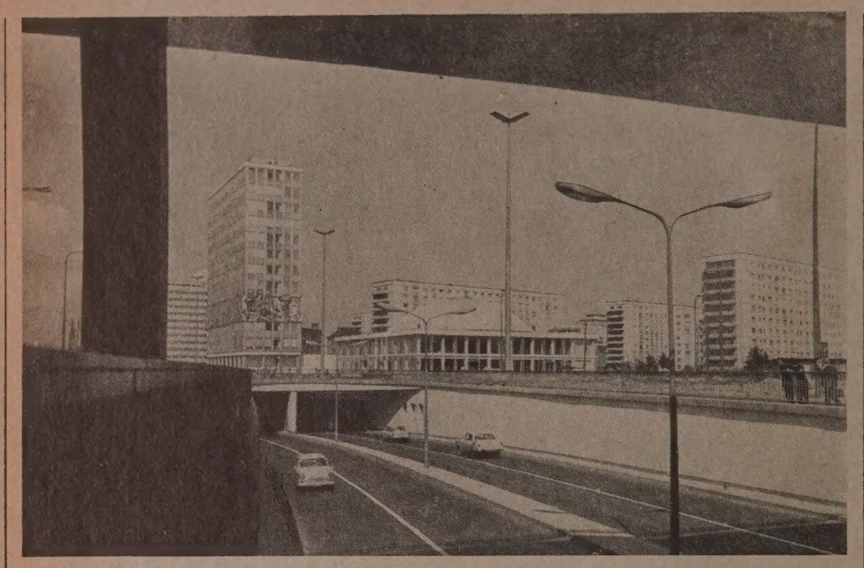
10 deutsche architektur

XVIII. Jahrgang
Berlin
Oktober 1969

■ 578 Notizen — red.
■ 580 Kritik und Meinungen
580 ■ Kritische Analysen für den Schritt ins dritte Jahrzehnt — Gerhard Krenz
581 ■ Architektur als schöpferischer Prozeß — Horst Rath
582 ■ Zur Anwendung der wissenschaftlichen Termini in der sozialistischen Architektur — Brigitte Heinrich
583 ■ Braucht der sozialistische Städtebau ein neues Gesetz? — Winfried Müller
583 ■ Zur „Kritik an der Kritik" von Dipl.-Ing. Josef Kaiser — Werner Rösler
584 IV. Internationale Konferenz zu Fragen der Typenprojektierung und Typung im Bauwesen — Horst Bäumler
■ 585 Architekturwettbewerb 1968 — red.
■ 590 Entwicklung des Städtebaus im Chemiebezirk Halle
590 Mit klarer Konzeption an die neuen Aufgaben — Karlheinz Schlesier
594 Halle-Neustadt – Entwicklungsetappen einer Planung
596 Zum Arbeitsverfahren beim Aufbau des Stadtzentrums von Halle-Neustadt — Joachim Bach
598 Gesellschaftliche Zentren der Wohnkomplexe in Halle-Neustadt — Harald Zaglmaier
602 Das Kulturzentrum Halle-Neustadt — Joachim Bach
608 Zur Entwicklung des Wohnungsbaus im Bezirk Halle — Harald Zaglmaier
614 Experimentalschulanlage mit Mehrfunktionseinrichtung — Sigbert Fliegel
619 Einige Aspekte des Generalbebauungsplanes Merseburg — Gerhard Berndt
624 Rekonstruktion der Stadt Dessau — Gottfried Rudowsky
627 Sozialistische Demokratie im Städtebau — G. Plahnert
628 Querfurt und Bernburg – Beispiele einer rationellen Bearbeitung von Generalbebauungsplänen — Peter-Klaus Pfannschmidt
631 Das Uni-HP-System — Herbert Müller
634 Territoriale Datenbank — Peter Gromes
■ 636 Informationen — red.

Herausgeber: Deutsche Bauakademie und Bund Deutscher Architekten

Redaktion: Dr. Gerhard Krenz, Chefredakteur
Dipl.-Wirtschaftler Walter Stiebitz, Dipl.-Ing. Claus Weidner, Redakteure
Erich Blocksdorf, Typohersteller

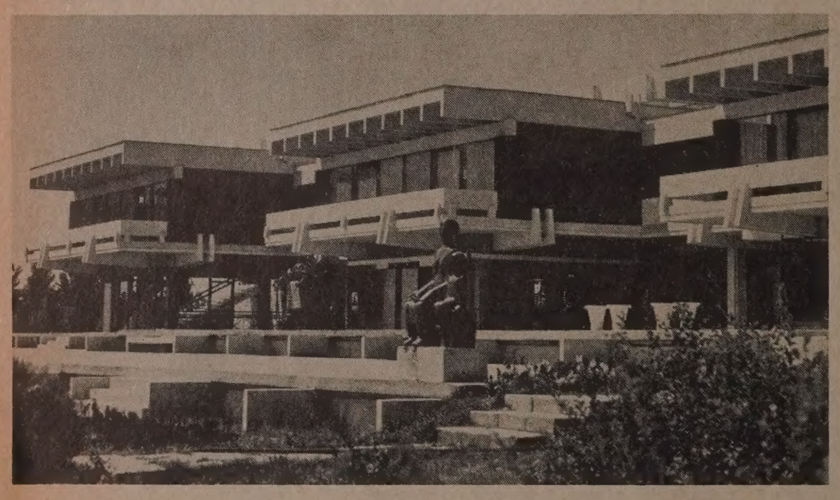


Der neue Straßentunnel am Berliner Alexanderplatz schafft eine Verbindung zwischen dem Norden der Stadt und der neuen Tangente am Süden des Zentrums

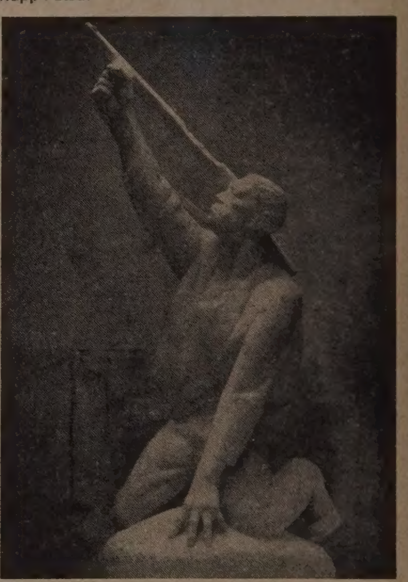


In Leipzig an der Katharinenstraße wurde das historische Romanushaus restauriert

In Mangalia-Nord an der rumänischen Schwarzmeerküste entstand dieses neue Restaurant



Der Berliner Bildhauer Hans Kies schuf dieses Modell eines Denkmals für die Kämpfer gegen den Kapp-Putsch



Warschau wächst

Bis 1985 sollen in Warschau 300 000 neue Wohnungen errichtet werden. Die Wohnfläche soll sich faktisch verdoppeln, während man in diesem Zeitraum mit einem Wachsen der Einwohnerzahl von 1,3 auf 1,6 Millionen rechnet. Die Neugestaltung des Stadtzentrums soll 1972 abgeschlossen werden.

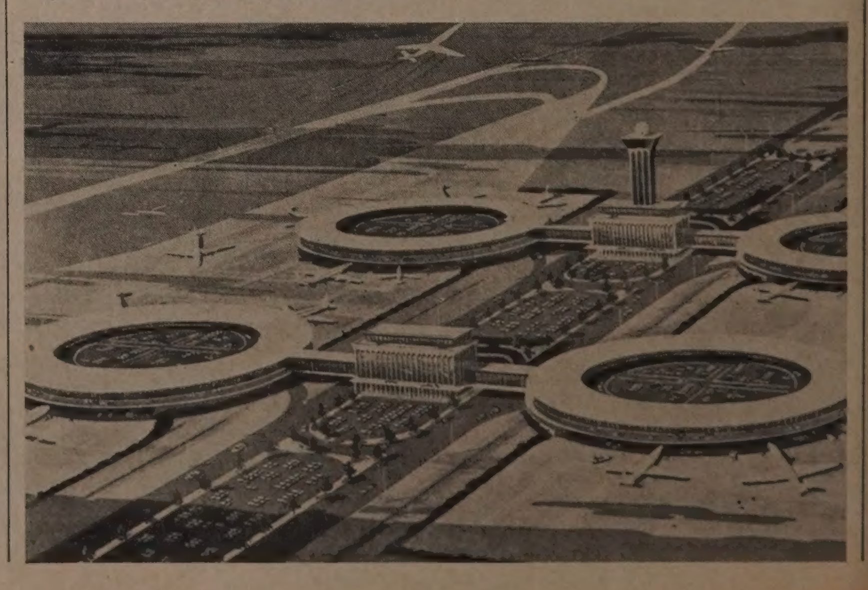
Ein neuer Architekturtrend?



Zeichnung: von Eyk, aus „Bouw", H. 27/28, 1969

Interkontinentalflughafen Louisville

1976 soll ein neuer Großflughafen (Bild unten) in Louisville (USA) fertiggestellt werden, der es Interkontinentalflugzeugen ermöglichen soll, bereits überfüllte Luftkorridore zu vermeiden. Man rechnet in einem Jahr mit 4 Millionen Passagieren und einigen Hunderttausend Tonnen Luftfracht. Die runden Abfertigungsgebäude lassen die gleichzeitige Abfertigung von etwa 50 Maschinen zu. In ihren Innenhöfen befinden sich Parkplätze für je 750 Fahrzeuge. Luftfrachten sollen unmittelbar in Lagerhallen oder Eisenbahnen umgeladen werden können. Unmittelbar an den Flughafen angrenzend soll ein großes Industriegebiet entstehen.



Reform im Bauwesen der UdSSR

Mitte dieses Jahres faßte der Ministerrat der UdSSR einige wichtige Beschlüsse für die weitere Entwicklung des Bauwesens. Es handelt sich um Beschlüsse „Über die Vervollkommnung der Planung des Investbaus und über die verstärkte ökonomische Stimulierung der Bauproduktion", „Über Maßnahmen zur Verbesserung der Qualität des allgemeinen Hochbaus" und „Über die Verbesserung des Projektierungswesens".

Nach diesen Beschlüssen soll sich der Fünfjahrplan zur Hauptform der Planung des Investbaus entwickeln. Dieser Plan ist in allen Ebenen nach Jahren aufgeschlüsselt auszuarbeiten. Beginnend mit dem Plan für 1971 bis 1975 müssen für jedes Investvorhaben alle Mittel und Kapazitäten für die gesamte Dauer bis zur Fertigstellung festgelegt werden.

Neue im Fünfjahrplan nicht vorgesehene Objekte können nur ausnahmsweise bei der Bilanzierung der Jahrespläne zusätzlich in den Plan kommen. Damit soll der Planung eine größere Stabilität verliehen werden. Die Baubetriebe sollen für einen längeren Zeitraum eine klare Perspektive erhalten und auf die kurzfristige Fertigstellung konkreter Objekte orientiert werden.

Gleichzeitig werden Maßnahmen zu einer wirksamen ökonomischen Stimulierung und zur verstärkten Anwendung des Kredits in der Bauproduktion vorbereitet. Ab 1970 sollen die Baubetriebe entsprechend den neuen Bedingungen der Wirtschaftsführung die Verrechnungen mit den Auftraggebern für die fertigen Objekte oder Arbeitsstufen ohne Zwischenzahlung vornehmen.

Die Anzahl der zu bestätigenden Plankennziffern der Baubetriebe soll erheblich eingeschränkt werden, um die operative Eigenverantwortung zu erhöhen.

Das wichtigste Dokument, das die Beziehungen zwischen Auftragnehmer und Auftraggeber regelt, wird der Generalvertrag sein. Die Prämien für die Inbetriebnahme neuer Produktionskapazitäten werden erhöht. Wenn die Bauzeiten gegenüber den Normen noch verkürzt werden, können die Prämien zusätzlich erhöht werden.

Die Projektierungsorganisationen sollen ebenfalls auf dieses neue System umgestellt werden. Das Hauptziel dieser Beschlüsse ist die Sicherung der planmäßigen Inbetriebnahme neuer Kapazitäten, sowie die Erhöhung der Qualität der Bauarbeiten und des Nutzeffektes der Investitionen.

Im Zentrum von Aschchabad (UdSSR) entstand dieses neue Verwaltungsgebäude. Entwurf: Architekten A. Achmedow, F. Alijew, A. Seinalow, E. Kritschewskaja, W. Kutumow. Fries: W. Lemport und N. Silis

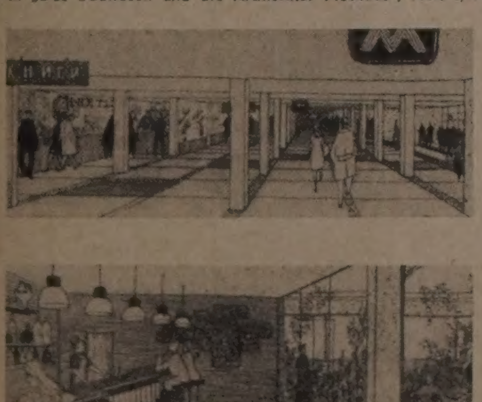


Siedlungszentrum in Ungarn

Die ungarische Großgemeinde Celldemölk, die heute rund 10 000 Einwohner zählt und sich zu einem Schwerpunkt im umliegenden Gebiet entwickelt, erhält ein neues Zentrum mit einigen vielgeschossigen Bauten und einem Kulturhaus, das einen Theatersaal und Klubräume umfaßt. Zu dem neuen Zentrum werden ferner moderne Läden, Dienstleistungseinrichtungen, ein Espresso und eine Markthalle gehören. In Celldemölk, das sich auch als Eisenbahnknotenpunkt und Industriestandort entwickelt, haben 4000 Menschen, davon 1500 aus den umliegenden Dörfern, ihren Arbeitsplatz.

Auch unter der Erde interessant

Die Moskauer Architektin Wassilewa schlägt vor, den Raum unter der Erde zum Beispiel bei Fußgängertunneln besser zu nutzen. Eine Anregung auch für unsere Stadtplaner. Zu finden in „Das Bauwesen und die Architektur Moskaus", Heft 6/1969



Denke metrisch ...

Lautet die Aufforderung dieses Plakates, das die konservativen Engländer animieren soll, bis zum Jahre 2000 (!) das metrische System einzuführen.



Staatsverdrossenheit

Sicher ist es kein Zufall, daß in der westdeutschen Fachpresse kaum daran erinnert wurde, daß auch die Bundesrepublik zwanzig Jahre besteht. Offensichtlich ist ein Unbehagen darüber, daß in diesen zwanzig Jahren die Grundprobleme des Städtebaus in Westdeutschland nicht gelöst wurden, die Ursache.

Dieses Unbehagen wird in Antworten auf eine retrospektive Umfrage der in Westberlin erscheinenden „Bauwelt" deutlich. Die „Bauwelt" fragte in Bezugnahme auf die vor 20 Jahren erfolgte Bildung der Bundesrepublik:

„Sehen Sie in der gegenwärtigen Ordnung unserer Umwelt eine Bestätigung der Absichten, die diesen Entscheidungen (gemeint sind politische Entscheidungen des Staates. Red.) zugrunde lagen?"

Solche Befragten wie der Präsident des Zentralverbandes der Haus- und Grundeigentümer, Dr. Preusker, oder Minister Höcherl fanden natürlich alles in Ordnung.

Namenhafte Sozialwissenschaftler dagegen, die die Realitäten genau kennen, kamen allerdings zu ganz anderen Antworten:

Prof. Dr. Bahrdt (Universität Göttingen):

„Die gegenwärtige Ordnung (und Unordnung) ist zwar durch politische Entscheidungen und Festgelegtheiten (starke Vorbehalte gegen Planung, starker Schutz des Privateigentums an Grund und Boden, Erschwerung der Veränderung von Gemeindegrenzen, Eigenheimförderung) beeinflußt. Aber das Ergebnis besteht zum großen Teil aus nicht beabsichtigten und unvorhergesehenen Nebenwirkungen der o. a. Weichenstellungen:

Zersiedlung der Landschaft, Suburbanismus, Verkehrschaos usw."

Prof. Dr. Hoffmann (Universität Marburg):

„In den vergangenen Jahren hat sich das Antlitz vor allem unserer Großstädte zu einem monumentalen Zeugnis unserer Wirtschaftsordnung gestaltet: Unsere Städte sind zu einer Funktion einerseits der Bedürfnisse der Automobilindustrie, andererseits der Grundrente geworden."

Damit sich daran auch in Zukunft nichts ändert, wurde auch in der vergangenen Legislaturperiode des westdeutschen Bundestages die Annahme eines sogenannten „Städtebauförderungsgesetzes" von jenen mächtigen Interessengruppen, die den westdeutschen Staat beherrschen, mit antikommunistischen Phrasen zu Fall gebracht.

Der westdeutsche BDA, dessen Leitung durchaus nicht linker Tendenzen verdächtigt werden könnte, sah sich veranlaßt, dazu folgende Stellungnahme abzugeben:



„Die 43. Delegiertenversammlung des Bundes Deutscher Architekten sieht sich angesichts der bestürzenden Vorgänge um das Scheitern des Städtebauförderungsgesetzes zu der Feststellung veranlaßt, daß die dafür verantwortlichen Bundestagsfraktionen ihre Pflicht zur sachlichen und nicht an wahltaktischen Rücksichtnahmen oder Gruppeninteressen orientierten Entscheidung verletzt haben. Obwohl alle qualifizierten und interessenfreien Fachkreise sich unmißverständlich für dieses Gesetz ausgesprochen hatten, wurde der Entwurf mit unzulänglichen Einwendungen zu Fall gebracht, indem das Gespenst der Sozialisierung an die Wand gemalt und selbstverschuldete Zeitknappheit zum Vorwand genommen wurde, nicht weiter tätig werden zu können. So wurde dem jetzigen Ressortminister das längst fällige Gesetz bewußt versagt. Durch diese Umstände werden notwendige Maßnahmen auf dem Gebiet des Städtebaues, die für die Entwicklung unseres ganzen Landes von Bedeutung sind, in unverantwortlicher Weise aufgeschoben. Der Öffentlichkeit aber wurde hierdurch das deprimierende Schauspiel einer die Staatsverdrossenheit fördernden Interessenpolitik geboten."

Kritische Analysen für den Schritt ins dritte Jahrzehnt

Einige Gedanken zur Vorbereitung des VI. Kongresses des BDA

In diesen Tagen haben wir den Schritt ins dritte Jahrzehnt unseres sozialistischen Staates getan. Die vergangenen zwei Jahrzehnte konnten wir mit einer positiven Bilanz abschließen. Die Architekten sind an dieser erfolgreichen Entwicklung unmittelbar beteiligt. Die besten Leistungen der Städtebauer und Architekten fanden bei den Bürgern der DDR, aber in zunehmendem Maße auch international Anerkennung. Unser Staat hat diese Leistungen gerade in diesen Tagen in vielfacher Weise gewürdigt. Die zentrale Ausstellung über die Entwicklung der Architektur und der bildenden Kunst in der DDR macht die großen Fortschritte sichtbar, die auf diesem Gebiet bei der Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus erreicht wurden.

Gerade jetzt, wo wir neuen Zielen entgegengehen, scheint es mir jedoch um so notwendiger, das Erreichte sehr kritisch zu analysieren: Wo wurden vom Standpunkt der sozialistischen Perspektive echte Fortschritte erreicht? Wo sind wir zurückgeblieben? Und wo zeichnen sich Tendenzen ab, die für die Herausbildung von Wesenszügen der sozialistischen Architektur hemmend sind. Ein solcher sachlicher Meinungsstreit über Grundfragen der sozialistischen Architekturentwicklung, frei von persönlichem Gezänk und arroganter Besserwisserei, würde zugleich ein wichtiger Beitrag zur Vorbereitung des VI. Bundeskongresses des Bundes Deutscher Architekten sein.

Ich möchte mir erlauben, dazu einige persönliche Auffassungen darzulegen und Fragen aufzuwerfen, von denen ich glaube, daß sie im Rahmen einer solchen kollektiven Meinungsbildung diskutiert werden könnten.

Wo zeichnen sich neue progressive Tendenzen für die Entwicklung der sozialistischen Architektur ab?

Wenn man die Entwicklung unseres Städtebaus und der Architektur in den letzten Jahren überblickt, dann wird ganz offensichtlich, daß der VII. Parteitag der SED mit seiner programmatischen Zielstellung einen ganz markanten Ausgangspunkt für neue Wege und neue Lösungen darstellt. Die Gedanken Walter Ulbrichts in seinem Brief an den Präsidenten des BDA, vor allem die Forderung, die heutigen Aufgaben mit Weitblick zu lösen, gaben dieser Entwicklung starke Impulse.

Was sind die wichtigsten, progressiven, das heißt für die weitere Entwicklung richtungweisenden Ergebnisse, Tendenzen und Lösungen:

■ Mit der **Generalbebauungsplanung der Städte und Bezirke** wurden zum ersten Mal umfassende Planungsgrundlagen für die Entwicklung und sozialistische Umgestaltung der gesamten Siedlungsstruktur und der wichtigsten Städte in der DDR geschaffen. Es entstanden erstmalig Überlegungen für eine neue integrierte Stadtstruktur (Leipzig), ein Territorialmodell der Stadt (Berlin) und Projekte für landwirtschaftliche Siedlungsschwerpunkte.

■ Die Ausarbeitung **gesellschaftspolitischer Zielstellungen** für die Umgestaltung wichtiger Stadtzentren förderte städtebauliche, architektonische und bildkünstlerische Lösungen, die in ihrer Wirkung als Ensemble eine neue Qualität aufweisen (Berlin, Karl-Marx-Stadt u. a.) und dazu beitragen, den Städten ein charakteristisches Gesicht zu geben.

■ In einigen Städten wurden neue Lösungen für eine grundlegende **Verbesserung des Massenverkehrs** durch Stadtschnellbahnen in Angriff genommen (Leipzig, Dresden, Halle, Magdeburg).

■ Mit der Entwicklung neuer funktioneller Lösungen, die die Vorteile der sozialistischen Produktionsverhältnisse (z. B. in der Kooperation und Kombination) besser nutzen und die Entwicklung sozialistischer Umweltbedingungen fördern sowie mit der Weiterentwicklung des industriellen Bauens gelang es, einen entscheidenden Schritt zur Überwindung der Monotonie und des Schematismus voranzukommen. Es entstand eine Reihe beispielhafter Bauten, Ensembles und Projekte, die für die weitere Entwicklung progressive Tendenzen aufweisen. Dazu würde ich persönlich das Ensemble Rathaus- und Liebknechtstraße in Berlin, den ersten Bauabschnitt der Akademie für marxistisch-leninistische Organisationswissenschaften, die Projekte Wohngebiet, Rostock-Evershagen; Erfurt, Gagarin-Ring-Süd und die Studie für das Kulturzentrum Halle-Neustadt, die mit ihrer Kombination von Funktionen das gesellschaftliche Leben aktivieren werden, den neuen Industriebau in Cottbus und einige neue Großanlagen der Landwirtschaft zählen.

■ Es ist eine Reihe von überzeugenden Beispielen für die Erhaltung, Neufunktionierung und **Einbeziehung wertvoller Bausubstanz** geschaffen worden, wie die Rekonstruktion der Kröpeliner Straße in Rostock als Fußgängerbereich, des Schlosses in Merseburg und der Stadthalle in Magdeburg.

Wir sollten gemeinsam die besten Leistungen analysieren und versuchen, daraus Schlußfolgerungen für die künftige Arbeit zu ziehen.

Gleichzeitig ist es jedoch erforderlich, einige kritische Probleme aufzuwerfen.

Bauen wir an der Prognose vorbei?

Wir sind heute in der glücklichen Lage, unsere Arbeitsergebnisse an einer Reihe wichtiger Prognosen zur Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft und der wissenschaftlich-technischen Revolution messen zu können. Wir müssen uns also an jedem Ort die Frage vorlegen: Entspricht das, was wir planen und bauen, der Perspektive, oder bauen wir an der Prognose vorbei?

Die Gesellschaft hat zum Beispiel ein echtes und wachsendes Bedürfnis an interessanten, lebendigen und harmonischen städtebaulichen Räumen. Aber ist nicht eine Reihe von Projekten für neue Ensembles einfach eine Anhäufung von interessanten Einzelbauwerken, von denen jedes einzelne durch eine eigenwillige, kaum durch die Funktion begründete Baukörperform oder Höhe hervortreten will?

Wir alle wissen, daß die Mehrung der Freizeit und ihre effektive Nutzung eine der wichtigsten Potenzen der künftigen Produktivitäts- und Kulturentwicklung, einen entscheidenden Faktor der Überlegenheit des Sozialismus darstellt. Wir wissen auch, daß die Entwicklung des städtischen Verkehrs dabei eine wichtige Rolle spielt. Wie ist es dann zu vertreten, daß die Realisierung neuer Verkehrskonzeptionen in einigen Städten zur Folge hat, daß die tägliche Fahrzeit für viele Werktätige nicht kürzer, sondern länger wird?

Wir haben in vielen Städten moderne Straßenkonzeptionen in Angriff genommen, die den schnell wachsenden individuellen Verkehr noch fördern werden, aber – wie aus anderen Ländern bekannt ist – nicht das Verkehrsproblem in den Großstädten lösen. Sind wir nicht bei der Entwicklung moderner Konzeptionen des städtischen Massenverkehrs, die allein unter sozialistischen Bedingungen eine reale Lösung finden können, zurückgeblieben?

Es ist kein Geheimnis, daß wir den Boden unserer großen Städte mit höchster Effektivität nutzen müssen. Im Unterschied zu kapitalistischen Ländern haben wir dazu auch die gesellschaftlichen Voraussetzungen. Aber wir haben noch wenige Planungen für neue städtebaulich-räumliche Strukturen, die eine konzentrierte Nutzung des Baulandes in mehreren Ebenen, besonders auch des unterirdischen Raumes vorsehen. Wo Fußgängertunnel gebaut wurden, wurden sie meist als „Fluchtweg" der Fußgänger vor dem Auto, nicht aber als ein Weg gestaltet, den man mit Freude, Interesse und Nutzen durchschreitet.

Es gibt noch viele Probleme dieser Art. Im Kern geht es dabei, so glaube ich, um die Frage, wie wir prognostische Lösungen finden, die gleichzeitig den realen ökonomischen und technischen Bedingungen entsprechen.

Sind unsere Konzeptionen realistisch?

Die Zukunft unserer Städte kann natürlich nur Schritt für Schritt mit jeweils vorhandenen Mitteln realisiert werden. Sie kann aber um so schneller Gestalt annehmen, je rationeller wir planen und bauen, je schneller sich unsere heutigen Bauten im volkswirtschaftlichen Rahmen amortisieren. Und in diesem Punkt ist meines Erachtens eine Reihe heutiger Konzeptionen anfechtbar.

Von dieser Seite sollten zum Beispiel einmal unsere städtebaulichen Wettbewerbe durchleuchtet werden. Wir haben ja in den letzten Jahren – und das ist eine sehr positive Entwicklung – viele interessante städtebauliche Wettbewerbe durchgeführt. Man muß aber einmal die Frage aufwerfen: Welche Wettbewerbe bildeten eine Grundlage für die Realisierung? Man kann leicht feststellen, daß die Wettbewerbsergebnisse nur in wenigen Fällen in die Planung aufgenommen wurden. Werden die Wettbewerbe einfach ignoriert? Sicher gibt es viele unterschiedliche Ursachen, aber ein Hauptgrund scheint mir der zu sein, daß die Wettbewerbsarbeiten oft nicht den realen Möglichkeiten der Städte Rechnung tragen, was allerdings kaum den Architekten angelastet werden kann, sondern seine Ursache schon in überzogenen Forderungen in der Aufgabenstellung hat.

Prognostische Sicht heißt nicht, schon heute jedes Detail festlegen zu wollen und jetzt alles Bestehende zu verändern oder gar tabula rasa zu machen. Es heißt vielmehr, die Dynamik im Auge haben, Etappen abzustecken und das jetzt Realisierbare mit dem höchsten gesellschaftlichen Effekt verwirklichen. Es muß dabei die Frage aufgeworfen werden, ob solche Konzeptionen vertretbar sind, die ohne Notwendigkeit Flächenabrisse bei noch brauchbarer Bausubstanz vorsehen und damit das Wohnungs- und Arbeitsraumproblem nicht erleichtern, sondern belasten.

Die Frage der Ökonomie im Reproduktionsprozeß der Stadt kann niemand ignorieren. Gestalterisch noch so interessante Planungen sind unrealistisch, wenn sie nicht gleichzeitig auf lange Sicht einen optimalen ökonomischen Nutzeffekt sichern. In diesem Zusammenhang sollte auch die Entwicklung des industriellen Bauens im Rahmen des Einheitssystems Bau in den Kreis der aktuellen Probleme einbezogen werden.

Gegenwärtig gibt es eine Reihe von Experimenten für die Anwendung hoch rationalisierter, aber in der industriellen Entwicklungsfähigkeit doch begrenzter Bauweisen, während wir in der Entwicklung solcher Vollmontagebauweisen wie der Raumzellenbauweise, die z. B. in der Sowjetunion stark gefördert wird, stehen geblieben sind. Machen wir nicht auf diese Weise einen Umweg? Oder sehen wir nur noch die Probleme des vielgeschossigen und Wohnhochhausbaus in den Stadtzentren?

Steht der Mensch im Mittelpunkt der architektonischen Gestaltung?

Damit kommen wir zu einer entscheidenden Frage: Gehen unsere architektonischen Konzeptionen immer von dem Verfassungsgrundsatz aus, daß der Mensch im Mittelpunkt all unserer Bestrebungen steht? Dazu gehören sowohl seine materiellen wie geistigen Ansprüche, natürlich auch die Schönheit seiner Umwelt.

In letzter Zeit tauchen jedoch in verschiedenen Städten Konzeptionen auf, die immer mehr nur von formalen und zum Teil zweifelhaften Gesichtspunkten gestaltet erscheinen. Da gibt es Schlangen, Rundbauten, Vor und Rücksprünge, eine zitternde Silhouette von Hochhäusern. Man hat den Eindruck, daß die chaotische Bebauung von Manhattan – ähnlich wie in der Westberliner „Gropius-Stadt" – zum neuen Schönheitsideal erklärt werden soll.

Bei genauerer Betrachtung ist daran jedoch für den Bewohner nichts besser. Die Hausarbeit ist nicht erleichtert. Meist sind es die traditionellen Grundrisse, zum Teil schlechtere mit Durchgangszimmern und mit Wohnungen ohne Sonne. Nicht nur die Geschoßzahl, auch die durchschnittlichen Kosten je Wohnungseinheit steigen dabei höher und höher. Ich glaube, daß diese Tendenz für die Lösung des Wohnungsproblems genau so verfehlt ist wie die Meinung, man könne außerhalb der Zentren der

größeren Städte mit dem gleichen Schematismus weiterbauen, der schon seit Jahren kritisiert wird. Zeitigt nicht auch die einseitige Betonung des semiotischen Aspekts in der Architektur das Bestreben, um jeden Preis noch nie dagewesene „Zeichen" zu setzen, Auswirkungen, die einmal diskutiert werden sollten? Ist die Begründung für die Form des neuen Hochhauses in Jena, daß hierbei Elemente der optischen Industrie zum Ausdruck kommen sollen, akzeptabel, oder haben wir es mit einer Erscheinung wie der Sechs- und Achteckwelle oder dem plötzlich überall in der bildenden Kunst auftauchenden Fahnenmotiv zu tun?
Ich möchte betonen, daß es in jeder Stadt einmalige Bauwerke geben muß, die sehr wesentlich das Stadtbild prägen, wie z. B. der Berliner Fernsehturm. Nur sollte daraus keine allgemeine Theorie entstehen, sowie man aus der Tatsache, daß das Wintersporthotel in Oberhof die Form einer Sprungschanze erhalten hat, nicht unbedingt die Schlußfolgerung ziehen sollte, daß ein vielleicht zu planendes Hotel in der Obstbaustadt Werder die Form einer Birne erhalten sollte.

Echte Alternativen entwickeln

Wenn man mich fragt, so möchte ich sagen, daß nur echte Alternativen zum kapitalistischen Städtebau, solche Alternativlösungen, in denen die Vorteile unserer Gesellschaft voll zur Wirksamkeit gelangen können, die das Neue in unserem Leben fördern, den Ansatz für die sozialistische Entfaltung von Städtebau und Architektur bieten. Solche Alternativen sind auch nicht in formalen, sondern meines Erachtens vor allem in neuen funktionellen Lösungen, nicht im Detail, sondern in der Gesamtkonzeption zu suchen. Darin müßte eine wesentliche Aufgabe der künftigen Forschung im Städtebau zu sehen sein. Und damit möchte ich eine letzte Frage zur Diskussion stellen: Sollten wir nicht nach Wegen suchen, einen großen Teil interessierter Architekten in die Großforschung im Städtebau einzubeziehen? Könnte man nicht eine neue Form der Weiterbildung entwickeln: Weiterbildung durch Forschung?

Dr. Gerhard Krenz

Architektur als schöpferischer Prozeß

Aus der Sicht eines angestrebten umfassenden Systems der Planung und Leitung in der Volkswirtschaft und aus dem Bestreben, auch Erkenntnisprozesse zu modellieren, ist die bisherige Diskussion zur Architekturtheorie anzuerkennen, wenn sie auch noch konkretisiert werden muß. In den bisherigen Beiträgen kommt unter anderem zum Ausdruck, daß die Architektur zahlreiche integrierende Faktoren beinhaltet, wobei sehr viel Denkarbeit für das System der Wissenschaften aufgewendet wird. Zweifellos ist die Schaffung einer Systematik der Wissenschaften notwendig und vom Standpunkt der Wissenschaftspolitik eine hochaktuelle Aufgabe; bei der Ausarbeitung der Architekturtheorie sollten wir uns aber in dieser Frage nicht zu stark engagieren, weil wir damit nicht den Kern unserer Probleme treffen. Wir werden uns noch eine längere Zeit damit abfinden müssen, daß die Wissenschaftsgebiete nur als grob definierte, lose miteinander verkettete Teilsysteme bekannt sind. Wir haben den Auftrag, die Stellung der Architektur, ihre Aufgaben und Ziele zu untersuchen, zu definieren und möglichst auch zu modellieren. So gesehen, müssen wir selbst zuerst folgende Fragen beantworten:

- Welcher Art sind die Zielstellungen der Architektur; was erwartet die Gesellschaft von der Architektur?
- Welche Aufgaben sind dabei von der Architektur zu erfüllen?
- Welche Mittel und Wege stehen der Architektur zu Verfügung, um diese Aufgaben zu erfüllen?

Den besten Beitrag zur Vervollkommnung des Systems der Wissenschaften können wir leisten, wenn wir die Beantwortung dieser Fragen in breiten Kreisen diskutieren und ständig präzisieren. Von besonderer Bedeutung sind dabei die Input-Output-Beziehungen der Architektur zu den mit ihr verketteten Prozessen anderer Bereiche.

Mit der untenstehenden Darstellung eines Modellschemas wird der Versuch unternommen, diese Beziehungen sichtbar zu machen und zu systematisieren.

Was soll die Architektur als schöpferischer Prozeß beinhalten?

Ich möchte dazu die Auffassung vertreten, daß die Architektur – wie jede andere Wissenschaft – das Schöpfen von Ideen, das Bewerten und das Auswählen von Varianten beinhaltet, was letztlich Optimierung bedeutet. Die Frage ist nur, welche spezifischen Strukturen zu optimieren sind.

Auf die Architektur zugeschnitten, wäre diese Frage so zu beantworten: Mit der Architektur sind räumliche Strukturen zu optimieren. Unter der Optimierung räumlicher Strukturen ist die optimale Gestaltung der visuell erfaßbaren gebauten Umwelt des Menschen zu verstehen.

Diese räumliche Gestaltung reicht

- von der Bauformgestaltung bis zur
- Gestaltung des visuell erfaßbaren landschaftlichen Raumes.

Bauformgestaltung ist letztlich räumliche Anordnung von verarbeiteten Baustoffen am Bauwerksteil nach ästhetischen Gesichtspunkten unter Berücksichtigung der konstruktiven und bautechnologischen Möglichkeiten.

Die Gestaltung des visuell erfaßbaren landschaftlichen Raumes ist letztlich räumliche Ordnung der Bausubstanz bei Erfüllung der funktionellen und ästhetischen Anforderungen unter Ausschöpfung der materiell-technischen und künstlerisch-ästhetischen Möglichkeiten.

Die Wirkungsebenen der Architektur sind folglich:

- Bauwerksteil (hier erfolgt Verselbständigung durch Industrialisierung der Vorfertigung),
- Innenraum,
- Bauwerk,
- Baukomplex,
- visuell erfaßbarer landschaftlicher Raum und
- die Kombination dieser Elemente.

Noch offen ist, welche Parameter, welche Variablen in diesen Prozeß einzuführen sind. Das ist aber nur eine Frage der Zeit; im übrigen sind hier bereits zahlreiche Versuche einer Quantifizierung vorhanden. Sie müssen nur genutzt und in die allgemeine Theorie eingebettet werden.

Ich denke besonders an bereits entwickelte

- Methoden der technologischen Optimierung,
- Methoden der Untersuchung der Verträglichkeit von Funktionsbereichen oder Standorten und
- Methoden der Standortoptimierung.

Auch bei der Ausarbeitung unserer sozialistischen Architekturtheorie gilt der Grundsatz: Wenig Vorhandenes entdecken ist immer noch besser als viel Neues erfinden wollen!

Aus der Überzahl der Veröffentlichungen geht hervor, daß der gesellschaftliche Freizeitfonds eine zentrale Rolle spielt. Die ständige Ausweitung des Freizeitfonds ist auch ein Ergebnis der Schaffung optimaler räumlicher Strukturen. Oder anders ausgedrückt: mit der Schaffung optimaler räumlicher Strukturen werden kurze Wege für den Fußgänger, für Transport, Förderung und Übertragung projektiert, was eine Verringerung des gesellschaftlichen Arbeitsaufwandes bedeutet. Schließlich werden städtebauliche Qualitäten erst durch die Auswertung des Freizeitfonds verstärkt wirksam. Andererseits bringt die Analyse ihrer praktischen Wirkungen neue Erkenntnisse für die Bereicherung des materiell-technischen und künstlerisch-ästhetischen Instrumentariums.

Die an heutigen Maßstäben gemessenen Standardisierungsmaßnahmen der vergangenen Jahre und die damit zusammenhängende mangelhafte Weiterentwicklung der Konstruktionen, insbesondere ihrer Universalität, sowie die zu wenig differenzierte ökonomische Steuerung von Sortiment und Losgröße, von Spezialisierung und Kooperation haben sich auf die Entwicklung der funktionellen und ästhetischen Qualität hemmend ausgewirkt.

Daher ist der Frage der Bewertung und der Auswahl in der Architektur die ihr zukommende Bedeutung beizumessen, weil hier im Gegensatz zu den „reinen" naturwissenschaftlichen und technischen Disziplinen gesellschaftspolitische Zielsetzungen unmittelbaren Einfluß haben, insbesondere im funktionellen und ästhetischen Bereich.

Horst Roth

Zur Anwendung wissenschaftlicher Termini in der sozialistischen Architektur

Die Entwicklung neuer technischer Mittel zwingt dazu, reichere Möglichkeiten architektonischer Gestaltung zu suchen. Die Architekten tragen die theoretischen Probleme des sozialistischen Bauens dem breiten Publikum der „Nutzer" der gebauten räumlichen Umwelt vor und knüpfen Verbindungen mit Vertretern anderer Wissenschaftszweige.
Professor Helmut Trauzettel wendet sich in seinem Artikel „Dynamischer Funktionsbegriff und integrierte Prozeßgestaltung" (deutsche architektur, 18/1969/2, S. 5) an Gesellschaftswissenschaftler, Naturwissenschaftler und Mediziner und fordert sie zu theoretischer Kooperation auf. Dr.-Ing. Kurt Milde zeigt in seinem Beitrag „Keine Unklarheiten lassen" (deutsche architektur, 18/1969/5, S. 260), daß hinter den zunächst rein technisch anmutenden Begriffen wie „offene Baustruktur", „dynamische Funktion", „Flexibilität" ideologische Fragen stehen, die alle angehen.
Kurt Milde hat das Problem bereits in unmittelbarer Bezogenheit auf die künstlerische Gestaltung der Architektur behandelt. Die gegenwärtige politische Situation zwingt dazu, das Problem der Einordnung des Teilsystems Architektur in das entwickelte gesellschaftliche System des Sozialismus stärker in den Vordergrund zu rücken, denn der Sozialismus ist gegenüber dem Kapitalismus die höhere geschichtliche Entwicklungsstufe. Davon ausgehend, muß der gesellschaftliche Inhalt der neue technische Mittel kennzeichnenden Begriffe konkreter geklärt werden. Sie sind philosophisch relevant. Die Zusammenarbeit mit Vertretern einschlägiger Fachdisziplinen enthebt den Architekten deshalb nicht der Verpflichtung, den ganzen Reichtum der Erkenntnisse der marxistisch-leninistischen Philosophie zu nutzen und sich der materialistischen Dialektik als Methode zu bedienen.
Mit den obengenannten Begriffen soll geklärt werden, wie eine gestaltbare Umwelt geschaffen werden kann, die sich verändernden Nutzungsbedürfnissen anpassen läßt. Die gestaltbare Umwelt und die sich verändernden Nutzungsbedingungen sind nicht abstrakt, sondern historisch konkret. Historisch konkret zu sein bedeutet, von den unverwechselbaren Qualitätsmerkmalen und den allgemeinen und spezifischen Entwicklungsgesetzen jeder Gesellschaftsordnung, einschließlich der Besonderheiten ihrer Entwicklungsetappen, auszugehen. Die Qualitätsmerkmale ergeben sich unter anderem aus dem antagonistischen beziehungsweise nichtantagonistischen Charakter der sozialen Widersprüche der gegebenen Gesellschaftsformation. Theoretische Überlegungen zum gesellschaftlichen Anliegen der Architektur, die den Anspruch auf Wissenschaftlichkeit erheben, müssen historisch konkret sein. Gerade diese Forderung aber ist bei der Bestimmung der Begriffe „Prozeßgestaltung", „offene Baustruktur", „dynamische Funktion" und „Flexibilität" noch ungenügend erfüllt. Der bereits erwähnte Artikel von Professor Trauzettel regt in diesem Zusammenhang zu weiterführenden Überlegungen an.
Die Prozeßhaftigkeit der Entwicklung ist nicht nur dem Sozialismus eigen. Die ganze Geschichte ist der Prozeß des sich im Kampf der Gegensätze durchsetzenden gesellschaftlichen Fortschritts. Besonders deutlich wird die Prozeßhaftigkeit der geschichtlichen Entwicklung im Kapitalismus sichtbar. Bereits im Manifest der Kommunistischen Partei schrieben Marx und Engels: „Die Bourgeoisie kann nicht existieren, ohne die Produktionsinstrumente fortwährend zu revolutionieren ... Die fortwährende Umwälzung der Produktion, die ununterbrochene Erschütterung aller gesellschaftlichen Zustände, die ewige Unsicherheit und Bewegung zeichnet die Bourgeoisieepoche vor allen früheren aus" (Marx/Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, Werke, Bd. 4, Dietz Verlag, Berlin 1965, S. 465). Diese Einschätzung trifft auch für das staatsmonopolistische Stadium des Kapitalismus in vollem Maße zu. Dynamik und Prozeßhaftigkeit erwachsen aus den Verwertungsbedingungen des Kapitals und treten auf ökonomischem Gebiet durch die Entwicklung der Produktivkräfte zutage, ohne zu einer neuen Qualität der gesellschaftlichen Entwicklung zu führen. Die sozialen Gegensätze spitzen sich immer mehr zu. Mit gesteigerter Aggressivität will der Imperialismus dem wachsenden Einfluß des sozialistischen Weltsystems begegnen, obwohl er schwächer wird.
Die sozialistische Gesellschaftsordnung überwindet die soziale Unsicherheit, die die Dynamik des Kapitalismus mit sich bringt. Hier ist die planmäßige Entwicklung in Übereinstimmung mit dem Geschichtsprozeß charakteristisch. Der Sozialismus übertrifft an Schnelligkeit und Dynamik der Entwicklung den Kapitalismus, da die Volksmassen zum bewußten Gestalter der Geschichte werden; daher erstehen vor uns Probleme der Prozeßgestaltung, der Flexibilität und dynamischen Funktion der Architektur auf neuer, höherer Stufe. Die neue Qualität unserer gesellschaftlichen Verhältnisse zwingt zu deutlicher Abgrenzung von ideologisch indifferenten Fragestellungen und Begriffsbestimmungen.
Die Zielstellung der sozialistischen Gesellschaft, Bedingungen zu immer vollkommeneren und allseitigen Entwicklung des Menschen zu schaffen – eine Aufgabe, die den bewußten Einsatz der bewußtseinsbildenden Kraft der Architektur für die Herausbildung der sozialistischen Menschengemeinschaft einschließt –, ist dem Kapitalismus wesensfremd. So erklärte Prof. Dr.-Ing. Siegfried Balke, früherer Atomminister Westdeutschlands, in seiner Rede auf dem III. Internationalen Ingenieurkongreß des Europäischen Verbandes nationaler Ingenieurvereine „FEAN" in Brüssel am 9. September 1959, daß durch die Automatisierung der Produktionsprozesse der Anteil der produktiven Menschen in der Bevölkerung vermindert werde und „die Möglichkeit des wissenschaftlich-technischen Fortschritts auf bestimmte speziell ausgebildete und befähigte Individuen oder zahlenmäßig begrenzte Gruppen konzentriert wird, während die Erzeugnisse dieser Produktion von immer mehr „technisierten" Verbrauchern benutzt werden" (VDI-Nachrichten, Nr. 24, 21. 11. 1959, S. 5 bis 7).
Unter die Erzeugnisse der Produktion, die vom „technisierten Verbraucher" benutzt werden sollen, fällt auch die Architektur.
Dem Verbraucher sind im Imperialismus Wohnungen zugedacht, die sich ständig aufwerten und neuen Statusmerkmalen anpassen lassen. Dies ist ein beliebtes Thema bürgerlicher Verfasser wissenschaftlicher Phantastik. In Wirklichkeit ist die automatisierte, anpassungsfähige Wohnung unter den Bedingungen der vom staatsmonopolitischen Kapitalismus beherrschten Gesellschaft in ihrer Funktion und Wirkung auf den Menschen vom Antihumanismus der gesellschaftlichen Zustände geprägt.
In der Tat kann der Kapitalismus die aus der Sphäre der schöpferischen Tätigkeit herausrationalisierten Menschen durch eine modernisierbare, verwandlungsfähige Wohnung über den Umstand ihrer Versklavung hinwegtäuschen und so eine weitere Verkrüppelung ihrer Persönlichkeit herbeiführen, indem die Hausbewohner auf ihre vier Wände beschränkt bleiben. Dieser Tatbestand enthebt uns selbstverständlich nicht der Aufgabe, nach dem Sinn der verwandlungsfähigen Wohnung im Sozialismus zu forschen.
Nächst dem Bereich der Produktionsbauten scheint im Bereich des Wohnungsbaues das utilitaristische Moment am stärksten hervorzutreten. Für die „Veränderbarkeit der Nutzungszustände" scheint schon der Umstand der Zu- oder Abnahme der Familienmitglieder zu sprechen. Die Möglichkeit, mit flexibler Architektur auf unvorhergesehene Bedürfnisse reagieren zu können, scheint ein weites Feld schöpferischer Selbstbetätigung aufzutun. Das ist ein Problem, welches in Verbindung mit der Entwicklung der Bedürfnisse der sozialistischen Menschengemeinschaft ständig überprüft werden muß. So könnte der Experimentalbau „Haus der Zukunft" der Moskauer Chefarchitektin Alexandra Petruschkowa als konkretes Beispiel bereits in der Diskussion wertvolle Anregungen geben.
Fest steht schon heute, daß die Wohnung im Sozialismus den Menschen zu großen schöpferischen Leistungen außerhalb der häuslichen Sphäre befähigen muß. Deshalb muß sie der Verfestigung der Gewohnheiten bei der Reproduktion der geistigen und körperlichen Kräfte dienen. Ihre Gestaltung und Einrichtung darf nicht dem Gesetz der Ökonomie der Zeit widersprechen. Muß der Mensch sich im Wohnbereich an ständig ändernde Nutzungszustände anpassen, verschwendet er einen Teil seiner Kräfte sinnlos. Die Architektur würde dadurch mit der progressiven Rolle, die die Verfestigung der Gewohnheiten im Sozialismus spielt, in Konflikt geraten.
Die Frage der flexiblen Prozeßgestaltung wird auch für die gesellschaftlichen Bauten gestellt. Wie soll diese Frage für den Sozialismus beantwortet werden? Der staatsmonopolistische Kapitalismus braucht ein System von Einrichtungen, das er in den Dienst der Bewußtseinsmanipulierung stellen kann. Die Architektur ist in besonderem Maße in der Lage, die Illusion einer einheitlichen Gesellschaft zu erzeugen. Jede Wendung der Politik zwingt die herrschende Klasse dazu, diese Illusion aufs neue zu festigen und möglichst vielen Werktätigen einzuimpfen, um sich an der Macht zu halten. Eine dynamisch funktionierende Architektur gesellschaftlicher Bauten kann allein schon dadurch in den Dienst der Schaffung dieser Illusion treten, daß sie faktisch unerschöpfliche Wandlungsmöglichkeiten demonstriert, die den Schluß auf die unerschöpfliche Wandlungsfähigkeit der gesamten kapitalistischen Gesellschaft nahelegen. Diese Wandlungsmöglichkeiten hat der staatsmonopolistische Kapitalismus in Wirklichkeit nicht.
Die gesellschaftlichen Bauten des Sozialismus haben sowohl Nutzungsbedürfnisse bestimmter sozialer Gruppen als auch gesamtgesellschaftliche Bedürfnisse zu befriedigen. Sie sind durch ihre ästhetische und künstlerische Gestaltung eine ideologiebildende Kraft (siehe auch Kurt Milde, a. a. O.). Ihre bewußtseinsbildende Rolle wird als wichtiger Faktor in die Planung und Prognose geistig-kultureller Prozesse des Sozialismus eingehen müssen.
Dieses Erfordernis wird in der Rede Kurt Hagers auf der 10. Tagung des Zentralkomitees der SED ausführlich begründet. Fragen der offenen Baustruktur, der Flexibilität, der Veränderung der Nutzungszustände gesellschaftlicher Bauten werden demzufolge als Seite eines dialektischen Widerspruchs aufgefaßt werden müssen, dessen andere Seite die Schaffung bleibender ideeller und künstlerischer Werte ist, die das Wesen und die humanistischen Ideale des Sozialismus gültig zum Ausdruck bringen.
Typische Wesensmerkmale einer Gesellschaftsordnung führten stets zu typischen Erscheinungen im Raum. Dieses Gesetz der Architekturgeschichte muß unter den Bedingungen des Sozialismus konkretisiert werden. In den vorsozialistischen Gesellschaftsformationen entwickelten sich typische Lösungen weitestgehend spontan. Im Sozialismus müssen sie bewußt angesteuert und konzipiert werden. Dazu reicht es nicht aus, die universelle Baustruktur nur unter dem Aspekt nicht planbarer, sich beliebig wandelnder Nutzungszustände zu entwickeln. Im Sozialismus vollzieht sich die Entwicklung der Bedürfnisse, einschließlich der ideologischen, unter der Voraussetzung ihrer Prognostizierbarkeit und Planbarkeit. Dadurch entsteht eine stetige und kontinuierliche Entwicklungslinie, die im Gegensatz zur Ungleichmäßigkeit, Unstetigkeit, Nervosität und Hektik steht, mit der sich die „Umweltgestaltung" in den Zentren des Kapitalismus vollzieht.
Natürlich brauchen wir für die gesellschaftlichen Bauten des Sozialismus die flexible Prozeßgestaltung; denn auch hier gibt es Qualitätsumschläge, die bisher gültige Strukturen aufheben. Aber diese Qualitätsumschläge sind nicht gleichzusetzen mit dem Durchbrechen der Kontinuität. Sie sind ebenfalls weitgehend prognostizierbar. Wir orientieren uns nicht auf Schnelligkeit und kurzfristige Wandlungen, sondern primär auf langfristige gesamtgesellschaftliche Bedürfnisbefriedigung. Dem entspricht die Orientierung auf den Typ, der gerade im Sozialismus Ausdruck der Beherrschung der sich wandelnden Nutzungszustände ist.

Dr. phil. Brigitte Heinrich

Braucht der sozialistische Städtebau ein neues Gesetz?

Dipl.-Jur. Winfried Müller

Als am 14. September 1950 das Gesetz über den Aufbau der Städte in der Deutschen Demokratischen Republik und der Hauptstadt Berlin in Kraft trat – die DDR war noch kein Jahr alt –, war damit eine Grundlage für den Städtebau geschaffen worden, die einen planmäßigen Aufbau ermöglichte und zum Beispiel für Westdeutschland noch heute beispielgebend ist. Die bürgerlich-demokratische Revolution wurde gerade erst erfolgreich zu Ende geführt. Die Errichtung einer neuen Staatsmacht wurde von Anfang an mit der Aufgabe verbunden, die Städte und Dörfer in der Deutschen Demokratischen Republik rasch wiederaufzubauen und planmäßig neuzugestalten. Diesem Ziel diente auch das Aufbaugesetz, welches zunächst nur für den Zeitraum des ersten Fünfjahrplanes ausgearbeitet worden war. Zum Aufbaugesetz wurden je eine Durchführungsverordnung, Anordnung und Durchführungsbestimmung sowie die 16 Grundsätze des Städtebaues in der Bekanntmachung vom 15. September 1950 (Min Bl. S. 153) erlassen, die entscheidende Fragen unseres Städtebaus in progressiver Weise lösten.

Diese Rechtsnormen sind jedoch seitdem von der gesellschaftlichen Entwicklung weitgehend überholt worden. Deshalb wurde bereits am 30. Mai 1958 durch eine Anweisung (Verfügung und Mitteilungen des Ministeriums für Bauwesen, Nr. 10, S. 1) die Anwendung des Aufbaugesetzes dem damals erreichten Stand des Aufbaus in der DDR angepaßt. Aber auch diese Ergänzung entspricht nicht mehr voll den heutigen Erfordernissen.

Wenn der Städtebau seine politische Aufgabe beim Aufbau und bei der Rekonstruktion der Wohn- und Industriegebiete, der gesellschaftlichen Zentren, Verkehrsanlagen, Versorgungseinrichtungen, Freiflächen und Erholungsgebiete im entwickelten gesellschaftlichen System des Sozialismus erfüllen will, werden dazu auch neue Rechtsgrundlagen für die sozialistische Gestaltung der Städte und Siedlungszentren in der DDR notwendig (1). Sie würden es dem Städtebauer und Architekten erleichtern, die neuen Aufgaben mit dem höchsten Nutzeffekt zu lösen.

Dabei ist zu berücksichtigen, daß die rationelle Bodennutzung und der Schutz des Bodens in der DDR eine grundlegende Forderung der Verfassung sind (2).

Da der Boden nicht vermehrt werden kann, auch nicht unbegrenzt zur Verfügung steht und nicht als Produktionsmittel ersetzt werden kann, müßte das Bauwesen die ständig steigenden Aufgaben in der Volkswirtschaft auf dem gegenwärtig in Anspruch genommenen Bodenareal erfüllen. Das Bauwesen kann in der DDR seine in der Verfassung verankerten Verpflichtungen nach Schutz und rationeller Nutzung des Bodens nur dann erfüllen, wenn rationelle Baumethoden die effektivste Nutzung der Bauten und baulichen Anlagen und somit eine volkswirtschaftlich gerechtfertigte Bodennutzung ermöglichen und wenn mit größerer Dichte als bisher gebaut wird, um zu verhindern oder weitgehend einzuschränken, daß weitere Bodenflächen als Bauland beansprucht werden.

Die Volkswirtschaft beruht in der DDR auf dem sozialistischen Eigentum an den Produktionsmitteln und entwickelt sich auf der Grundlage sozialistischer Produktionsverhältnisse. Damit sind auch für den Städtebau neue Bedingungen entstanden. Wäre es nicht an der Zeit, auf dieser Basis eine neue gesetzliche Grundlage für den Städtebau zu schaffen? Denken wir nur an die vor uns stehenden Aufgaben bei der sozialistischen Umgestaltung unserer Städte. Wie regeln wir die dabei neu entstehenden Probleme des Bodeneigentums? Wie lösen wir den Erwerb von Boden unterschiedlicher Eigentumsformen für umfangreiche Rekonstruktionsmaßnahmen in Siedlungszentren? Ist die Form des rechtsgeschäftlichen Erwerbs von Boden für bauliche Zwecke im gesellschaftlichen Interesse die dem erreichten Stand unserer gesellschaftlichen Entwicklung angemessene Form für Eigentumsveränderungen am Boden (3)? Oder müssen wir für große städtebauliche Rekonstruktionsmaßnahmen nach neuen Wegen suchen?

Die Klärung dieser und vieler damit im Zusammenhang stehender Fragen berührt nicht nur den Städtebauer und Architekten, sondern greift auch in alle Bereiche unseres gesellschaftlichen Lebens ein. Deshalb werden dabei neben den Staatsorganen auch die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften ein wichtiges Wort mitreden müssen, da die Herausarbeitung der Siedlungsschwerpunkte und die Zusammenarbeit der Gemeinden im Gemeindeverband nur in analoger Anwendung der für die Umgestaltung der Städte zu erarbeitenden Grundsätze erfolgen kann (4). Selbstverständlich dürfte auch die Diskussion im Bund Deutscher Architekten die Klärung dieser Probleme fördern, um ein Ergebnis zustande zu bringen, das geeignet ist, unserer Menschengemeinschaft im entwickelten gesellschaftlichen System des Sozialismus mit den Mitteln des sozialistischen Städtebaues zu dienen.

Literatur

1 Wolfgang Junker, Neue Anforderungen an Städtebau und Architektur. Schlußwort des Ministers für Bauwesen auf der 22. Plenartagung der Deutschen Bauakademie zu Berlin, Berlin 1969, S. 140.

2 Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 6. April 1968, Art. 15, Abs. 1, S. 2 (GBl. I, S. 199).

3 Günter Rohde, Die Baulandbeschaffung, Berlin 1966, S. 136.

4 Kurt Hager, Grundfragen des geistigen Lebens im Sozialismus. Referat auf der 10. Tagung des ZK der SED, Neues Deutschland, 1969, Nr. 118, S. 5.

(Aus „Architektura SSSR" 5/1969)

Zu „Kritik an der Kritik" von Dipl.-Ing. Josef Kaiser

Zu der Polemik zwischen Prof. Dipl.-Ing. Kaiser und Dr.-Ing. Kress über neue Möglichkeiten der Verdichtung sowie über neue Wohnformen in der Stadt (deutsche architektur, H. 10/1968, S. 629 und H. 5/1969, S. 260) erhielten wir eine Zuschrift von Dipl.-Ing. Werner Rösler, deren wichtigste Gedanken hier von uns veröffentlicht werden. red.

J. Kaiser führte hier aus, daß die Wohndichte und auch die Einwohnerdichte ... auf mindestens 1000 Menschen (?)/ha zu erhöhen sei. Es ist eine schlechte Methode, mit der Vergeßlichkeit der Leser zu spekulieren, vorauszusetzen, was zu beweisen wäre, korrektheitshalber die Zahlenwerte von Dr. Kress für nicht zuständig zu erklären. Deshalb werde ich in diesem Zusammenhang meine Vorstellungen zur Lösung des Dilemmas der bestehenden Städte etwas zurückhalten. Trotzdem hat der nochmalige Hinweis auf die Kenntnis der internationalen Fachliteratur etwas für sich. Man braucht hier gar nicht weit zu gehen, um zu finden: gerade sehr originell ist ein solcher Vorschlag nicht, und trotz ziemlichen Alters wurde bisher nur selten so gebaut.

Was ist nun der Inhalt dieser oder ähnlicher Vorschläge, die in der Fachliteratur immer wiederkehren: Hineinpacken von Wohnungen und einer Reihe von gesellschaftlichen Einrichtungen in ein Haus. Er reduziert sich auf einen Gewinn durch weniger Verkehr. Denn die Bodenbedarfseinsparung ist unwesentlich, wie Dr. Kress nachgewiesen hat, ebenso die Einsparung an Gebäudeaußenhaut, weil dafür mehr teuere „Innenhaut" gebraucht wird. Bleibt also der Gewinn durch weniger Verkehr.

Wie von der störenden Industrie abzuhelfen ist, verrät uns Prof. Kaiser ja auch am angegebenen Ort: „Wir wissen heute: Die zweckmäßigste Bekämpfung eines Übels besteht darin, es gar nicht erst entstehen zu lassen. Wirkungsvoller und wirtschaftlicher als verschmutzte Flüsse zu reinigen ist es, sie nicht zu verschmutzen; die Luft nicht zu reinigen, sondern nicht zu verpesten; den Lärm nicht zu isolieren, sondern geräuscharme Motoren, Fahrwerke, Maschinen zu konstruieren." Also lassen wir die störende Industrie einfach weg.

Mit einer so entstörten Großwohn- und Produktionseinheit wären anscheinend alle Probleme in der Welt gelöst. Das entspräche einer erweiterten These der „radikalen Verdichtung" (nicht nur der Stadt, sondern auch der gesamten Hochbauten) und der „radikalen Reduzierung der Gebäudeanzahl". Eine solche kombinierte Großwohn- und Produktionseinheit besitzt dann sicher das soundsoviel Millionenfache an Masse gegenüber den heute gewohnten Gebäudegrößen. Und da „wir" auch dazu technisch in der Lage sind, wäre dann die Überlegung, ob „wir" uns das leisten können, ebenfalls überflüssig.

Während Prof. Kaiser in dieser Art von der Monotonie zur „akzentuierten Dreiheit" (also Tritonie) übergeht, entspräche dann dieser Vorschlag der akzentuierten Onotonie.

Interessant, wie Pragmatismus und Utopismus zwei Seiten ein und derselben Erscheinung sind. Prof. Kaiser hat als Architekt unmittelbar in der Projektierungspraxis Entwürfe produziert, wo der Nutzen sofort sichtbar war (wie sein Berolina-Hotel und seine Wohnhochbauten beweisen). Um so unverständlicher ist, daß er heute solche philantropischen Phrasen verfaßt wie „jenseits aller Bilanzen ... alle materiellen und ideellen Belange der künftigen Gesellschaft zu erfüllen und auch darzustellen".

Dipl.-Ing. Werner Rösler

Erfreulicherweise hat sich in unseren Spalten „Kritik und Meinungen" ein reger Meinungsstreit entwickelt. Eine Problematik, für die wir immer plädieren, sollte jedoch das sachliche Anliegen der Autoren nicht durch ein Abgleiten ins Persönliche belasten. red.

IV. Internationale Konferenz zu Fragen der Typenprojektierung und Typung im Bauwesen

Dipl.-Ing.-Ök. Horst Bäumler
Ministerium für Bauwesen

Vom 18. bis 25. Mai 1969 wurde in Varna, VR Bulgarien, die IV. Internationale Konferenz zu Fragen der Typenprojektierung und Typung im Bauwesen der Mitgliedländer des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe durchgeführt. An dieser Konferenz nahmen Expertendelegationen aller Länder des RGW teil. Die einzelnen Länder wollten ihre Erfahrungen auf dem Gebiet der Typung und Standardisierung austauschen. Es wurden neue Entwicklungsrichtungen, insbesondere die Vervollkommnung der Grundlagen, Methoden und Formen sowie die Tendenzen der weiteren Entwicklung beraten und Vorschläge zur Verbesserung der internationalen Zusammenarbeit der Mitgliedländer des RGW auf diesem Gebiet ausgearbeitet.

Unter diesem Aspekt wurde während der Konferenz in vier Sektionen gearbeitet, die sich mit folgenden Schwerpunkten beschäftigten:

Sektion 1: Grundprobleme und Prinzipien der Entwicklung der Typung und Typenprojektierung im Bauwesen,

Sektion 2: Stand und Wege der Entwicklung der Typung und Typenprojektierung im Industriebau,

Sektion 3: Stand und Wege zur Entwicklung der Typung und Typenprojektierung im Landwirtschaftsbau und

Sektion 4: Stand und Wege der Entwicklung der Typung und Typenprojektierung im Wohn- und Gesellschaftsbau.

Grundlage der Arbeit in den einzelnen Sektionen bildeten das Einleitungsreferat, die Hauptreferate zu den einzelnen Komplexen sowie die von den einzelnen Delegationen vorbereiteten Diskussionsbeiträge. Das Einleitungsreferat und die Hauptreferate besitzen einen hohen Informationswert, da sie langfristig und unter Mitarbeit aller Länder des RGW erarbeitet wurden.

So kann beispielsweise entsprechend den Angaben der einzelnen Länder der Umfang der Anwendung von Typenlösungen und Typenprojekten im Bauwesen einiger Mitgliedländer des RGW bis zu einem bestimmten Grad nach folgenden Angaben des Einleitungsreferats eingeschätzt werden:

In der Volksrepublik Bulgarien wurde 1967 folgender Anteil vom Gesamtumfang der Bau- und Montagearbeiten nach Typenunterlagen ausgeführt:

Wohnungsbau	50 %
Gesellschaftsbau	42 %
Industriebau (Verwendung typisierter Bauelemente)	70 %
Landwirtschaftsbau	30 %

In der Ungarischen Volksrepublik gab es 1967 gültige Typenprojekte für ungefähr 400 verschiedene Gebäude und 300 Ingenieurbauten sowie 60 Kataloge mit Projektlösungen und Konstruktionen. Anhand dieser Typendokumentationen wurden von 1964 bis 1968 48 Prozent der Investitionen (bezogen auf den Gesamtaufwand für ihre Realisierung) durchgeführt, und zwar

im Wohnungsbau	73 %
im Gesellschaftsbau	17 %
im Industriebau	20 %
im Landwirtschaftsbau	90 %

Der hohe Grad der Typisierung im Landwirtschaftsbau läßt sich daraus erklären, daß auf Grund einer Sonderverfügung die sogenannten Serienprojekte, die vom Ministerium für Landwirtschaft in erster Linie für die Ausführung mit den eigenen Kapazitäten der Kollektivwirtschaften herausgegeben wurden, ebenfalls zu den Typenprojekten gezählt wurden.

In der Volksrepublik Polen lag 1967 der Anteil der Anwendung von Typenunterlagen im Bauwesen bei folgenden Werten:

Im staatlichen und genossenschaftlichen Wohnungsbau ungefähr 80 Prozent des gesamten umbauten Raumes (Typenprojekte für Gebäude und Gebäudesektionen).

Im Gesellschaftsbau ist dieser Wert sehr unterschiedlich und schwankt zwischen 23 Prozent und 65 Prozent.

Im industriellen Wohn- und Gesellschaftsbau beläuft sich der Anteil der typisierten Bauelemente auf ungefähr 80 Prozent.

Im Industriebau beträgt dieser Wert ungefähr 30 Prozent. Der Anteil der typisierten Bauelemente liegt allerdings bei ungefähr 70 Prozent des Gesamtvolumens des Industriebaus.

Im Landwirtschaftsbau werden zu ungefähr 85 Prozent Typenprojekte angewandt.

In der Sozialistischen Republik Rumänien wurden 1967 folgende Bauleistungen anhand von Typenunterlagen erbracht:

Wohnungsbau	54 %
Gesellschaftsbau	19 %
Industriebau	7 %
Landwirtschaftsbau	6 %

Der Prozentsatz für den Industriebau ist auf den Gesamtwert der Objekte, die nach Typenunterlagen ausgeführt wurden, bezogen. Darin ist nicht der Wert der typisierten Fertigteile enthalten, die bei der Ausführung einiger nicht typischer Industriebauwerke verwendet wurden.

Die Tschechoslowakische Sozialistische Republik weist einen prozentualen Anteil von Typenunterlagen im Bauwesen des Jahres 1967 mit folgenden Werten aus:

im Durchschnitt

für die ganze Volkswirtschaft	18,8 %
im Wohnungsbau	72,3 %
im Industriebau	5,1 %
im Landwirtschaftsbau	41,8 %

In der UdSSR beläuft sich der Anteil der Typung innerhalb des Gesamtumfangs der Bau- und Montagearbeiten auf folgende Werte (für 1966)

Gebäudekategorie	Stand der Typung in %	Anteil der Leistungen, die nach Typenprojekten ausgeführt wurden	Typenprojektlösungen ausgeführt wurden
Wohnungsbau	95	75	20
Gesellschaftsbau	78	60	18
Industriebau	54	18	36
Landwirtschaftsbau (ohne Objekte der Wasserwirtschaft)	86	40	46
Insgesamt	72	40	32

Die Angaben tragen nur informatorischen Charakter und sind nicht unbedingt untereinander vergleichbar.

Schlußfolgerungen aus der Konferenz

■ Von den Expertendelegationen der einzelnen Länder wurde übereinstimmend eingeschätzt, daß unter den Bedingungen des beschleunigten wissenschaftlich-technischen Fortschritts und der weiteren Industrialisierung im Bauwesen zur Erhöhung des Nutzeffektes als Hauptrichtung der Typung und Typenprojektierung vor allem das System der „offenen" Typung betrachtet werden muß. Dabei ist unter dem System der „offenen" Typung – auch als „Prinzip der Typung der Elemente" bezeichnet – die Typung von tragenden und nichttragenden Elementen, Bauwerksteilen Konstruktionen und Bautechnologien zu verstehen, die gewährleisten, daß bei der Projektierung von Gebäuden und baulichen Anlagen durch Kombinationen Lösungen erarbeitet werden können, die sowohl den speziellen Forderungen der Nutzer, städtebaulichen Gesichtspunkten sowie den Anforderungen für eine rationelle Errichtung gerecht werden.

■ Die in immer stärkerem Maße zu verwirklichende „offene" Typung schließt die weitere Vervollkommnung der „geschlossenen Typung", das heißt die Typung von kompletten typischen Gebäuden und baulichen Anlagen – dort, wo es volkswirtschaftlich rationell und zweckmäßig ist – nicht aus.

■ Von allen RGW-Mitgliedländern wird erkannt, daß es zur Erhöhung der Effektivität der Projektierung im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung der Typung und Typenprojektierung unabdingbar notwendig ist, auch der Rationalisierung des Projektierungsprozesses – beginnend bei der Vervollkommnung der bereits bekannten Methoden und Verfahren bis zur Schaffung eines Systems der Automatisierung – erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen.

■ Die Expertendelegationen der RGW-Mitgliedländer schätzten schließlich übereinstimmend ein, daß die in allen RGW-Ländern vor dem Bauwesen stehenden großen Aufgaben nur gelöst werden können, wenn die Möglichkeiten einer künftigen noch engeren internationalen Zusammenarbeit interessierter Länder auf dem Gebiet der Typung und Typenprojektierung genutzt werden.

Abschließend sei vermerkt, daß die Materialien der IV. Internationalen Konferenz zu Fragen der Typenprojektierung und Typung im Bauwesen der Mitgliedländer des RGW, wie Referate und Diskussionsbeiträge, im Wissenschaftlich-technischen Zentrum, Bautechnische Projektierung, zur weiteren Auswertung aufbereitet werden. Es ist beabsichtigt, im Laufe des IV. Quartals 1969 zu dieser Thematik ein Sonderheft „Mitteilungen für die bautechnische Projektierung" herauszugeben. Darüber hinaus werden in diesem Zusammenhang auch in den entsprechenden Fachzeitschriften des Bauwesens weitere fachspezifische Auswertungen der Konferenz, besonders auf den Gebieten Industriebau, Landwirtschaftsbau und Wohn- und Gesellschaftsbau, veröffentlicht.

Auf der Grundlage dieser Materialien gilt es, in allen Bereichen des Bauwesens die Ergebnisse der Konferenz gewissenhaft auszuwerten und für die weitere Arbeit auf dem Gebiet der Typung und Typenprojektierung entsprechende Schlußfolgerungen zu ziehen.

Architekturwettbewerb 1969

Schöpferische Leistungen im Wettbewerb der „deutschen architektur" ausgezeichnet

Zum vierten Male führte die Redaktion der Zeitschrift „deutsche architektur" einen Architekturwettbewerb durch, der die besten in der DDR fertiggestellten Bauten ermitteln und deren Autoren auszeichnen sollte.
Zu dem diesjährigen Wettbewerb wurden aus den Bezirksgruppen des BDA in Berlin, Rostock, Magdeburg, Cottbus, Dresden, Erfurt, Halle, Leipzig und Karl-Marx-Stadt 27 Arbeiten eingereicht. Schon die Bezirksgruppen hatten bei der Auswahl hohe Maßstäbe angesetzt. Volle Funktionsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit – zwei Grundbedingungen dieses Wettbewerbes – waren von den Nutzern geprüft und bestätigt worden.
So hatte die Jury, die unter dem Vorsitz des Präsidenten des BDA, Prof. Dipl.-Arch. Edmund Collein, tagte, die Aufgabe, aus guten Arbeiten die besten auszuwählen. Das ist bei diesem Wettbewerb immer mit einer Schwierigkeit verbunden: Die Ideen und Projekte für diese Bauten entstanden ja bereits vor drei bis vier Jahren. Seitdem sind natürlich viele neue Erkenntnisse gewonnen worden. Soll man nach dem heutigen oder dem damaligen Erkenntnisstand urteilen?
Die Jury entschloß sich, nur solche Arbeiten auszuzeichnen, die für die weitere Entwicklung unserer Architekten wegweisende Qualitäten aufweisen. Nicht eine absolute Vollkommenheit – die wohl auch niemand erwartet –, sondern mutige Schritte, die geholfen haben, Tendenzen der Monotonie entgegenzuwirken, Schritte zur Vielfalt, zu interessanten und politisch wirksamen Lösungen, Bauten, die den Stolz unserer Bürger auf ihr sozialistisches Vaterland vertiefen, sollten hier Anerkennung finden.
Wir stellen nun hier die Arbeiten der Architekten und bildenden Künstler vor, denen die Jury für ihre Leistungen Preise und Anerkennungen aussprach. Die Jury (an deren Beratungen der in das Preisgericht berufene Vertreter des VBKD leider nicht teilnahm) entschloß sich jedoch, keinen besonderen Preis für die Synthese von Architektur und bildender Kunst zu vergeben, weil trotz anerkennenswerter Einzelleistungen und sichtbaren Bemühens, um eine gute Zusammenarbeit von Architekten und bildenden Künstlern noch keine der eingereichten Arbeiten eine echte Synthese verkörpert. Zweifellos sind wir jedoch heute besonders in Vorbereitung des 20. Jahrestages der DDR auch auf diesem Gebiet einen sichtbaren Schritt vorangekommen, so daß wir dem nächsten Wettbewerb mit Optimismus entgegensehen.
Die Redaktion möchte an dieser Stelle noch einmal den Preisträgern ihre Glückwünsche aussprechen und gleichzeitig dem Ministerium für Bauwesen, dem Bund Deutscher Architekten, den Vorprüfern, den Teilnehmern und allen denen, die zum Gelingen des Wettbewerbes beigetragen haben, ihren Dank aussprechen.

Dr. Gerhard Krenz

1. Preis

Stickstoffdüngemittelwerk im EVW Schwedt

Dipl.-Ing. Eberhard Just





Aus der Begründung der Jury:

Dieses Werk kann als ein Beispiel für die architektonische Gestaltung moderner Industrieanlagen gelten. Es zeichnet sich durch eine gute funktionelle Lösung der baulichen Anlagen, die vom Nutzer bestätigt wird, aus. In konstruktiver Hinsicht werden hier erste Schritte zum leichten Bauen realisiert, die eine relativ kurze Bauzeit ermöglichten. Das ganze Werk stellt trotz seiner starken technologischen Bindungen ein einheitliches und klar gestaltetes Ensemble dar, das bis ins Detail dazu beiträgt, gute Arbeitsbedingungen für die Werktätigen dieses Betriebes zu schaffen.

1. Preis

Wohngebäude P 27 am Pirnaischen Platz in Dresden

Architekt Herbert Löschau

Aus der Begründung der Jury:

Dieses Wohnhochhaus mit vorgelagerten gesellschaftlichen Einrichtungen schafft mit seiner hervorragenden Gestaltung des Abschlusses der Ernst-Thälmann-Straße eine einprägsame städtebauliche Situation.
Hervorzuheben ist die gute Verbindung des Hochkörpers mit interessanten gesellschaftlichen Einrichtungen sowie die plastisch wirkende und farblich gut gestaltete Fassade. Besondere Anerkennung verdient dabei auch die Tatsache, daß es den Autoren gelungen ist, im wesentlichen mit dem vorhandenen Sortiment an typisierten Bauelementen und bei Erfüllung der funktionellen Forderungen eine gute architektonische Qualität zu erreichen.

1. Preis

Botschaft der DDR in Budapest

Architektenkollektiv unter Leitung von Dipl.-Ing. Heinz Graffunder

Sonderpreis

Eingangstor und Überdachung

Prof. Fritz Kühn †





Aus der Begründung der Jury:

Dieses Gebäude erzielt durch eine klare Gliederung der Fassade, gute Proportionen des Baukörpers, seine moderne Konstruktion und durch bis ins Detail gut durchgearbeitete Gestaltungselemente eine seiner Funktion angemessene repräsentative Wirkung. Hervorzuheben ist die Grundrißlösung mit einem als Empfangshalle ausgebildeten Atrium, die hervorragende Innenraumgestaltung und der differenzierte Einsatz vielfältiger Mittel der bildenden Kunst, die in ihrer Einheit zu einer beispielhaften architektonischen Leistung führten.

1. Preis

Haus der Industrieverwaltungen Karl-Marx-Stadt

Architekt Roland Kluge
Architekt Günter Hauptmann

Sonderpreis

Strukturwände

Prof. Tschiersky †
Hubert Schiefelbein



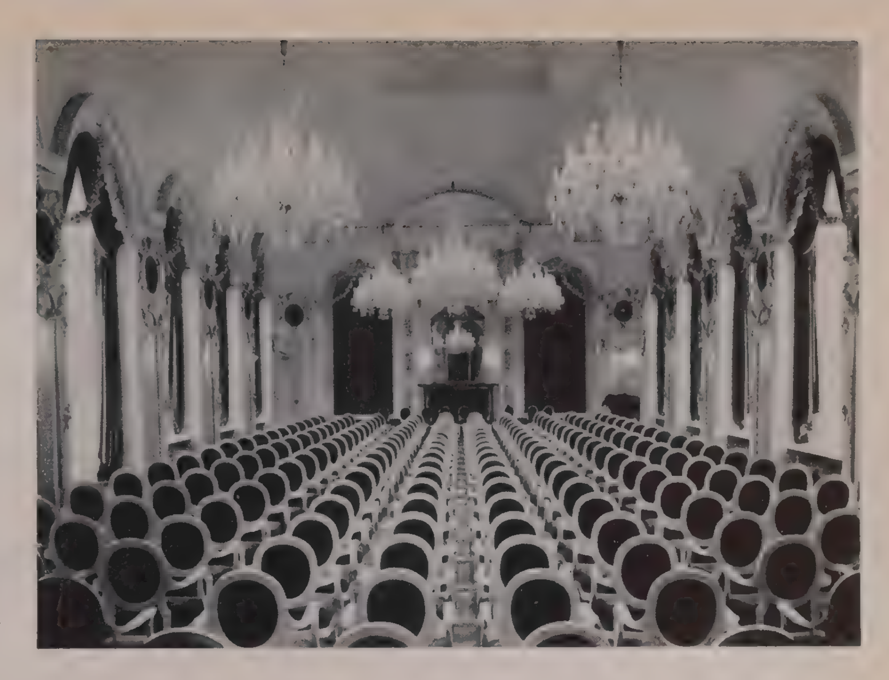
Aus der Begründung der Jury:

Dieses in industrieller Bauweise errichtete Bauwerk stellt ein überzeugendes Beispiel für die Verbindung von Funktionen der wissenschaftlichen Leitung der Produktion mit gesellschaftlichen Funktionen für die Öffentlichkeit dar, die für die Lebendigkeit eines Stadtzentrums von großer Bedeutung ist. Die Bürogeschosse sind, wie der Nutzer bestätigt, funktionell zweckmäßig geordnet. Die Ladenzone im Erdgeschoß und besonders die gastronomischen Einrichtungen sind durch ihre gute architektonische Gestaltung für die Öffentlichkeit sehr attraktiv. Die klare Gestaltung des gesamten Gebäudes, in der etwas von der sachlichen Atmosphäre wissenschaftlicher Leitungstätigkeit spürbar ist, wird durch die starke Plastik des zurückspringenden Mittelteils aufgelockert. Darüber hinaus ist das Bemühen um eine Verbindung von Architektur und bildender Kunst bei diesem Bauwerk anzuerkennen.

1. Preis

Rekonstruktion des Barocksaales in Rostock

Architekt Fritz Hering



Aus der Begründung der Jury:

Die Rekonstruktion dieses Gebäudes ist ein hervorragendes Beispiel für die Erhaltung und Aufwertung historisch wertvoller Bausubstanz in einem Stadtzentrum.
Die Leistung besteht vor allem darin, dieses alte stark beschädigte Gebäude sehr einfühlsam und mit ökonomisch vertretbarem Aufwand wiederherzustellen, es ohne spürbaren Stilbruch mit neuen Möbeln und Einrichtungsgegenständen auszustatten und es so zu einer neuen Nutzung für unsere Gesellschaft zu erschließen.



2. Preis

Autobusbahnhof Karl-Marx-Stadt

Architekt Johannes Meyer

Aus der Begründung der Jury:

Diese Anlage zeichnet sich durch hohe Funktionstüchtigkeit und eine interessante und lebendige Gestaltung aus.
Mit neuen, leichten Konstruktionen und Materialien wurde ein Bauwerk geschaffen, das bereits zu einem charakteristischen Bestandteil des neuen Stadtzentrums geworden ist.

2. Preis

Restaurant „Teepott" in Rostock-Warnemünde

Architektenkollektiv unter Leitung von Architekt Erich Kaufmann
Schalenkonstruktion:
Dipl.-Ing. Ullrich Müther



Aus der Begründung der Jury:

Dieses Bauwerk, das in exponierter Lage am alten Leuchtturm von Warnemünde entstand, ist ein Beispiel für die Schaffung interessanter architektonischer Lösungen mit neuen Konstruktionen. Durch seine attraktive Gestaltung, die angenehme Atmosphäre der verschiedenen gastronomischen Einrichtungen, die durch Werke der bildenden Kunst unterstützt wird, ist dieses Gebäude in kurzer Zeit zu einem Anziehungspunkt von Warnemünde geworden. Hervorzuheben ist ferner die kurze Bauzeit.





2. Preis

CENTRUM-Warenhaus Hoyerswerda
Architektenkollektiv unter Leitung von

Dipl.-Ing. Architekt A. Möller



Aus der Begründung der Jury:

Dieses neue in industrieller Bauweise errichtete Warenhaus zeichnet sich durch eine günstige funktionelle Lösung, die internationalem Niveau entspricht, und eine gute Gestaltung aus. Den Autoren ist es in Gemeinschaftsarbeit mit einem bildenden Künstler und Herstellerbetrieben gelungen, eine interessante Leichtmetallfassade zu entwickeln, die die anziehende Wirkung dieser modernen Einkaufsstätte betont.



2. Preis

Gastronomische Einrichtungen am Markt in Karl-Marx-Stadt

Architekt Gerhard Laake

Aus der Begründung der Jury:

Die Autoren haben mit diesem Bauwerk, das sich gut in die vorhandene Bebauung des Fußgängerbereiches am Rosenhof einfügt, eine bisher unbefriedigende städtebauliche Situation im Stadtzentrum gut gelöst und gleichzeitig eine Reihe unterschiedlicher gastronomischer Einrichtungen geschaffen, die sich bei guter funktioneller Lösung durch ihre angenehme, intime Atmosphäre, die man in alten Zentrumsbereichen sucht, auszeichnen. Die Gasträume sind bis ins Detail sorgfältig gestaltet, wobei ein spezifisches Milieu geschaffen wurde.



2. Preis

Rekonstruktion Schloß Merseburg

Dipl.-Ing. Hans Berger

Aus der Begründung der Jury:

Mit dieser komplizierten Rekonstruktion des stark zerstörten Schlosses in Merseburg wurde ein bedeutender Bau der Renaissance erhalten und einer neuen Nutzung zugeführt. Unter sorgfältiger Beachtung denkmalpflegerischer Belange wurde eine Lösung gefunden, die eine vielseitige Nutzung des Gebäudes ermöglicht.

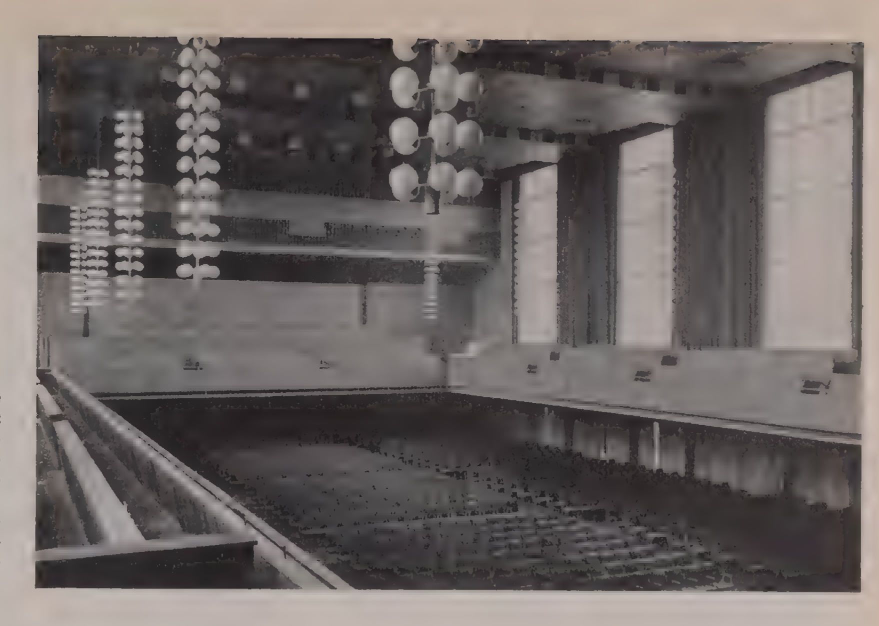
2. Preis

Rekonstruktion Stadthalle Magdeburg

Architektenkollektiv unter Leitung von Karl-Ernst Schreinert

Aus der Begründung der Jury:

Die erhaltene Substanz der zerstörten Stadthalle wurde für den Ausbau einer neuen Stadthalle gut genutzt. Trotz der engen Bindung an die alte Substanz wurde eine gute funktionelle Lösung gefunden. Besondere Anerkennung findet die Innenraumgestaltung der Halle.
Dieses Bauwerk ist ein Beispiel für die zweckmäßige Nutzung und gesellschaftliche Aufwertung beschädigter, aber konstruktiv noch brauchbarer Bausubstanz.



◄ **Anerkennung**

Rekonstruktion Universitätsbibliothek Berlin

Architekt Werner Kötteritzsch

Aus der Begründung der Jury:

Durch die Wiederherstellung der wertvollen Barockfassade wurde eine wichtige Platzwand des Berliner Forums erhalten. Der dahinter errichtete Neubau ist funktionell gut gelöst und so zurückhaltend gestaltet, daß die denkmalpflegerische Aufgabe nicht beeinträchtigt wurde. Dieses Bauwerk ist ein Beispiel für solche Aufgaben, wo unter Erhaltung einer wertvollen Fassade ein Gebäude mit neuen Funktionen entstehen soll.

Anerkennung

Mehrzweckgebäude Rostock Lütten Klein

Architektenkollektiv unter Leitung von Erich Kaufmannn

Aus der Begründung der Jury:

Bei diesem Gebäude verdient der Versuch, ein kompaktes Gebäude für verschiedene gesellschaftliche Einrichtungen auch architektonisch eindrucksvoll als Zentrum eines Wohnkomplexes herauszubilden, besondere Anerkennung. ▼



Mit klarer Konzeption an die neuen Aufgaben

Dr.-Ing. Karlheinz Schlesier, Bezirksarchitekt
und Chefarchitekt für den Aufbau in Halle-Neustadt

Mit der Grußadresse des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands an die Teilnehmer der 5. Baukonferenz wurde den Bauschaffenden der DDR für ihre weitere Tätigkeit eine klare Orientierung gegeben.

- Die Leistungen und Ergebnisse der Werktätigen des Bauwesens werden immer stärker das Tempo unserer gesamten gesellschaftlichen Entwicklung und den Effekt der volkswirtschaftlichen Strukturpolitik beeinflussen.
- Das Bauwesen übt einen bedeutenden Einfluß auf die Steigerung der Arbeitsproduktivität in allen Bereichen unserer Volkswirtschaft aus.
- Von den Leistungen des Bauwesens hängen auch die weitere Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen, die Entwicklung einer sozialistischen Lebensweise unserer Bürger sowie die Gestaltung einer kulturvollen Umwelt wesentlich ab.

Zu den Leistungen des Bauwesens zählen auch die Ergebnisse des Städtebaues und der Architektur.

Auf der 10. Tagung des ZK der SED wurden die Probleme des geistig-kulturellen Lebens beraten und in diesem Rahmen die komplexe Problematik der sozialistischen Umweltgestaltung, der Gestaltung der sozialistischen Arbeits- und Lebensbedingungen und die Forderungen an Städtebau, Architektur und bildende Kunst behandelt.

Auf diesen programmatischen Tagungen wurde der Rahmen abgesteckt, in dem die vor uns liegenden Probleme gelöst werden müssen.

Davon ausgehend, werden hier aktuelle Fragen der Entwicklung des Städtebaus und der Architektur unter den konkreten Bedingungen des Bezirkes Halle behandelt werden. Mit diesen Darlegungen soll zur Diskussion und Lösung anstehender Probleme beigetragen werden.

Zu einigen Fragen der Generalbebauungsplanung

Es ist wiederholt auf die Bedeutung der Generalbebauungspläne als entscheidende Führungsinstrumente der örtlichen Organe der Staatsmacht für eine planmäßige und rationelle Entwicklung der Städte und Siedlungszentren hingewiesen worden. Das bezieht sich auf die Generalbebauungspläne der Bezirke sowie auf die der Städte und Siedlungszentren. Es steht fest, daß der Generalbebauungsplan eine entscheidende Voraussetzung für die rationelle Entwicklung des bezirklichen Bauwesens darstellt. Der zweckmäßige Einsatz und die bedarfsgerechte Entwicklung der Kapazitäten erfordern solche Führungsdokumente. Der Generalbebauungsplan kann diese Anforderungen nur erfüllen, wenn er der Gesellschaftsprognose des Bezirkes und den strukturpolitischen Konzeptionen der Volkswirtschaft entspricht.

Es ist der Zeitpunkt für die komplexe Bearbeitung dieser Dokumente herangereift. Diese Aufgabe ist nur durch systematisch organisierte sozialistische Gemeinschaftsarbeit zu lösen. Der Rat des Bezirkes und die Räte der Städte und Kreise tragen die volle Verantwortung für die Erarbeitung dieser Führungsdokumente, und es sind die Fachabteilungen der Räte und ihre nachgeordneten Einrichtungen, die auf der Grundlage der Beschlüsse der örtlichen Volksvertretungen gemeinsam an diesen Dokumenten zu arbeiten haben. Das trifft zu auf die Bezirksplankommission mit dem Büro für Territorialplanung, das Bezirksbauamt mit dem Bezirksarchitekten und seinem Büro sowie auf die Bereiche der technischen und sozialen Infrastruktur.

Im November 1966 war eine Arbeitsgruppe des Politbüros des ZK der SED unter der Leitung von Walter Ulbricht in Halle. Diese Arbeitsgruppe gab wesentliche Anregungen für die weitere Arbeit an der komplexen Entwicklungsplanung und -leitung der Bezirke, Städte und Kreise.

Auf der Grundlage der gesellschaftsprognostischen Erkenntnisse und der Hauptrichtungen der ökonomischen Entwicklung der wichtigsten Zweige und Kombinate im Territorium war die prinzipielle Baupolitik bis 1970 eindeutig festgelegt worden, und wurde, wie die erreichten Resultate beweisen, im wesentlichen auch eingehalten.

Gegenwärtig besteht die Problematik darin, die Führungsdokumente Generalbebauungsplan, Generalverkehrsplan und Plan der Entwicklung des Bauwesens auf der Grundlage der qualifizierten Gesellschaftsprognose und der neuen Erkenntnisse in der volkswirtschaftlichen Strukturpolitik für den Zeitraum von 1971 bis 1975 weiterzuentwickeln oder neu zu bearbeiten.

In diesem Prozeß messen wir der Entwicklung der Siedlungsstruktur und ihrer Steuerung über den Plan eine besondere Bedeutung zu. Eine qualifizierte Dokumentation über die Entwicklung der sozialistischen Umweltgestaltung und die Ermittlung der volkswirtschaftlichen Etappen einerseits, die konkreten Entwicklungskonzeptionen für die einzelnen Städte andererseits sowie eine qualifizierte, langfristige, bedarfsgerechte Entwicklung der Baukapazitäten setzen eine klare Konzeption der Strukturpolitik im Siedlungsnetz voraus. Es besteht ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen der Sicherung der Strukturlinien der Industrie und der Strukturpolitik im Siedlungsnetz.

Auf der Grundlage der konzipierten Siedlungsstruktur werden die konkreten Entwicklungsprogramme der einzelnen Städte erarbeitet. Auch sie können nur das Ergebnis umfassender Gemeinschaftsarbeit sein.

Die Vervollkommnung der staatlichen Leitungstätigkeit auf der Ebene des Bezirkes und die weitere Verwirklichung des ökonomischen Systems werfen in bezug auf die Arbeit an den Führungsdokumenten die Frage nach höchster Effektivität und Planwirksamkeit auf. Das gilt auch für die Generalbebauungsplanung. Wir charakterisieren die Generalbebauungspläne als prognostische Führungsdokumente, als Bestandteil des Perspektivplanes, als Umsetzung der Ergebnisse der Gesellschaftsprognose und der volkswirtschaftlichen Strukturpolitik. Der Generalbebauungsplan des Bezirkes stellt insofern eine prognostische Baubedarfsforschung, eine perspektivische Baubedarfsentwicklung dar und ist die Grundlage für die sozialistische Umgestaltung.

Im Generalbebauungsplan werden die Veränderungen unserer sozialistischen Umwelt modellhaft vorweggenommen. Hier liegt das ureigenste Tätigkeitsfeld der Städtebauer und Architekten. Mit Hilfe des Generalbebauungsplanes entwickeln die Städtebauer und Architekten das System der räumlichen Umweltbedingungen für unsere sozialistische Menschengemeinschaft. Das ist ein zutiefst inhaltliches Problem und verlangt eine klare Klassenposition der Gestalter. Den Städtebauern und Architekten in der DDR ist unter den sozialistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsbedingungen die Möglichkeit gegeben, die Umwelt als System zu gestalten.

Auf der Grundlage der Generalbebauungspläne bildet sich der Maßstab städtebaulichen und architektonischen Schaffens.

Es sind nicht einzelne Gebäude, einzelne Ensembles, sondern ganze Städte, ja, ganze Bezirke, die zum Wohle unserer sozialistischen Menschengemeinschaft gestalterisch und konzeptionell zu bearbeiten sind.

An Beispielen des Hauptschwerpunktes des komplexen Wohnungs- und Gesellschaftsbaues im Bezirk Halle, der Stadt Halle-Neustadt, lassen sich einige dieser neuen Probleme deutlich machen.

Am 15. Juli 1969 jährte sich zum fünften Male der Tag der Grundsteinlegung. Die Einschätzung des erreichten Standes zeigt, daß neue Fragen zur Klärung herangereift sind, die in erster Linie auf die Dynamik der städtebaulichen Planung zurückzuführen sind. Es zeigte sich, daß eine Planung etwa nach dem Beispiel der Idealstädte der Renaissance unter unseren Bedingungen nicht realisierbar ist. Es ist auch nicht möglich, eine städtebauliche Planung zu realisieren, die dem Wachsen und Werden neuer Bedürfnisse keinen Raum zur Befriedigung läßt. So notwendig die exakte Festlegung und Detaillierung der Bebauungskonzeption ist, so müssen doch auch bei Wohnkomplexen in der Größenordnung von etwa 15 000 Einwohnern Flächen- und Funktionsreserven eingeplant sein, die für Kindereinrichtungen, Gesellschaftsräume, Abstellflächen für PKW und Spielplätze für Kinder über 10 Jahre Entwicklungsmöglichkeiten zulassen. Das Problem der dynamischen städtebaulichen Planung verlangt naturgemäß ganz spezifische Entscheidungen. In Halle-Neustadt ergibt sich deshalb die Notwendigkeit zur Überarbeitung des Generalbebauungsplanes der Stadt und zu seiner Aktualisierung in wesentlichen Positionen.

Heute wohnen über 20 000 Einwohner in Halle-Neustadt und beschäftigen sich aktiv mit der Gestaltung ihrer Stadt und der Entwicklung des städtischen Lebens. Und es ist durchaus nicht immer so, daß sich alle Bür-



ger mit der Planungsidee der Städtebauer und Architekten voll identifizieren.

Wir schließen daraus, daß der Dynamik des städtischen Lebens auch die Dynamik der städtebaulichen Planung entsprechen muß. Im Rahmen der Fortschreibung des Generalbebauungsplanes werden solche funktionsbezogene Flächen- und Funktionsreserven innerhalb der Wohnkomplexe sowie im Stadtzentrum, Bildungszentrum und Versorgungsgebiet nachgewiesen werden.

Der erreichte Stand des Aufbaus von Halle-Neustadt zeigt, daß es gelungen ist, ein bestimmtes Maß an Gestaltungsvariabilität im Wohnungs- und Gesellschaftsbau zu erreichen. Oft aber hat der Stand der Planerfüllung, speziell in Halle-Neustadt, kritisch zur Diskussion gestanden. Es geht also um die Beantwortung der Frage, ob die erreichte Gestaltungsvariabilität eine Ursache für die ungenügende Planerfüllung ist. Diese Gestaltungsvariabilität ist nicht die Ursache für diesen Zustand.

Aber es kann nicht bestritten werden, daß die städtebaulichen und architektonischen Konzeptionen darauf Einfluß genommen haben. Ganz besonders deshalb, weil die städtebauliche und gestalterische Planung von Halle-Neustadt nicht immer und nicht in allen Positionen ausreichend technologisch und ökonomisch bewiesen werden konnte. Das Problem besteht in der Optimierung der städtebaulichen Gestaltungsmöglichkeiten mit der rationellen Technologie und Ökonomie.

Für den weiteren Aufbau von Halle-Neustadt, wie auch für alle anderen Schwerpunkte des Baugeschehens, sind daraus entsprechende Schlußfolgerungen zu ziehen.

Die Gestaltung markanter städtebaulicher Ensembles muß die Bedingungen der Ökonomie und Technologie voll integrieren. Auch diese Erfahrungen vermittelt der erreichte Stand des Aufbaus von Halle-Neustadt.

Für bedeutungsvoll halten wir die Bildung einer städtebaulichen Planungsgemeinschaft zwischen Halle und Halle-Neustadt. In solchen industriellen Ballungsgebieten, wie im Bezirk Halle, ist es in einer Reihe von Fällen notwendig, die städtebauliche Planung über das Territorium eines Stadtkreises hinaus zu bearbeiten. Die unmittelbare Nachbarschaft von Halle und Halle-Neustadt erfordert eine solche gemeinsame Arbeit an den Generalbebauungsplänen beider Städte. Die ersten vorliegenden Erfahrungen bestätigen, daß eine solche städtebauliche Planungsgemeinschaft benachbarter Städte und Gemeinden bedeutende territoriale Reserven erschließen kann und zur Profilierung der Funktion der Städte maßgeblich beiträgt.

In der Bezirkshauptstadt Halle macht der Aufbau des Thälmannplatzes gute Fortschritte. Mit diesem Objekt entsteht ein städtebauliches Ensemble, daß das Antlitz des neuen Halle prägt. Der gefundene Maßstab muß für die weitere Rekonstruktion ausgewertet und bei weiteren Planungen genutzt werden.

In Merseburg liegt die Besonderheit der durchgeführten städtebaulichen Planung in der Herausarbeitung einer neuen Stadtstruktur. Erstmalig wird im Bezirk Halle eine Kreisstadt rekonstruiert. Neue Verkehrsstraßen wurden und werden angelegt, die harmonische Verbindung zwischen wertvoller alter Bausubstanz und neuen Baukomplexen wird hergestellt. Hier entsteht ein Stadtzentrum, das einerseits mit der langen kulturvollen und traditionsreichen Geschichte der Stadt Merseburg verbunden ist und andererseits direkt Beziehungen aufnimmt zu den neuen das Gesicht der Stadt prägenden Einrichtungen der Technischen Hochschule für Chemie und eines Großforschungszentrums für die chemische Industrie.

In Dessau wird mit der Rekonstruktion des Stadtzentrums die lange Etappe des Wiederaufbaus der stark zerstörten Stadt konsequent fortgesetzt. Auch an diesem Beispiel zeigt sich die Zweckmäßigkeit einer dynamischen städtebaulichen Planung, die wesentliche Struktur- und Funktionsbeziehungen festlegt, die Möglichkeit operativer Entscheidungen jedoch nicht ausschließt. Hier ist das Bemühen zu erkennen, städtische Ensemble aufzubauen, die ihre eigene Note haben und zum unverwechselbaren Gesicht der Stadt beitragen.

Diese vier Städte bilden die Schwerpunkte des laufenden Perspektivplanes. Sie werden auch im Zeitraum des Perspektivplanes 1971 bis 1975 Hauptstandorte des komplexen Wohnungs- und Gesellschaftsbaues im Bezirk Halle sein. Hier wird sich in größtem Ausmaß die Veränderung der Umweltbedingungen, die Gestaltung der Arbeits- und Lebensbedingungen für unsere sozialistische Menschengemeinschaft vollziehen. Die Arbeit des Städtebaues beschränkt sich jedoch nicht nur auf diese Schwerpunktvorhaben. Für alle Städte werden entsprechend der Siedlungskonzeption sogenannte städtebauliche Systemlösungen erarbeitet. Bei diesen Systemlösungen geht es um die Herausbildung der prinzipiellen Stadtentwicklungsvarianten, die eine zweckmäßige Sonderpolitik und die richtige Wahl der Modernisierungsobjekte ermöglichen. Am Beispiel der Stadt Bernburg wurde eine solche städtebauliche Systemlösung entwickelt.

Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Arbeit an den Generalbebauungsplänen einen konzentrierten Einsatz der Kapazitäten und Kräfte erfordert, von der Mitwirkung an der Siedlungsstruktur über die unmittelbare Bearbeitung der Bebauungsschwerpunkte bis zur Erarbeitung städtebaulicher Systemlösungen, die die Gewähr geben, systematische Stadtentwicklungen zu organisieren. Das System der Fortschreibung der Generalbebauungspläne des Bezirkes und der Städte sowie der Siedlungsschwerpunkte muß so profiliert werden, daß jeweils rechtzeitig vor Beginn des jeweiligen Perspektivplanabschnittes aktuelle und in den Hauptproportionen abgestimmte Dokumente vorliegen. Der Generalbebauungsplan muß also planwirksam sein.

Die vorgesehene stürmische Entwicklung des Bauwesens und die jährliche Steigerung von 10 bis 15 Prozent erfordern eine Veränderung der Arbeitsweise des Städtebaues. Wenn wir in der Bauindustrie von einer zweieinhalbfachen Steigerung des Leistungsvermögens sprechen, dann bedeutet das für den Städtebau, sein eigenes Leistungsvermögen mindestens um das drei- bis dreieinhalbfache zu steigern, um entsprechenden Vorlauf zu gewährleisten.

Das ist ohne die Anwendung moderner Verfahren und Methoden völlig ausgeschlossen, denn eine extensive Entwicklung der Kapazitäten im Städtebau kann in einem solchen Ausmaß nicht verwirklicht werden. Aus diesem Grund sehen wir in der Konzentration auf die Anwendung kybernetischer und mathematischer Verfahren und Methoden die entscheidende Quelle zur Steigerung der Arbeitsproduktivität im Städtebau.

Bei der Anwendung neuer Verfahren und Methoden in der Generalbebauungsplanung für Merseburg und Bernburg (siehe Beitrag „Territoriale Datenbank" im vorliegenden Heft) sehen wir erste Ansätze zur Qualifizierung der Arbeit auf diesem Gebiet.

Zu einigen Fragen der Verantwortung des Finalproduzenten

Es ist ein bedeutender Fortschritt, daß in Durchsetzung der Beschlüsse des VII. Parteitages der SED die Integration von Projektierung und Bauausführung organisiert worden ist. Es geht nicht um die dabei aufgetretenen ideologischen und organisatorischen Probleme, sondern um das Prinzipielle dieser Regelung. Erstmalig werden unsere großen Baukombinate des Wohnungs- und Gesellschaftsbaues in die Lage versetzt, die volle Verantwortung für ihre Finalprodukte selbst zu übernehmen. Natürlich verläuft dieser Prozeß nicht konfliktlos. Er verlangt von den Projektanten in viel höherem Maße neben der Beherrschung des Entwurfs und der Konstruktion die Meisterung der Technologie und Ökonomie. Er verlangt andererseits von den Bauleitern neben Kenntnissen in der Bauorganisation und Bautechnik Verständnis für den Gebrauchswert der Objekte. Sie müssen sich mit den Objekten identifizieren. Dieser Prozeß vollzieht sich gegenwärtig in unseren Kombinaten.

In dem Maße, in dem die Kombinate erkennen, daß ihre Verantwortung nicht mit der Fertigstellung der Objekte endet, wird die Frage aufgeworfen, wie und in welchem Umfang der Finalproduzent städtebauliche Planungen durchführen sollte.

Wir halten folgenden Weg für den besten: Durch die Organe des Städtebaues werden auf der Grundlage der Generalbebauungspläne Bebauungskonzeptionen erarbeitet.

Die Bebauungskonzeption stellt einen städtebaulichen Entwurf dar, der ergänzt durch eine städtebauliche und architektonische Direktive und eindeutige Gebrauchswertforderung mit dem Investitionsauftrag dem Finalproduzenten übergeben wird. Der Finalproduzent bietet auf dieser Grundlage den Bebauungsplan, die konkrete Lösung der Objekte und Ensemble an, die wiederum durch die Organe des Städtebaues in Abstimmung mit den Auftraggebern bestätigt wird. Diese Regelung, die in der Praxis in unserem Bezirk zur Zeit an zwei Beispielen nach dem bisherigen Verlaufe erfolgreich erprobt wird, weist folgende Vorteile auf:

Der Städtebau konzentriert sich auf Grundsatzfragen Hauptkompositions- und Gestaltungsabsichten. Er erarbeitet Systemlösungen, die die exakten gesellschaftlichen Anforderungen ausweisen. Es wird vermieden, daß Bebauungspläne entstehen, die den konkreten Produktionsangeboten unzureichend gerecht werden. Dieses Verfahren bedeutet in gewissem Umfange eine Reduzierung der traditionellen Leistungen des Städtebauers zugunsten einer Qualifizierung des Vorbereitungsmaterials und der Sicherung der Vorbereitungen für ein wachsendes leistungsvermögendes Bauwesen.

Ein weiterer Vorteil liegt in der Entfaltung der schöpferischen Potenzen der Architekten und Ingenieure beim Kombinat, die auf der Grundlage der Bebauungskonzeption die konkrete und detaillierte städtebauliche Lösung in Übereinstimmung mit dem rationellsten Einsatz der Kapazitäten anbieten.

Es gibt Diskussionen darüber, ob ein solches Verfahren nicht dazu führt, daß das Kombinat zum Nachteil der Umweltgestaltung primitive Lösungen anbietet. Wir bestreiten das. Das Kombinat als Finalproduzent hat die von ihm produzierten Gebrauchswerte, nicht nur in bezug auf den Fertigungsprozeß und die Ökonomie, sondern auch für die kulturellen und künstlerischen Qualitäten Sorge zu tragen und Höchstleistungen zu vollbringen. Diese Regelung erschließt bedeutende schöpferische Potenzen und wird den Forderungen des ökonomischen Systems besser gerecht. Wir erreichen dadurch eine Kapazitäts- und Qualitätssteigerung in der städtebaulichen Vorbereitung und die Entfaltung der Kräfte im Kombinat. Eine Vernachlässigung der Führungsaufgaben auf dem Sektor des Städtebaues und der Architektur kann durch die Bestätigung der Angebote nicht eintreten. Diese Regelung gestattet darüber hinaus eine echte Erhöhung der Effektivität der Projektierung. Das Kombinat wird in die Lage versetzt, in beträchtlichem Maße die Durchsetzung der Wiederverwendungsprojektierung, die Anwendung betrieblicher Standards und die Anwendung der elektronischen Datenverarbeitung zu organisieren. Das gilt sowohl für die aktuellen Aufgaben der Planjahre 1969 und 1970 als auch für die Entwicklung einer langfristigen technischen und technologischen Politik.

Auch dieser Prozeß vollzieht sich nicht konfliktlos. Immer wieder steht die Frage, wie volkswirtschaftlich optimale, funktionelle und harmonische Lösungen zu erreichen sind, wie das gesellschaftliche Optimum ermittelt werden kann. Wir stellen fest, daß die besten Resultate dort erreicht werden, wo konkrete Information und Kenntnis über Aufgabe und Ziel sowie Beherrschung der technischen und technologischen Mittel in Verbindung mit dem Ringen um Höchststand zu finden sind.

Ein Überblick über nur fünf Jahre zeigt am Beispiel des Wohnungsbaues in Halle-Neustadt den zurückgelegten Weg. Er zeigt auch den Fortschritt, der in der Errichtung gesellschaftlicher Bauten in den Wohnkomplexen erreicht worden ist. Wir sind, darüber wurde schon geschrieben, nicht immer und nicht in allen Fällen mit dem Entwicklungsstand und dem Entwicklungstempo zufrieden, und wir erkennen, daß ständig neue Bedingungen heranreifen, die neue Lösungen fordern und möglich machen. Das zeigen die vorgeschlagenen Wohnungsbaukonzeptionen, die den Charakter von Arbeitsstudien nicht abgeschlossener Projekte tragen. Und das wird deutlich an der Entwicklung der HP-Schalenelemente zum UNI-HP-System. Die Bauweise mit HP-Schalen beschränkte sich zunächst auf unterschiedlich lange Dachelemente. Es kamen Wandelemente dazu, und auf der Frühjahrsmesse 1969 konnte ein Elementesystem vorgestellt werden, das eine hohe Variabilität im Einsatz der Elemente bei rationell organisierter Massenfertigung zuläßt.

Wir halten es durchaus für richtig, diese komplexe HP-Schalenbauweise in noch viel stärkerem Maße für die Gestaltung und rationelle Herstellung gesellschaftlicher Bauten unterschiedlicher Zweckbestimmung in den Stadtzentren und für besondere Gesellschaftsbauten einzusetzen. Zur Zeit befinden sich weitere Bauweisen in der Vorbereitung, die beim Wohnungs- und Gesellschaftsbau zum Einsatz kommen sollen. Die Verantwortung des Finalproduzenten liegt vor allem darin, den rationellsten und ökonomischsten Herstellungsprozeß, ausgehend vom fertigen Objekt als Bestandteil unserer sozialistischen Umweltbedingungen, zu finden und zu organisieren.

Die in diesem Heft dargestellten Entwicklungen der letzten Jahre demonstrieren den eingeschlagenen Weg und sind die Grundlage für ein noch schnelleres Tempo.

Zu einigen Fragen der Integration von Städtebau, Architektur und bildender Kunst

Die Vorbereitung, Durchführung und die erste Auswertung der Bezirksausstellung „Architektur und bildende Kunst im Bezirk Halle" vom 1. 6. bis 6. 7. 1969 gaben Gelegenheit zur komplexen Einschätzung des Zusammenwirkens von Städtebau, Architektur und bildender Kunst. Dabei zeigt sich, daß wir bereits die Ergebnisse des zurück-



gelegten Weges analysieren können. Es geht also nicht mehr nur darum, allgemeine Aufgaben und Ziele zu setzen. Die ersten Ergebnisse der Zusammenarbeit zwischen Architektur und bildenden Künstlern boten eine ausreichende Grundlage, das Geleistete zu systematisieren. Wir kommen dabei zu folgenden Ergebnissen:

Immer stärker wird die sozialistische Umweltgestaltung als komplexe gesellschaftliche Aufgabe erkannt und wahrgenommen. Sie wird in dieser Komplexität sowohl von den gesellschaftlichen Auftraggebern, den fortgeschrittensten Architekten und bildenden Künstlern und auch von einer ständig wachsenden Anzahl unserer Bürger verstanden. Es besteht ein Bedürfnis nach Schönheit und Lebensfreude, ein Drang nach Wissen um die Möglichkeiten der Gestaltung. Das heißt, daß die Anforderungen an die Umweltgestaltung bedeutend wachsen.

In der Ausstellung wurden zu den städtebaulichen Vorhaben, den einzelnen Gebäuden und Bildwerken wertvolle Hinweise gegeben. Mit Freude können wir feststellen, daß sich das Mitregieren im Rahmen unserer sozialistischen Demokratie auch im Mitgestalten unserer sozialistischen Umwelt ausdrückt. Es ergeben sich nach dieser Ausstellung folgende Forderungen:

■ Die bestehenden bildkünstlerischen Konzeptionen müssen überprüft und überarbeitet werden. Dabei sind die neuen Erkenntnisse, die neuen Maßstäbe, die angebotene Vielfalt der Techniken und Verfahren angemessen einzusetzen. Die bildkünstlerischen Konzeptionen müssen noch vielfältiger die Möglichkeiten der Umweltgestaltung widerspiegeln. Die Zusammenarbeit zwischen den Architekten und bildenden Künstlern und ihren gesellschaftlichen Auftraggebern ist weiter zu qualifizieren. Dies bezieht sich auf die Tätigkeit der Beiräte und auf die Tätigkeit der Verbände (Verband Bildender Künstler, Bund Deutscher Architekten). Wir müssen unsere städtebaulichen Ensembles, besonders diejenigen, die sich in der Planung befinden, mit höheren Maßstäben messen. Insbesondere geht es darum, die Einmaligkeit und Unverwechselbarkeit dieser Ensembles zu gewährleisten, ohne unvertretbare Anforderungen an die Ökonomie der Bauindustrie und die Investitionspolitik zu stellen. Durch höhere künstlerische Qualität und technische Beherrschung der Bauproduktion ist dies zu gewährleisten.

Schließlich müssen wir ein ständiges öffentliches Forum zu Fragen der Umweltgestaltung durchführen. In viel stärkerem Maße als bisher müssen wir dem Informationsbedürfnis unserer Bürger, ihrem Willen zur Mitgestaltung, Rechnung tragen.

Die Etappe der Addition von Städtebau, Architektur und bildender Kunst ist theoretisch bewältigt. Erste Resultate der Integration dieser Disziplinen liegen vor.

Es ist unsere Aufgabe, auf der Stufe der gewonnenen Erkenntnisse die Aufgaben, die die volkswirtschaftliche Strukturpolitik dem Bauwesen stellt, in sozialistischen Städtebau und sozialistische Architektur umzusetzen.

20 Jahre DDR sind 20 Jahre sozialistischer Städtebau und sozialistische Architektur auch im Chemiebezirk unserer Republik. Wir haben einen Weg zurückgelegt, der bereits gebaute Geschichte ist. Doch wir stehen mitten im Prozeß der Vorbereitung und Bewältigung neuer, größerer und schönerer Aufgaben. In zahlreichen Diskussionen und Auseinandersetzungen haben wir eine Leitlinie zur sozialistischen Architektur, zum



sozialistischen Städtebau gefunden, die auch für die Aufgabe der neuen Etappe Gültigkeit hat.

■ Der sozialistische Städtebau und die sozialistische Architektur sind fest in unseren volkswirtschaftlichen Plänen verankert. Sie dienen der Unterstützung der volkswirtschaftlichen Strukturpolitik mit ihren Mitteln und erhalten im Zusammenhang mit der Lösung von Aufgaben der Strukturpolitik ihre besondere Bedeutung.

■ Der sozialistische Städtebau und die sozialistische Architektur sind prinzipiell ensembleorientiert. Es ist bereits typisch, daß versucht wird, die Dialektik vom Teil zum Ganzen in schöpferische, baukünstlerische Lösungen umzusetzen.

■ Sozialistischer Städtebau und sozialistische Architektur haben ihre materielle Basis im industrialisierten Bauprozeß und in der rationellen Großproduktion. Dieses Kriterium bedeutet, daß Architektur auch die Einheit von Gestaltung, Konstruktion, Ökonomie und Technologie darstellt. Die Integration der Technologie in Städtebau und Architektur muß als besonders charakteristisch hervorgehoben werden.

■ Der sozialistische Städtebau und die sozialistische Architektur kommen nur in sozialistischer Gemeinschaftsarbeit auf der Grundlage unserer sozialistischen Demokratie voll zur Entfaltung. Die breite Diskussion mit den Nutzern und den Produzenten, die schöpferische Auseinandersetzung mit den Vertretern vieler Wissenschafts- und Kunstdisziplinen ist ein charakteristisches Merkmal dieser Entwicklung.

Die erste Voraussetzung für die erfolgreiche Meisterung der gestellten Ziele in der vor uns liegenden Etappe des Perspektivplanes ist die Festigung der gemeinsamen Plattform der Städtebauer, Architekten und bildenden Künstler unseres Bezirkes. Die Erfüllung der Aufgaben in ihrer Vielfalt und Breite sowie die Erreichung von anerkannten Spitzenleistungen erfordert diesen Generalnenner. Allein die qualitativen Anforderungen an das Bauwesen für den Perspektivplan 1971/1975 machen klar, daß wir unsere sozialistische Umwelt viel schneller und großräumiger als bisher verändern müssen. Im Rahmen der Vorbereitung des Perspektivplanes sind die wichtigsten Bauaufgaben auf dem Sektor des Industriebaues, der Bauten für Wissenschaft und Forschung, des Städtebaues sowohl des Neubaus als auch der Rekonstruktion und Werterhaltung bekannt, und das ist eine weitere wesentliche Voraussetzung. Die vorbereiteten und getroffenen Strukturentscheidungen über die Hauptentwicklungsrichtung bestimmen auch die Akzente der Arbeit der Städtebauer und Architekten.

Zu den gegebenen Voraussetzungen gehört auch die Wirtschaftsorganisation des Bauwesens, die durch die Bildung großer Kombinate und die Zusammenführung von Projektierung und Bauausführung charakterisiert ist und im Hinblick auf die Aufgaben des Perspektivplanes geschaffen wurde. Zu den gegebenen Voraussetzungen gehört weiter die Tatsache, daß die Erwartungen an die Architekten und ihre Verantwortung bei der Lösung der künftigen Aufgaben bedeutend zugenommen haben. Damit sind also die entscheidenden Voraussetzungen gegeben. Jetzt ist konkret der rationelle Einsatz der Mittel und Kapazitäten, die zweckmäßige Zuordnung der Aufgaben und die volle Entfaltung der schöpferischen Potenzen der Städtebauer, Architekten und bildenden Künstler zu organisieren.

Halle-Neustadt – Entwicklungsetappen einer Planung

Der Aufbau von Halle-Neustadt, eines der größten städtebaulichen Vorhaben der DDR, ist nicht nur charakteristisch für die Verbesserung der Lebensbedingungen der Werktätigen der chemischen Industrie des Bezirkes Halle, sondern ist zugleich ein Beispiel für die Entwicklung unseres Städtebaus, für das ständige Suchen nach neuen, besseren Lösungen, die Überwindung starrer Schemata und die Herausbildung dynamischer, dem ökonomischen System des Sozialismus entsprechender dynamischer Planungsmethoden im Städtebau. Einige der Entwicklungsetappen der Planung von Halle-Neustadt, die wir hier noch einmal zeigen, sollen diesen Prozeß verdeutlichen. red.

1

1 Plan des Wohnbezirkes Halle-West

Stand: 1962

Verfasser: Entwurfsbüro für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung des Bezirkes Halle

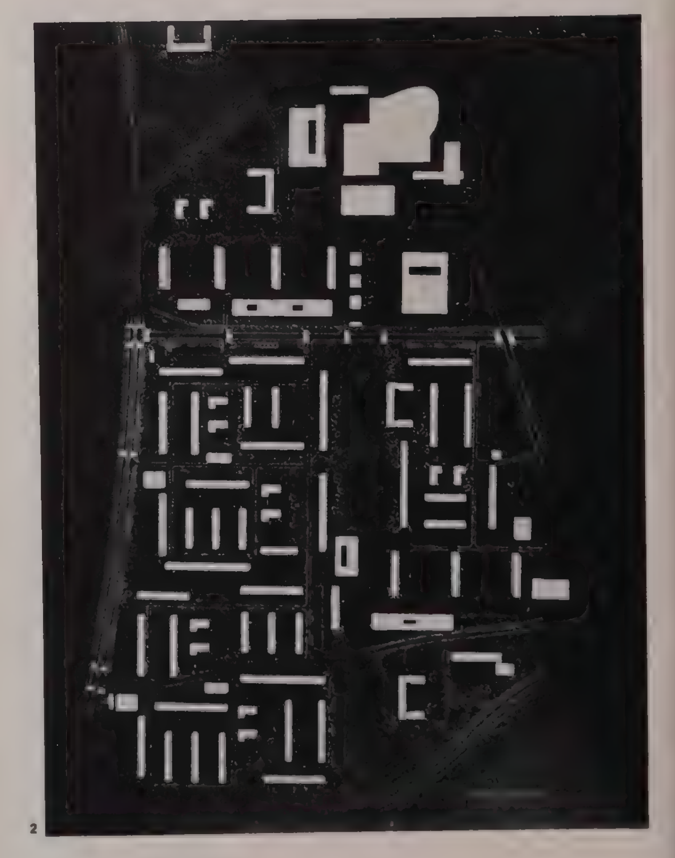
1959 wurde mit der städtebaulichen Planung eines neuen Wohnbezirkes von Halle begonnen. Hauptprobleme der ersten Arbeitsetappe war die Auswahl eines geeigneten Wohnungsbaustandortes aus 13 möglichen Standorten im Bezirk. Nach der Festlegung des Standortes westlich der Stadt Halle begannen die Untersuchungen zur Struktur und Gestaltung des neuen Wohnbezirkes im Zusammenhang mit der Altstadt.

2 Bebauungsvorschlag für das Wohnbezirkszentrum mit dem 1. Wohnkomplex von Halle-West

Stand: 1962

Verfasser: Entwurfsbüro für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung des Bezirkes Halle

Die Bebauung für den 1. Wohnkomplex und den Zentrumsbereich ging noch von der ursprünglichen Konzeption aus, daß hier einer der vier Wohnbezirke der Stadt Halle errichtet wird. Das Programm der gesellschaftlichen Einrichtungen des Zentrums war daher trotz des Gesamtzieles von 20 000 Wohnungen relativ gering. Der 1. Wohnkomplex zeigt eine lockere viergeschossige Bebauung mit wenigen 8- bis 12geschossigen Wohnhäusern. Hier werden die damaligen Vorstellungen von einer „offenen Bebauung" sichtbar. Auf Grund neuer Überlegungen und Empfehlungen wurde der 1. Wohnkomplex 1962 und 1963 wesentlich verdichtet und die Planung im Hinblick auf eine städtische Struktur verändert. Um den Baubeginn nicht zu verzögern, galt er als Vorgabe für den 1963 ausgeschriebenen städtebaulichen Wettbewerb.



2

3 Wettbewerbsentwurf für Halle-Neustadt
Stand: 1964

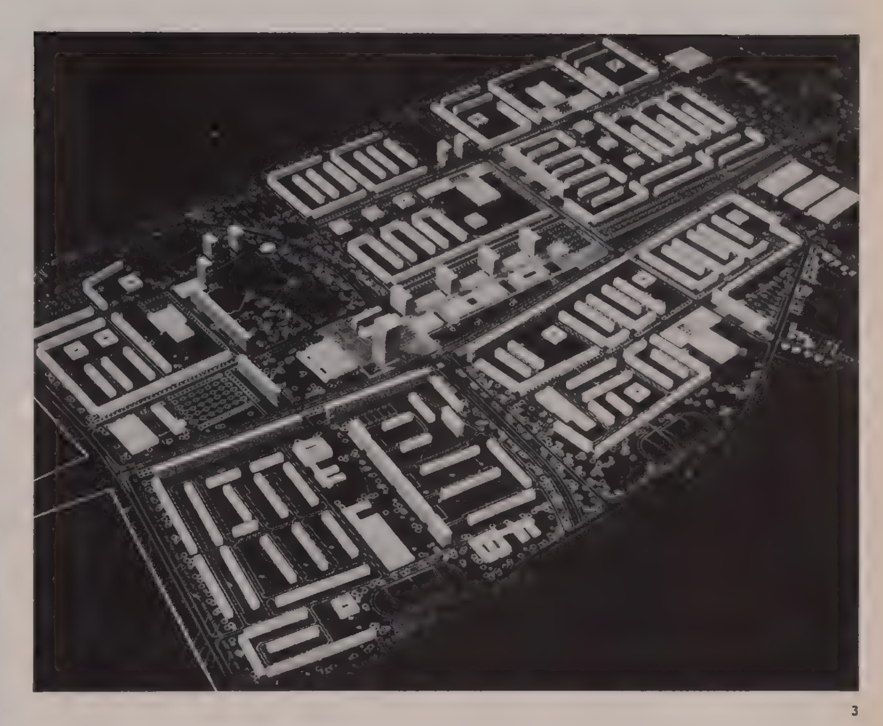
Verfasser: Deutsche Bauakademie, Institut für Städtebau und Architektur

Diese in einem Wettbewerb als beste bewertete Arbeit wurde Grundlage für die städtebauliche Planung, besonders für die Gestaltung des Stadtzentrums und die Lage der Schnellbahn. Der Entwurf war typisch für die noch sehr starren Vorstellungen vom industriellen Bauen. Nach der Planung des Wohnkomplexes II (1964), der Grobkonzipierung der Wohnkomplexe III bis V und des Versorgungsgebietes (1965), der Klärung der Haupttrassen des Verkehrs und der stadttechnischen Versorgung sowie der exakten Abgrenzung der Wohnstadt nach Norden konnte die Erarbeitung des Generalbebauungsplanes vorgenommen werden. Dieser lag im März 1966 vor und wurde im Mai 1966 bestätigt. Der Generalbebauungsplan von 1966 beruhte bereits auf der neuen Konzeption des Aufbaus von Halle-Neustadt als selbständiger, kreisfreier Stadt für 70 000 Einwohner (mit Reserveflächen für 30 000 Einwohner). Das Zentrum und die Versorgungseinrichtungen wurden nach dieser Größenordnung bemessen.

4 Bebauungskonzeption Halle-Neustadt
Stand: 1968

Verfasser: Büro des Chefarchitekten, jetzt Büro für Städtebau und Architektur des Bezirkes Halle, Abt. Halle-Neustadt

Der Bau des Wohnkomplexes IV als Hochhauskomplex ergibt größere Flächenreserven für eine mögliche Stadterweiterung. Unter Einbeziehung aller für eine Bebauung geeigneten Flächen innerhalb der natürlichen Grenzen (Altbaubestand, Steinbrüche, Fernverkehrsstraßen, Saaleaue) ist eine Erweiterung von Halle-Neustadt auf etwa 120 000 Einwohner möglich. Die Untersuchung der optimalen Stadtgröße erfordert jedoch noch detaillierte Untersuchungen hinsichtlich der Kapazität und Erweiterungsmöglichkeit aller gesellschaftlichen Einrichtungen, der technischen Versorgung und des Verkehrs, die gegenwärtig durchgeführt werden. Die Generalbebauungsplanungen der Städte Halle und Halle-Neustadt werden seit Anfang 1969 im Rahmen einer städtebaulichen Planungsgemeinschaft koordiniert und bearbeitet.

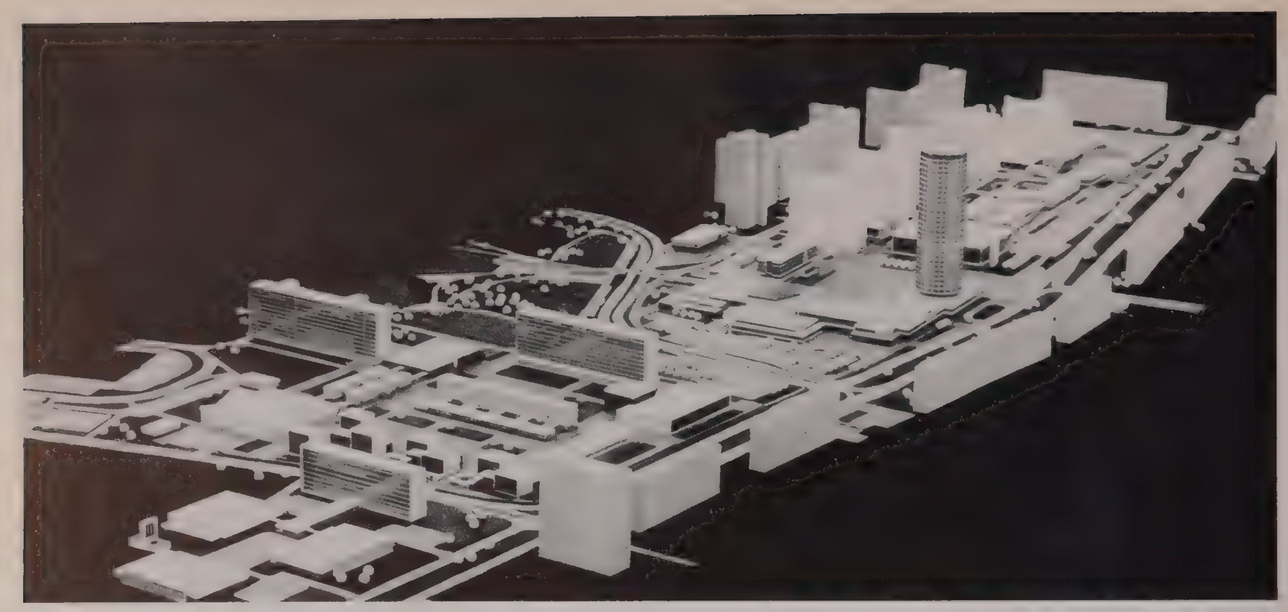


3

4

RESERVEFLÄCHE I

RESERVEFLÄCHE II



1 Modell des Stadtzentrums von Halle-Neustadt

Zum Arbeitsverfahren beim Aufbau des Stadtzentrums von Halle-Neustadt

Prof. Dr.-Ing. Joachim Bach

Die folgenden Darlegungen sollen nur einen Zwischenbericht darstellen, da eine zusammenhängende Abschlußdokumentation der Planung zur Zeit noch nicht vorliegt. In den vergangenen Monaten kam es vielmehr darauf an, die städtebauliche Koordinierung der einzelnen Investitionskomplexe ständig in der Hand zu behalten und mit der Verfeinerung der technisch-architektonischen Lösungen der Einzelobjekte auch die Gestaltungskonzeption der Hauptteile des Zentrums reifen zu lassen. An wichtigen Planungen zur Komplettierung der Gesamtanlage wird zur Zeit noch gearbeitet (bildkünstlerische Konzeption, Farbe, Licht, Werbung).

Die Gesamtkonzeption für das Zentrum wurde bereits 1967 (deutsche architektur 4/1967, S. 210 bis 216) mit dem Stand Ende 1966 vorgestellt. Inzwischen sind beträchtliche Teile des Stadt- und Bildungszentrums im Bau. Erste Gebäude sind oder werden in diesem Jahr fertiggestellt, ein weiterer Teil liegt als Investitionsangebot vor. Über Einzelheiten dieser Projekte zu berichten, wäre in diesem Rahmen kaum möglich.

Aus diesem Grunde sollen hier die generellen Arbeitsverfahren und dabei gewonnene Erfahrungen erläutert werden.

Dem Büro des Chefarchitekten (jetzt Büro für Städtebau und Architektur des Bezirkes) oblag außer der Bearbeitung des Bebauungsplanes auch die Ausarbeitung der technisch-ökonomischen Zielstellungen für diejenigen Objekte, die durch den Hauptplanträger beim Rat des Bezirkes eigenverantwortlich vorbereitet wurden (im Gegensatz zu den Objekten, für welche die zuständigen Fachplanträger bestätigte Vorbereitungsunterlagen zu liefern hatten). Dazu gehörten neben den Wohnbauten, Schul- und Verwaltungsbauten sämtliche öffentliche Anlagen, wie Freiflächen, Straßen, Plätze, spezielle Verkehrsbauten, aber auch Gebäude, für die eine Vielzahl späterer Nutzer in Frage kam.

Daraus ergab sich, daß in zunehmendem Maße, je weiter die Bauvorbereitung voranging, die Koordinierung nicht auf die generellen städtebaulichen Parameter (Fluchtlinien, Haupttrassen, Baumassengliederung) beschränkt blieb, sondern sich immer mehr auch auf die hochbaulichen Anlagen (Systemlinienkoordinierung, Geschoßhöhen, und Abstimmung von Fassadengestaltungen) erstreckte. Diese Regelung ist wahrscheinlich nicht ideal, war jedoch unter den gegebenen Umständen die allein mögliche. In der Phase der Investvorbereitung muß zwar eine strenge städtebauliche Autorenkontrolle die Einhaltung der generellen gestalterischen und funktionellen Lösungen überwachen, die Koordinierung der hoch- und tiefbaulichen Maßnahmen müßte jedoch voll beim Generalprojektanten liegen.

Ich möchte wiederholen, was ich bereits im Heft 4/1967 schrieb: „Entweder konzipiert man (d. h. in der Phase der städtebaulichen Planung) ein Zentrum in der Qualität einer technisch-ökonomischen Zielstellung (d. h. komplett) ... bis zur letzten baulichen Anlage und läßt es dann projektieren und bauen, oder man entwickelt eine kompositionelle und technische Grundstruktur, mit deren Bauvorbereitung begonnen wird, und läßt in deren Rahmen die einzelnen Objekte reifen, wobei die Bedingungen der Grundstruktur stets bindend sind." Wir haben das letztere Verfahren mit einigem Erfolg durchgeführt und müssen heute feststellen, daß das erstere weder von seiten der städtebaulichen Vorbereitung noch auf Grund der Funktionsweise des Generalauftragnehmers oder Generalprojektanten möglich war oder heute möglich wäre. Ich beschränke diese Feststellung jedoch ausdrücklich auf die Situation des komplexen Aufbaues des Stadtzentrums.

Die Planung hat somit folgende Phasen durchlaufen:

1. Bebauungskonzeption im Rahmen der Generalbebauungsplanung, auf Grund des städtebaulichen Programms (Hauptkennziffern der Nutzungseinheiten) und erste Studien über die Lösungsmöglichkeiten der einzelnen Gebäude. Bestätigung als Planungsgrundlage.

2. Technisch-ökonomische Zielstellung (entsprechend der damaligen Terminologie) der ersten Ausbaustufe der stadttechnischen Erschließung mit Trassierung und Grobdimensionierung der Versorgungsnetze, Straßen, Parkplätze, Massenbewegungen. Auftrag für Investangebote.

3. Technisch-ökonomische Zielstellung der wichtigsten Einzelbauwerke, deren Volumen, Gestaltung und Zeitfolge für die gesamte Zentrumslösung bestimmend ist. Auftrag für Investangebot.

4. Technisch-ökonomische Zielstellung der zweiten Arbeitsstufe. Sie umfaßt sämtliche Außenanlagen, Freiflächen, Straßenbeleuchtung und erste Konzeptionen für die bildkünstlerische Gestaltung. Bebauungsplan auf Grund des fortgeschrittenen Bearbeitungsstandes der bestimmenden Einzelbauwerke. Bestätigung als Bebauungsplan.

5. Endgültige Gestaltungskonzeption der Gesamtanlage, bildende Kunst, generelle Farbkonzeption, Lichtgestaltung, Werbung und Festschmuck verbunden mit der Fortschreibung des Bebauungsplanes nach dem letzten Stand der Bearbeitung der Einzelobjekte.

Aus diesem Ablauf müssen einige grundlegende Schlußfolgerungen gezogen werden: Erstens muß noch einmal betont werden, daß er nicht vorsätzlich so geplant war, sondern sich auf Grund der realen Situation



2
Auch die Bauten im Zentrum werden in Montagebauweisen ausgeführt

3
Bau der Eisenbahnunterführung mit dem unterirdischen Bahnhof von Halle-Neustadt

4
Modell des Stadtzentrums von Halle-Neustadt Blick von Osten



der Kräfte und des zeitlichen Ablaufs ergab.

Dabei spielte zweifellos auch das Fehlen von Erfahrungen in der Bewältigung so großer komplexer Programme eine Rolle.

Zweitens: Bei einem systematischen Aufbau der Arbeit und dem Vorhandensein aller erforderlichen Voraussetzungen (hinreichend qualifiziertes städtebauliches Programm, Kenntnis der bautechnischen Angebotsmöglichkeiten, ausreichender wissenschaftlicher Vorlauf und ausreichende Kräfte) ließe sich eine solche Aufgabe in drei Phasen (1. und 2., 3., 4. und 5.) abwickeln, wobei für die dritte Phase ausreichend Zeit bleiben muß, weil hier erfahrungsgemäß die meisten Korrekturen des ursprünglichen städtebaulichen Programms auf Grund der Präzisierung der Nutzungstechnologien und Kapazitäten sowie der bautechnischen Lösungsmöglichkeiten auftreten.

Drittens setzt dieses mehrstufige Verfahren voraus, daß in der 1. Phase bereits die eingangs geforderte bindende Grundstruktur entwickelt und festgelegt wird, wobei es oft vom Geschick und guten Willen des einzelnen Projektanten (vor allem im Tiefbaubereich) abhängt, wie groß die Variationsbreite dennoch bleibt. Viertens muß die 5. Phase unbedingt in die 3. und 4. integriert werden, weil eine zeitliche und konzeptionelle Verselbständigung dieser komplexen Gestaltungsprobleme – wie sie jetzt häufig sogar als sogenannte „Umweltkonzeption" propagiert wird – zu bedenklichen Formalismen führen kann und der Integration der Architektur mit ihren bildkünstlerischen, licht- und farbgestalterischen Komponenten keineswegs dienlich ist. Ich wende mich damit vor allem gegen die metaphysische Trennung des Architekturbegriffs von dem Begriff „Umweltgestaltung".

Es ist sehr schwer zu sagen, wann und wie sich die einzelnen Elemente entwickeln und miteinander verkoppeln. Ich glaube nicht an einen individuellen oder kollektiven Schöpfungsakt, der bereits in der ersten Entwurfsphase alle diese Probleme erfaßt oder doch zumindest in der Anlage so fixiert, daß sie in der weiteren Arbeit Bestand haben und nicht nur eine akademisch oder ausstellungstechnisch interessante Lösung darstellen.

Zwei Voraussetzungen scheinen mir für die Entwicklung jeder dieser Konzeptionen wesentlich zu sein: Eine gut funktionierende Gemeinschaftsarbeit – das ist sowohl disziplinär, vom Architekten über den bildenden Künstler bis zum Tiefbauer oder Handelstechnologen, als auch institutionell, vom Städtebau bis zum Spezialprojektanten, gemeint. Dazu eine überzeugende, klare und wissenschaftlich fundierte Grundidee, zu der sich alle Beteiligten bekennen und die bereits in der Anlage der großen räumlichen Konzeption die Entwicklungsfähigkeit aller Gestaltungskomponenten sichert, ohne selbst starr und dogmatisch zu sein.

Wir glauben, daß es in einer großen Gemeinschaftsarbeit bisher gelungen ist (und auch künftighin gelingen wird), die Grundidee des Zentrums von Halle-Neustadt – den Zentralen Platz am Schnittpunkt der Hauptverkehrswege, die äußerst kompakte Fußgängerzone mit ihren vielfältigen Einrichtungen und interessanten Erlebnisbereichen sowie das Bildungszentrum – zur Reife zu führen und schließlich zur Realität werden zu lassen.

4

Gesellschaftliche Zentren der Wohnkomplexe in Halle-Neustadt

Dipl.-Ing. Harald Zaglmaier
Stellvertreter des Chefarchitekten für den Aufbau von Halle-Neustadt
Büro für Städtebau und Architektur

Die Stadtstruktur von Halle-Neustadt wird im wesentlichen bestimmt durch

- die Wohnkomplexe in den Größen zwischen 12 000 und 20 000 Einwohnern
- das Stadt- und Bildungszentrum
- das Versorgungsgebiet
- die Naherholungsgebiete
- das vorhandene und geplante Netz der Verkehrserschließung
- und die topographischen und territorialen Bedingungen.

Die Grundkonzeption für den Aufbau der Stadt sieht den aufeinanderfolgenden Bau funktionierender Wohnkomplexe vor. Den täglichen Bedürfnissen der in den Wohnkomplexen lebenden Bürger wurde durch die städtebauliche Planung entsprochen. In jedem Wohnkomplex befinden sich Einrichtungen, die täglich von der Mehrzahl der Einwohner genutzt werden, wie Kinderkrippen, Kindergärten, Schulen, Einkaufszentren, Gastronomie, Dienstleistungs- und Gesundheitseinrichtungen, Klub- und Gesellschaftsräume und intime Erholungsbereiche. Das Bild der Wohnkomplexe wird daher durch Wohngebäude in geschlossenen städtebaulichen Einheiten, denen die erforderlichen vorschulischen Einrichtungen direkt zugeordnet sind, und die Komplexzentren geprägt. Die Wohngruppen öffnen sich jeweils zu den gesellschaftlichen Zentren und den Sport- und Erholungsbereichen. Dabei kommt der Gestaltung eindeutiger Fußgängerverbindungen und flüssiger Verkehrserschließungen große Bedeutung zu. Der Weg von der Wohnung zu den Kindereinrichtungen, dem Komplexzentrum und den Erholungsbereichen soll so interessant und erlebnisreich gestaltet werden, daß die Entwicklung eines Heimatgefühls und die Liebe zur Stadt gefördert werden. Das ist jedoch nicht allein durch städtebaulich-architektonische Ensembles zu erreichen.

Städtebau und Architektur sind zwar entscheidende, aber doch nur Teile der komplexen Umweltgestaltung. Als wesentlich empfinden wir dabei die Synthese der Architektur mit der bildenden Kunst. Darum bemühen wir uns immer, in einer möglichst frühen Phase der städtebaulichen Planung eine bildkünstlerische Konzeption zu erarbeiten.

Mit der Konzipierung des III. Wohnkomplexes gelang es uns, zusammen mit der städtebaulichen Planung die bildkünstlerische Gestaltung auszuarbeiten. Die Umweltgestaltung in den Wohnkomplexen ist jedoch auch stets im Zusammenhang mit der Funktionsbestimmung und Gestaltung des Stadtzentrums vorgenommen worden. Vielen allgemeinen Bedürfnissen der Menschen wird der Wohnkomplex mit seinem heutigen Ausstattungsgrad gerecht. Die sich natürlicherweise immer stärker herausbildenden differenzierten Bedürfnisse können jedoch nur in Verbindung mit einem gesamtstädtischen Zentrum und durch die zusätzliche Aufnahme verschiedener Einrichtungen im Wohngebiet optimal befriedigt werden.

Mit zunehmender freier Zeit der Werktätigen steigt auch der Bedarf an Sport- und Erholungsflächen. Befragungen der Werktätigen der chemischen Großbetriebe lassen erkennen, daß durch die erhebliche Reduzierung der Fahrzeit zu den Arbeitsstätten (eine Forderung der Grundkonzeption beim Aufbau von Halle-Neustadt) mehr Zeit für Erholung, Qualifizierung, gesellschaftliche Betätigung und Sport zur Verfügung steht.

Die durchschnittlich aufgewendete Zeit für den Weg zwischen Wohn- und Arbeitsplatz lag bei den meisten Beschäftigten der Chemiekombinate Leuna und Buna zwischen drei und vier Stunden täglich. Mit dem Bau von Halle-Neustadt und der Eröffnung einer Schnellbahnverbindung reduziert sich dieser Zeitaufwand auf 30 bis 40 Minuten täglich.

Typisch für Halle-Neustadt ist das niedrige Durchschnittsalter der Einwohner, das bei 24 Jahren liegt. Die Altersgruppen bis zu 10 Jahren machen den größten Teil der Bevölkerung aus. Daraus leitet sich zwangsläufig ein großer Bedarf an Spiel- und Tummelplätzen ab. Die Konzentration dieser Altersgruppen stellt uns vor die Aufgabe, uns schon heute darauf einzustellen, wie wir in einigen Jahren der Jugend vielfältige Möglichkeiten der Begegnung und Betätigung gewähren können. Die Wohnkomplexzentren und die am Stadtrand ausgewiesenen Sport- und Erholungsstätten sind dafür denkbar günstig.

Die gesellschaftlichen Zentren der Wohnkomplexe

Bei der städtebaulich-funktionellen Gestaltung der Komplexzentren sind wir von der Erkenntnis ausgegangen, daß mit der Konzentration aller Einrichtungen des Handels, der Gastronomie, Bildung, Dienstleistung und des Gesundheitswesens die besten Voraussetzungen für eine optimale Gebrauchsfähigkeit zu schaffen sind. Die Lösung ermöglicht zunächst

- günstige Verkehrserschließungen
- Heranführung des Massenverkehrsmittels
- Bildung von Park- und Anlieferzonen außerhalb der intim gestalteten Fußgängerbereiche
- ökonomische Bewirtschaftung der Einrichtungen und damit
- Erhöhung des Gebrauchswertes, unter anderem durch Verkürzung des Zeitaufwandes beim Einkaufen.

Durch die Zuordnung der hohen Wohnbebauung ergeben sich für den überwiegenden Teil der Einwohner kürzeste Wegeverbindungen zu den Komplexzentren. Der Weg-Zeit-Aufwand für die Einwohner wird daher bereits mit der städtebaulichen Planung entschieden.

Die Wohnkomplexzentren sind jedoch nicht schlechthin nur Versorgungseinrichtungen. Sie erweisen sich immer mehr als Zentrum des geistig-kulturellen Lebens in den Wohngebieten und werden mit den Funktionen des Stadtzentrums in dieser Beziehung an Bedeutung gewinnen.

Neben der städtebaulich-funktionellen Gestaltung der Komplexzentren haben wir deshalb besonderen Wert auf eine komplexe Gestaltung der Umwelt gelegt, daß heißt auf eine größtmögliche städtebaulich-architektonische Gliederung der Ensembles, auf eine differenzierte Baukörper und Freiflächengestaltung und die Konzentration der Objekte der bildenden Kunst im Haupterlebnisbereich.

Während in den Wohnkomplexen die Bedürfnisse des Wohnens und der täglichen Versorgung im Vordergrund stehen, bilden die Einrichtungen des vielfältigen aperiodischen Bedarfes der Einwohner die Struktur des Stadt- und Bildungszentrums, das damit der geistig-kulturelle Mittelpunkt der städtischen Gemeinschaft wird.

Die Beziehungen zwischen den Wohnkomplexen und dem Stadtzentrum von Halle-Neustadt sind in den städtebaulichen Räumen und Funktionen unterschiedlich geplant. Sie erhalten durch stufenweise Steigerung der Erlebnisbereiche (Wohngruppe, Wohnkomplexzentren, Hauptgrünraum des Wohnkomplexes Magistrale) klare Ausdrucksformen.

Es ist ein Merkmal des sozialistischen Städtebaues, daß er sich darum bemüht, das dialektische Wechselverhältnis vom Teil zum Ganzen in baukünstlerische Lösungen umzusetzen. So gesehen, glauben wir einen einheitlichen Stadtorganismus, in dem das Detail in sich geschlossen und dem höheren Gestaltungsprinzip untergeordnet ist, konzipiert zu haben. Dadurch ist der spezifische Charakter und die Größe dieser Stadt ablesbar und überschaubar.

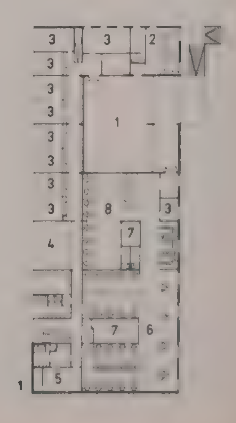
Zentrum des Wohnkomplexes II

Das Komplexzentrum, das im Schnittpunkt des zentralen Grünraum-Fußgängerbereiches mit der Haupterschließungsstraße des Wohnkomplexes angeordnet wurde, ist das gesellschaftliche und funktionelle Zentrum des Wohnkomplexes. Drei differenzierte Baukörper, die räumlich einander zugeordnet sind, enthalten die Versorgungseinrichtungen für den täglichen Bedarf der 21 000 Einwohner des Wohnkomplexes wie eine Kaufhalle, spezielle gastronomische Einrichtungen mit Schulspeisung und Klubräumen sowie Dienstleistungseinrichtungen und ein Ambulatorium.

Dieser zentrale Raum der Begegnung wurde durch die Anordnung von Hochhausdominanten zu einem besonderen Erlebnisbereich im Wohnkomplex gestaltet. Durch intensive bildkünstlerische und Freiflächengestaltung des Fußgängerbereiches soll das Komplexzentrum zum Anziehungspunkt des Wohnkomplexes werden. Es bildet weiterhin den Auftakt des Erlebnisbereiches zum Stadtzentrum über den zentralen Grünraum des Wohnkomplexes und zum Naherholungsgebiet des Kirchteiches und des Wohnkomplexsportzentrums.

Kapazitäten und Bauweisen

Bauteil I:	
Kaufhalle und gastronomische Einrichtungen	47 250 m³
Kaufhalle	1317,5 m²
Gastronomische Einrichtungen:	
Café	160 Plätze
SB-Gaststätte	200 Plätze
Schulspeisung	500 Plätze
Klubräume	190 Plätze
Kinderbibliothek	7000 Bände
Bauteil II:	
Dienstleistungen	8950 m³
Post	5 Schalterplätze
Sparkasse	4 Arbeitsplätze
Wohnungsverwaltung	6 Arbeitsplätze
Frisör	9 Plätze, Herren 27 Plätze, Damen
Dienstleistungen	28,5 lfm. Schalter
Reparaturstützpunkt	95 m²
Blumenladen	62,5 m² Vfl
Bauteil III:	
Ambulatorium	4450 m³
Apotheke	58 m²
Ambulatorium	5 Fachärzte 5 Zahnärzte
Bauweisen:	
Bauteil I:	Großraumraster 12 m × 15 m Stützen in Hülsenfundamenten aufgesetzte Riegel, 12 m Spannweite Dachkonstruktion 15 m HP-Schalen
Bauteil II und III:	2 Mp-Streifenbauweise



1 Obergeschoßgrundriß Dienstleistungsgebäude 1 : 1000

1 Freiterrasse
2 Sparkasse
3 Büro
4 Aufenthaltsraum
5 Lüftung
6 Damensalon
7 Lager
8 Herrensalon

2 Modell des Wohnkomplexzentrums II

1

3 Erdgeschoßgrundriß des Wohnkomplexzentrums II 1 : 1000

Post
1 Schalterraum
2 Dienstraum
3 Heizung und Lüftung

Dienstleistung
4 Kundenraum
5 Auslieferung
6 Garderobe
7 Wäsche
8 Schmutzwäsche
9 Wäschereparatur
10 Schuhannahme und -ausgabe
11 Reparaturstützpunkt
12 Werkstatt
13 Blumenverkauf
14 Binderei
15 Kühlraum
16 Lager

Ambulatorium, Apotheke
17 Isolierzimmer
18 Aufnahme
19 Behandlung
20 Vorbereitung
21 Mütterberatung
22 Gynäkologe
23 Gemeindeschwester
24 Allgemeinpraktiker
25 Bestrahlung
26 Büro
27 Labor
28 Zahnarzt
29 Ruheraum
30 Rezeptur

Gaststättenkomplex
31 Klubraum
32 Gaststätte
33 Kinderbücherei
34 Schulspeisung
35 Geschirrspüle
36 Getränkeselbstentnahme
37 Warme Küche
38 Kalte Küche
39 Küchenchef
40 Tagesvorrat
41 Trockenlager
42 Spüle
43 Boulevardcafé
44 Büfett
45 Speiseeisbereitung
46 Vorbereitungsräume
47 Anrichte und Ausgabe
48 Naßgemüse
49 Fisch
50 Leergut

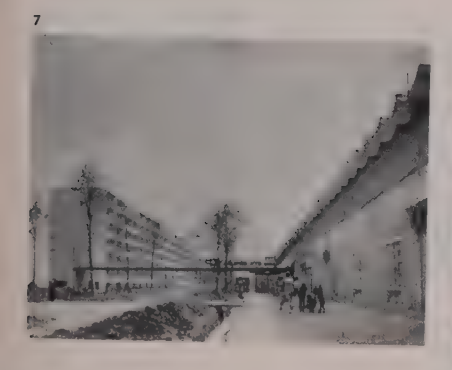
Kaufhalle
51 Warenannahme
52 Kaufhalle
53 Industriewaren
54 Lebensmittel
55 Obst und Gemüse
56 Transformator
57 Speiseraum

4

5

6

7



8



4
Innenraum des Boulevardcafés

7
Blick in das Wohnkomplexzentrum

5
Die Selbstbedienungskaufhalle

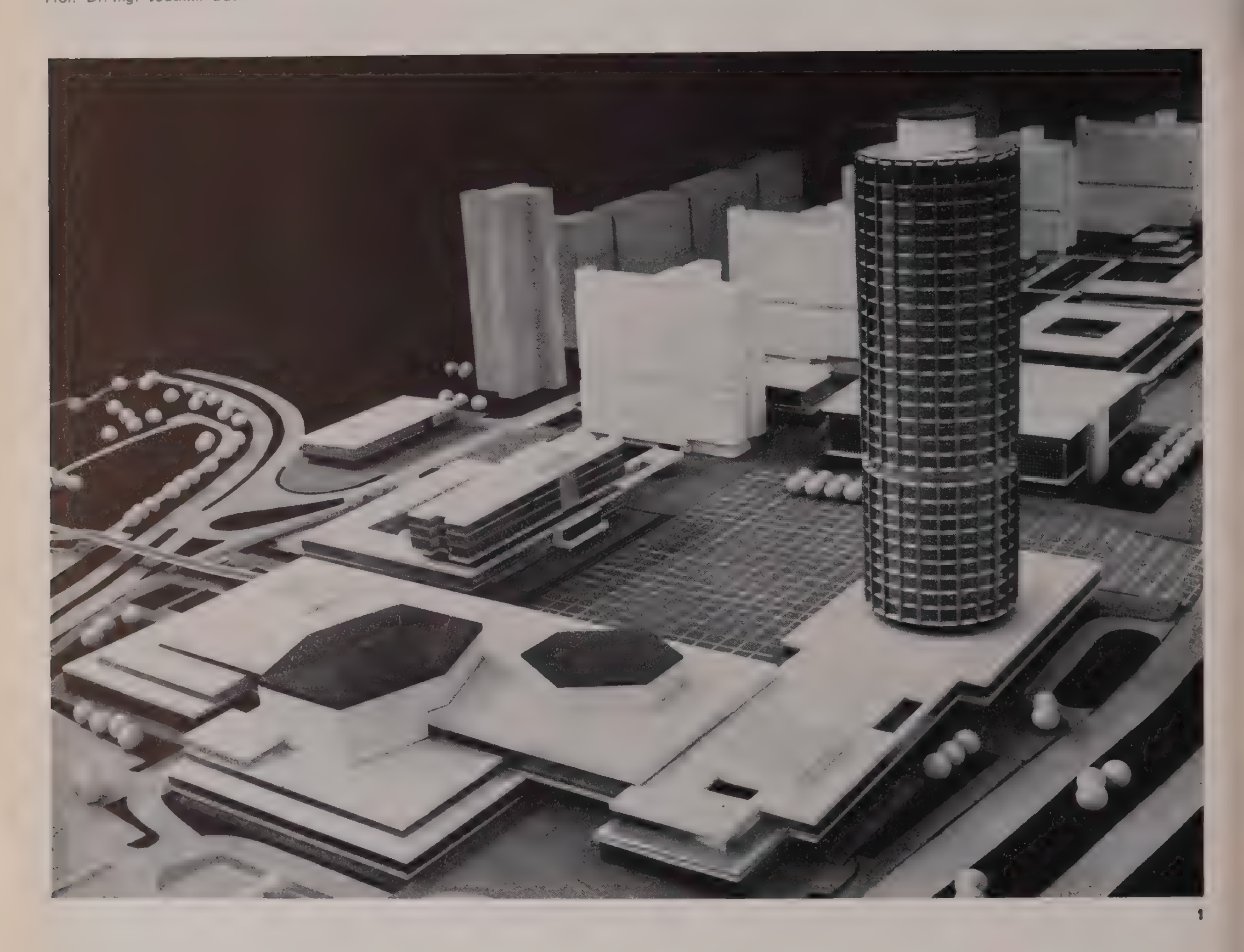
6
Innenhof im Ambulatorium

8
Kinderbibliothek

Das Kulturzentrum Halle-Neustadt

Studie zu Programm und Gestaltung

Prof. Dr.-Ing. Joachim Bach



1

Autorenkollektiv:
Prof. Dr.-Ing. Joachim Bach
Prof. Willi Sitte
Dipl.-Ing. Rainer Deutloff
Büro für Städtebau und Architektur
Dipl.-Ing. Peter Morgner
Dipl.-Ing Hartmut Leonard
VEB Wohnungsbaukombinat Halle,
Betrieb Halle-Neustadt, Betriebsteil Projektierung
Dipl.-Ing. Albert
Institut für Technologie kultureller Einrichtungen,
Berlin, Außenstelle Dresden
Klaus Weymar,
Stadtrat für Kultur,
Rat der Stadt Halle-Neustadt
Erich Mahler,
Klubhaus VEB Leuna-Werke „Walter Ulbricht"

Ferner wirkten mit:
Generalmusikdirektor Olaf Koch und das künstlerische Leitungskollektiv des Staatlichen Symphonieorchesters Halle, Intendant Rolf Thieme und das Kollektiv des Theaters der Jungen Garde, Halle sowie
Dipl.-Bibliothekar Fuhrmann, Leiter der Stadtbibliothek Halle-Neustadt, eine Reihe von Spezialingenieuren des IFT sowie Mitarbeiter des Büros für Städtebau und des VEB Wohnungsbaukombinat Halle.

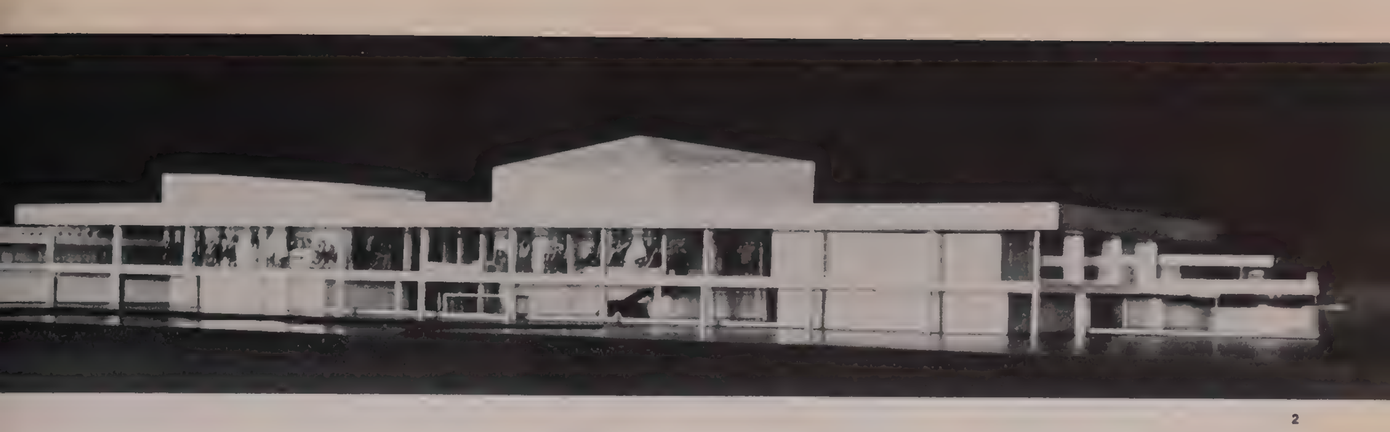
Es ist etwas ungewöhnlich, einen Entwurf in einem so frühen Stadium in der Fachpresse vorzustellen. Wir haben uns auf ausdrücklichen Wunsch hin doch dazu entschlossen, weil einige Erfahrungen, die bei der Ausarbeitung der Studie gewonnen werden konnten, verallgemeinernswert scheinen. Im Mittelpunkt der Betrachtungen soll deshalb auch nicht so sehr die Entwurfslösung selbst stehen, die noch in manchem Punkt verbessert werden muß, als vielmehr die Methode der Programm- und Gestaltbildung für dieses zweifellos gesellschaftlich bedeutendste Bauwerk im Zentrum der neuen Stadt.

Die Aufgabe

Die Formulierung des Programms für das Kulturzentrum Halle-Neustadt bereitete während der vergangenen Jahre allen Beteiligten große Sorge, vor allem wohl deshalb, weil man sich darüber klar war, welch schwerwiegendes Stück sozialistischer Kulturprognose sich mit diesem Programm verband. In jeder älteren Stadt kann bei der Lösung solcher Aufgaben auf einer gewissen kulturellen Tradition aufgebaut werden, sind örtliche Bedingungen gegeben. Hier jedoch mußte die Frage nach den künftigen kulturellen Bedürfnissen der Menschen dieser Stadt aus der Retorte, gewissermaßen par excellence, sehr gegenständlich beantwortet werden.

Als besonderer Faktor war dabei noch das Problem der territorialen Funktionsteiligkeit in diesem Ballungsgebiet, das heißt die Abstimmung mit den in der Stadt Halle vorhandenen und geplanten kulturellen Einrichtungen, aber auch mit den bei großen Werken — Leuna, Buna, Elektrochemisches Kombinat Bitterfeld — vorhandenen hochwertigen Kapazitäten zu beachten.

Das Programm dieses Kulturzentrums hat eine Geschichte, die hier nicht unerwähnt bleiben kann: In der Grundkonzeption 1964 war eine Stadthalle für Kongreß-, Kultur- und Sportveranstaltungen mit 2000 Tribünenplätzen und 30 m × 60 m Parkettfläche gefordert. Noch der Wettbewerb für



2

Angaben der baulichen Lösung:

Bruttofläche insgesamt:	28 500 m²
davon Gaststätten:	4 100 m²
Bibliothek:	2 876 m²
Galerie:	2 663 m²
Gesamtkosten:	etwa 38 000 TM

Bauweise:

Zentraler Bauteil:	UNI HP-System
Säle:	Massivbau
periphere Bauteile:	vereinheitlichte Geschoßbauweise

1
Modell. Blick auf das Stadtzentrum von Halle-Neustadt mit dem Kulturzentrum und dem Hochhaus der Chemie am zentralen Platz

2
Modellansicht des Kulturzentrums vom zentralen Platz

3
Modellansicht. Blick vom Bildungszentrum

die Gestaltung des Zentralen Platzes 1967 (deutsche architektur 1/1968) lief leider unter diesem Programm. Der Entschluß, eine Kongreßhalle für die Bezirkshauptstadt zu planen und der Bau einer Eissporthalle an der Nahtstelle beider Städte, entlastete erst einmal das Objekt von überzogenen Forderungen. Was übrigblieb waren die sattsam bekannten anonymen „Mehrzwecksäle" – ein kleiner und ein großer. Wert und Unwert dieser Kategorie gesellschaftlicher Bauten ist wohl kaum noch umstritten. Man kann zwar eine Menge damit anfangen, aber für kulturelle Veranstaltungen von höchstem Niveau taugen sie nicht, weil es eben kaum einen Kompromiß gibt zwischen wissenschaftlichen Kongressen und Varietéprogrammen, zwischen symphonischer Musik und 70-mm-Kinotechnik. Die internationale Entwicklung läßt auch ganz eindeutig den Trend zur Spezialisierung erkennen. Daraus ergibt sich, daß, sobald es die Größe der Stadt oder des Siedlungsgebietes zuläßt, eine Funktionsteilung zwischen kulturellen Bauten im Sinne ihrer Qualifizierung für bestimmte Nutzungsarten notwendig wird. Dieser Grundsatz kann natürlich nicht gelten, wenn es sich um kulturelle Zentren größerer Einzugsbereiche handelt, in denen keine Funktionsteilung möglich ist. Damit soll jedoch nicht gesagt sein, daß für diesen Fall der traditionelle „Kulturhaussaal" mit seinen in jeder Hinsicht unzulänglichen technischen und gestalterischen Bedingungen auch in Zukunft die beste Lösung darstellt. Hier sollte man sich rechtzeitig auf die Bauaufgaben einstellen, die sich in den nächsten Jahren im Zusammenhang mit der Umgestaltung der Siedlungssysteme ergeben werden, und nach neuartigen Raum- und Gebäudetypen suchen, die den kulturellen Ansprüchen der Zukunft gerecht werden. Keinesfalls sollten wegen akuter Raumnot kostspielige Kompromisse gesucht werden, die alles, was vielleicht im Laufe von zwanzig Jahren nacheinander qualifiziert gebaut werden könnte, auf einmal als monströses Provisorium umfassen.

Aus solchen und ähnlichen Überlegungen heraus entschloß sich der Rat des Bezirkes Halle, als wir ihm Anfang dieses Jahres die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft zur endgültigen Klärung des Problems Kulturzentrum Halle-Neustadt vorschlugen, eine eindeutige Profilierung der Hauptkapazitäten vorzunehmen. Der große Saal sollte primär als Konzertsaal mit sehr eingeschränkter Mehrzwecknutzung, der kleine Saal als Experimentier- und Puppentheater angelegt werden. Wir glauben, daß die Bedeutung dieser Entscheidung nicht hoch genug eingeschätzt werden kann.

Der Auftraggeber formulierte jedoch noch einen weiteren, wie uns scheint sehr wichtigen Grundsatz: Ein modernes Kulturzentrum – speziell an einem solchen Platz – sollte nicht nur der kulturellen Betätigung der Bevölkerung und dem konsumtiven Kulturerlebnis dienen, sondern zugleich ständiger Sitz produktiver Kulturinstitute sein. Deshalb wird das Kulturzentrum

3





LÄNGSSCHNITT

4

5

KINDERMUSIKSCHULE

CHOR

BIBLIOTHEK

KLUB

FUSSGÄNGERPASSAGE ZENTRALER PLATZ – BILDUNGSZENTRUM

BETRIEBSGASTSTÄTTE

PASSAGE ZUR MAGISTRALE

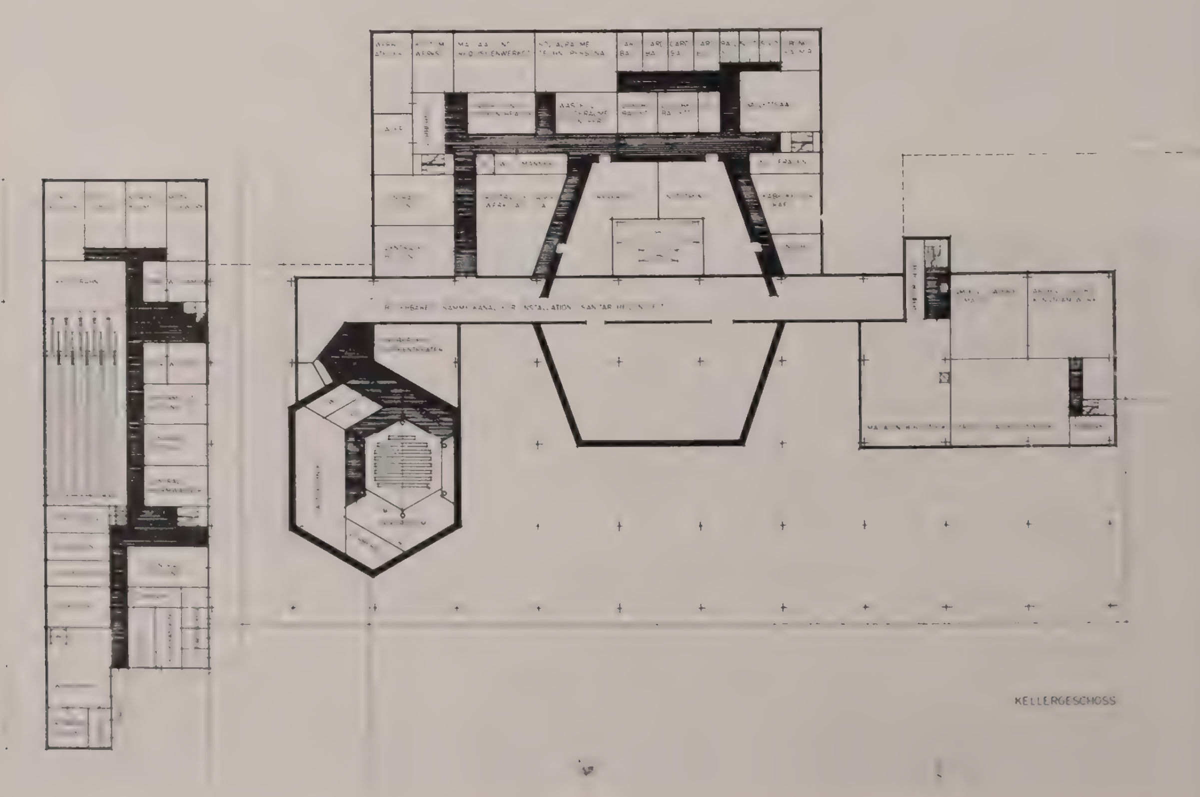
PUPPENTHEATER

GALERIE

ZENTRALER PLATZ

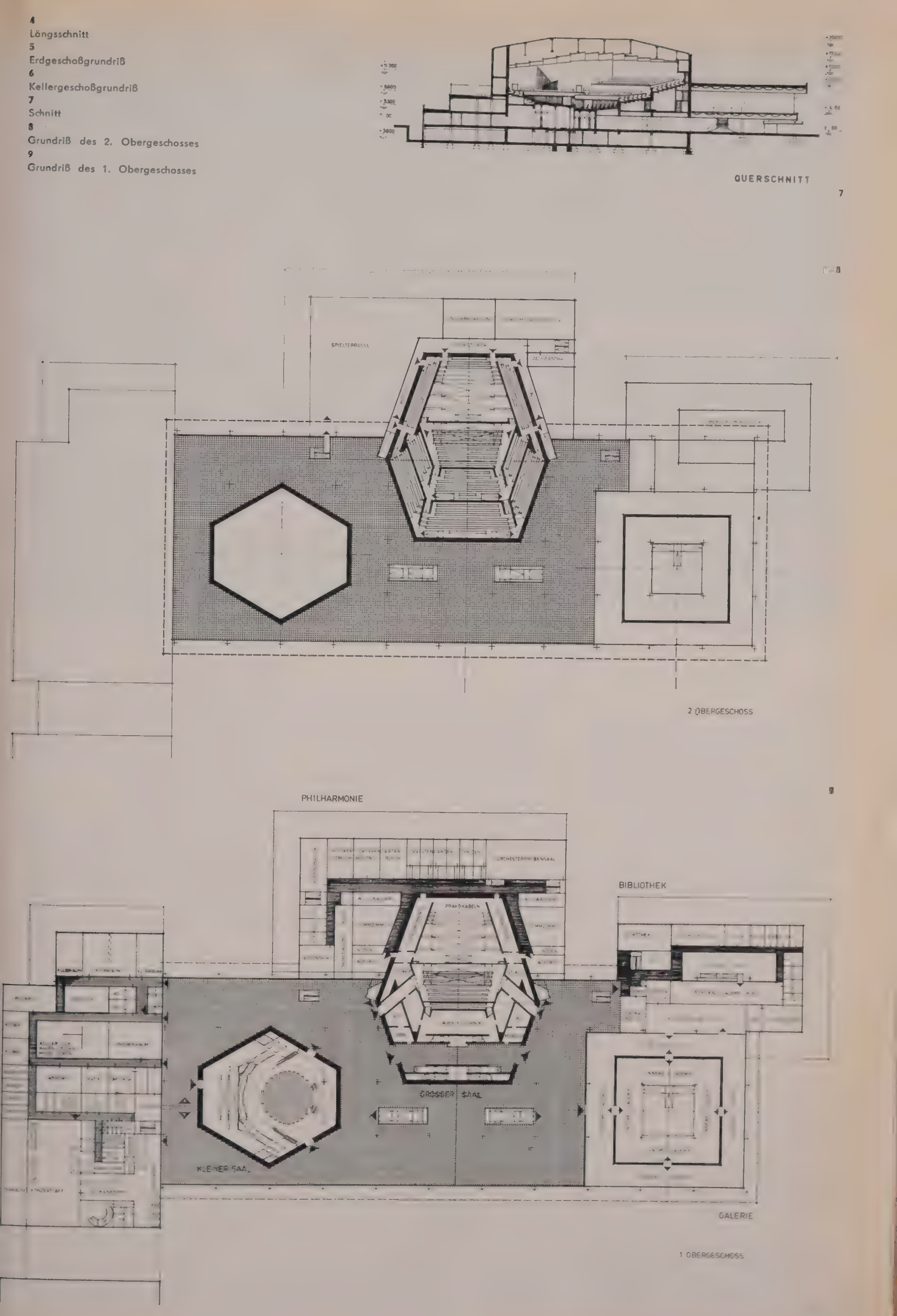
ERDGESCHOSS

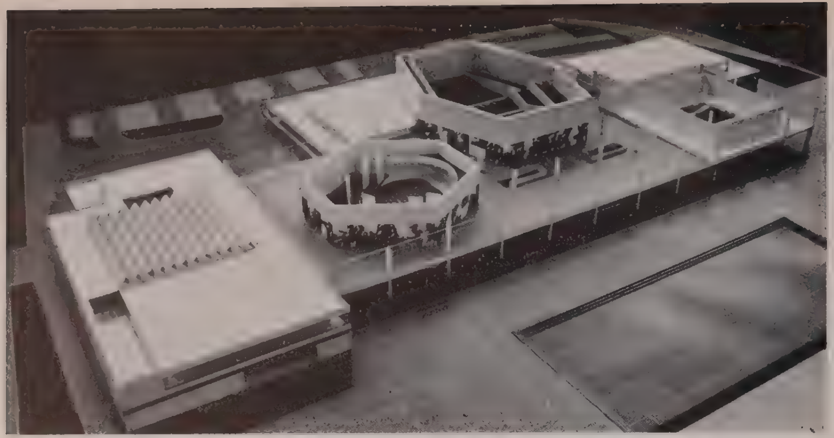
6



KELLERGESCHOSS

4
Längsschnitt
5
Erdgeschoßgrundriß
6
Kellergeschoßgrundriß
7
Schnitt
8
Grundriß des 2. Obergeschosses
9
Grundriß des 1. Obergeschosses





10



11

10
Modell des Kulturzentrums mit Blick in die Galerie, in den kleinen und großen Saal

11
Modell. Blick vom Naherholungszentrum auf das Ensemble am zentralen Platz

12
Modell. Blick auf den zentralen Platz von Südosten

Halle-Neustadt Sitz und Arbeitsstätte des Staatlichen Symphonieorchesters Halle sein, und drei im Bezirk existierende Puppenbühnen werden unter der Regie des Theaters der Jungen Garde zu einem Experimentier- und Puppentheater zusammengeführt. Soweit die Vorgabe, als wir im Januar 1969 die Arbeit aufnahmen.

Die Arbeitsgemeinschaft

Wir glaubten, daß sich eine solche Aufgabe nicht auf dem herkömmlichen institutionalisierten Weg der Investitionsvorbereitung lösen ließe, zumal mit Programm und Gestaltungsvorschlag die endgültige städtebauliche Lösung des zentralen Platzes zusammenhing. Unser Vorschlag ging dahin, Städtebauer, Architekten, Kulturpolitiker und -organisatoren und den bildenden Künstler zu gemeinsamer schöpferischer Tätigkeit zusammenzubringen. Der Vorschlag wurde akzeptiert. Wir waren schließlich acht Mann, die als erstes in einer einwöchigen Klausur das Lösungsprinzip der Aufgabe zu entwickeln suchten. Es ist nicht beabsichtigt, hier methodische Verallgemeinerungen einer derartigen Kollektivarbeit aufzustellen. Wenn überhaupt, ist das erst möglich, wenn eine solche Methode mehrmals planmäßig angewandt wurde. Aber jede Aufgabe wird schließlich anders geartet, jedes Kollektiv anders zusammengesetzt sein.

Nur soviel ist festzustellen: Keiner der genannten Partner war bei der Arbeit auch nur zeitweilig zu entbehren. Eine so intensive Diskussion der Probleme im Sinne der Einheit von Form und Inhalt, von Funktion, Konstruktion, Ökonomie und Gestalt wäre ohne diese Zusammensetzung des Kollektivs kaum entstanden. Selbst wenn einer, der nicht rechnete oder skizzierte, den anderen einmal nur stundenlang zusah, entwickelten sich doch daraus das komplexe Begreifen der Zusammenhänge und die gemeinsamen Vorstellungen über den Lösungsweg.

Der Lösungsvorschlag

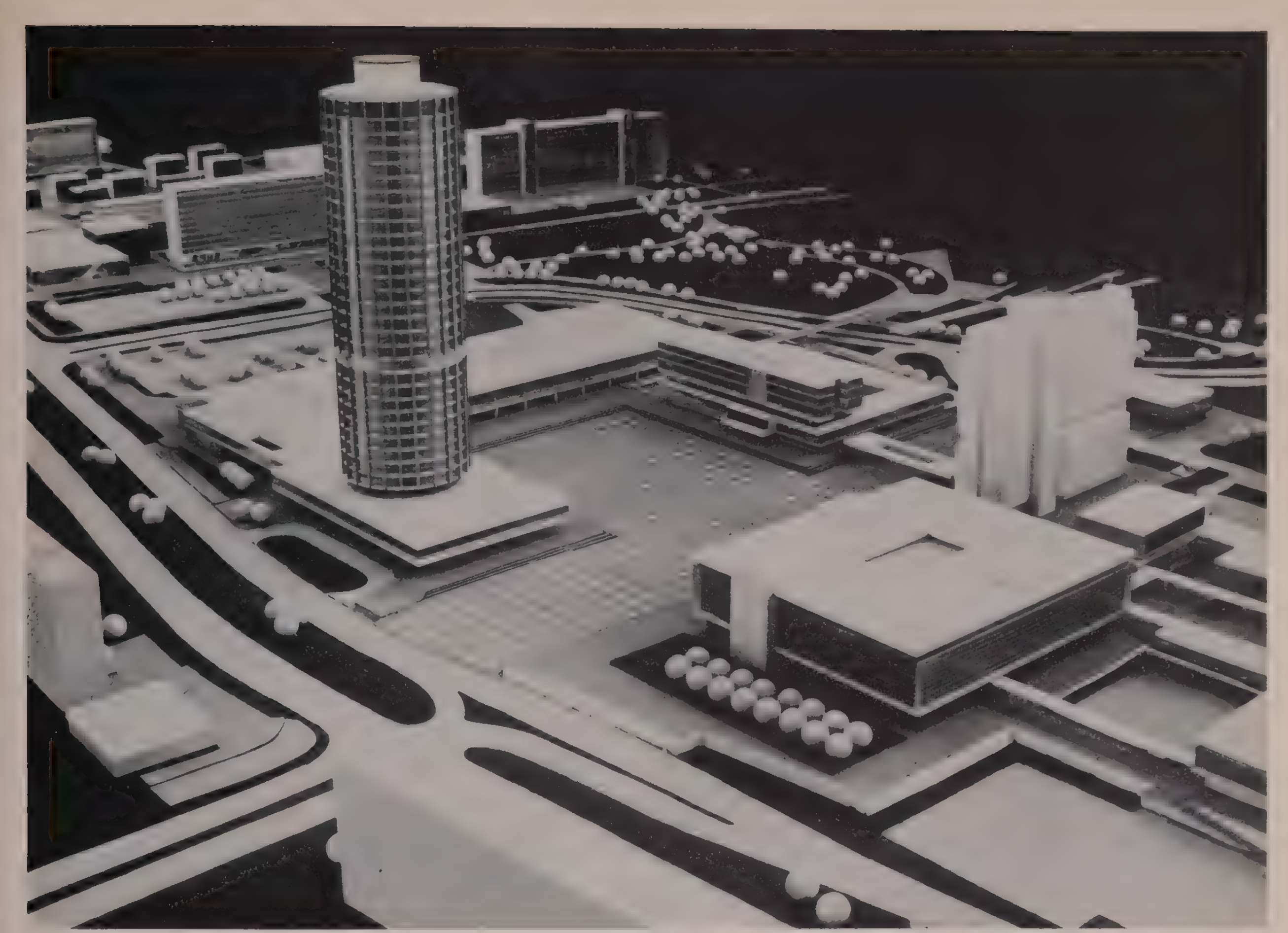
Ergebnis der ersten Arbeitsphase waren eine Reihe von Prämissen, die funktionell und gestalterisch umgesetzt werden mußten, zum Beispiel:

- Das Kulturzentrum ist das für das städtische Leben bedeutungsvollste Bauwerk. Es ist gleichermaßen gesellschaftliche Repräsentation wie Einrichtung, die der Befriedigung der täglichen kulturellen Bedürfnisse der sozialistischen Menschengemeinschaft dient.
- Es ist Forum der sozialistischen Demokratie,
- Stätte der weltanschaulichen und wissenschaftlichen Bildung,
- Stätte der Pflege kultureller Traditionen wie der Vermittlung künstlerischer Erlebnisse,
- Voraussetzung künstlerischer Produktion von Berufskünstlern ebenso wie der schöpferischen Selbstbetätigung der Werktätigen und somit Rahmen der kulturellen Selbstdarstellung der städtischen Gemeinschaft.
- Musik, bildenden Kunst, Theater, Tanz, Literatur müssen in dem Gebäude ebenso ihren Platz finden wie die wissenschaftliche Information, die musische Bildung der Kinder, das ernste Gespräch über politische Fragen und die zwanglose Geselligkeit, die Entspannung oder das Vergnügen von Erwachsenen und Jugendlichen.

Die räumliche Systematisierung dieser Grundforderungen ließ es geboten erscheinen, nach einer Lösung zu suchen, die bei sorgfältiger Spezialisierung der einzelnen Funktionsgruppen zugleich eine weitgehende Integration, daß heißt Kombinationsfähigkeit verschiedener Nutzungsarten, zuließ. Das Gebäude muß im weitesten Sinne „öffentlich" sein. Es so zu gestalten, daß man es nicht nur zu gelegentlichen festlichen Anlässen aufsuchen, sondern auch täglich, ohne besonderen Anlaß betreten kann, mit der Gewißheit, darin etwas Interessantes, Erbauliches oder Vergnügliches zu finden — das war unser Ziel. Wir entschlossen uns deshalb recht bald dazu, die verschiedenen, bislang als Einzelbauwerke um den zentralen Platz vorgesehenen kulturellen Einrichtungen zusammenzufassen und um zentrale Räume so zu gruppieren, daß man sie innerhalb des Gebäudes erreichen und verschiedenartig nutzen kann, ohne daß damit eine gegenseitige Beeinträchtigung verbunden ist. Außer den beiden Sälen und den dazugehörigen Betriebs- und Probenräumen waren das die Stadtbibliothek, ein Galerie- und Ausstellungsgebäude, der Klub, eine Großgaststätte und ein Konzertkaffee (abends Tanzbar).

Alle diese Raumgruppen (mit Ausnahme der Großgaststätte) sind um ein zentrales Foyer im ersten Obergeschoß angeordnet, das die beiden Säle umschließt. Während das Vestibül im Erdgeschoß eine breite Passage zwischen zentralem Platz und Bildungszentrum freiläßt, an der der Zugang zur Gaststätte liegt, reicht das Foyer durch die ganze Gebäudetiefe und läßt im Gegenlicht die Körper der beiden Säle erkennen. Das Foyer selbst ist größer als es die reine Verkehrsfunktion erfordern würde. Es ist als Versammlungsraum, für festliche Veranstaltungen, Bälle oder Ausstellungen hervorragend geeignet und stellt eine ständig wirksame Kontaktzone von hoher gesellschaftlicher Aktivität dar.

Eine wichtige Forderung ist die Bereitstellung hinreichend qualifizierter Räume für die unterschiedlichsten Formen schöpferischer Betätigung der Bürger der Stadt. Grundsätzlich soll es keinen Unterschied geben zwischen Bereichen, die Berufskünstlern und solchen, die dem Laienschaffen zur Verfügung stehen. Orchester-, Chor- und Ballettprobenräume, Experimentierbühne und Fundus, Ateliers und Werkstätten werden so mit hoher Effektivität genutzt, Berufs- und Laienschaffen können sich gegenseitig befruchten, die Bürger der Stadt prägen ihr eigenes künstlerisches Milieu. Während die Stadtbibliothek (150 000 Bände) trotz ihres Anschlusses an die zentrale Verkehrszone einen relativ ab-



12

geschlossenen Bereich darstellt, ist die Galerie völlig in den Hauptkörper einbezogen. Wir glauben, daß diese Abkehr von dem Prinzip des isolierten Kunsttempels die Wege zu neuen Beziehungen der Menschen zu den Kunstwerken, die ihr Gemeingut sind, öffnen kann. Es ergibt sich zwangsläufig, daß man nicht mehr nur selten – einmal im Leben oder einmal im Jahr – das Städtische Museum besucht, sondern bei jedem Besuch im Kulturzentrum wieder angeregt wird nach Neuem zu schauen und dabei Bekanntes wieder zu erleben, den vielleicht flüchtigen Besuch einer Ausstellung in den äußeren Räumen der Galerie mit einigen Minuten versunkenen Kunsterlebnisses in den Innenräumen zu verbinden.

Der große Saal ist primär als Konzertsaal konzipiert. Seine Raumform wurde deshalb vorrangig nach akustischen Gesichtspunkten gewählt. Die etwa 1000 Plätze sind um ein Orchesterpodium herum allseitig ansteigend angeordnet. Um gute Hör- und Sichtverhältnisse zu schaffen, wurde die Zahl der eigentlichen Parkettplätze möglichst gering gehalten, die Mehrzahl der Plätze liegt auf amphitheatralisch ansteigenden Rängen, deren massive Brüstungen wichtige akustische Funktionen zu übernehmen haben. Die Podiumsfläche ist in mehrere Hebebühnen unterteilt und läßt sich zu einer ebenen Spielfläche verfahren, auf der Ballettvorstellungen, Estraden und andere Veranstaltungen durchgeführt werden können. Eine regulierbare Akustik soll auch Sprechveranstaltungen ermöglichen.

Der kleine Saal wurde im Hinblick auf möglichst vielseitige Voraussetzungen für verschiedene kleine Formen der darstellenden Kunst, vor allem aber für das moderne Puppenspiel, entwickelt. Er ist rundum bespielbar, die eigentliche Bühne wird durch Versatzstücke gebildet, kann aber auch voll in den Raum einbezogen werden. Die Zuschauerfläche ist als Drehbühne ausgebildet, die auf den jeweiligen Spielsektor ausgerichtet werden kann. Einfache Polsterbänke ermöglichen die Unterbringung einer wechselnden Zuschauerzahl, es finden so 200 Erwachsene, bei Kindervorstellungen jedoch fast 300 Kinder Platz. Die Bühne hat eine Untermaschinerie mit drei Hebepodien und eine einfache Obermaschinerie.

Ein Grundanliegen der Arbeitsgemeinschaft war das Problem der Integration von Städtebau, Architektur und bildender Kunst. Mit Willi Sitte hatten wir schon früher viele Debatten über die Formen der Zusammenarbeit zwischen Architekten und bildenden Künstlern – meist retrospektiv kritisch –, die gewöhnlich in der Feststellung gipfelten, daß der richtige Zeitpunkt für das Zusammenfließen der Gestaltungsvorstellungen bisher eigentlich kaum gefunden wurde. Wir gingen deshalb mit sehr vielen Erwartungen an die gemeinsame Arbeit, vorurteilslos, wenngleich nicht ohne eine sehr früh fixierte Zielvorstellung: Wir wollten monumentale Wandmalereien entwickeln, die gleichermaßen im Innern des Gebäudes wie nach außen, daß heißt auf den zentralen Platz, thematisch und gestalterisch wirksam würden. Wandmalereien, von denen Orozco sagte, sie seien ... „die höchste, folgerichtigste, reinste und stärkste Form der Malerei".

Wir suchten – immer mit dem Vorsatz der Wirksamkeit nach innen und außen – nach einer Situation, in der die thematischen wie die künstlerischen Ausdrucksmittel der Malerei voll zur Entfaltung kommen konnten. Wir glauben, sie in der jetzt vorgesehenen Form, indem die Wände der beiden Haupträume, des Konzert- und des Theatersaales, als körperliche Bildträger innerhalb des transparenten Gehäuses der Foyers dienen, gefunden zu haben.

Während der dicht hinter der Außenfront liegende kleine Saal nur im Hauptgeschoß bemalt ist, gehen die Wandbilder am großen Saal bis ins Erdgeschoß, ziehen den Blick vom zentralen Platz her ins Innere des Gebäudes und auf seinen wichtigsten Raum. Durch den Versuch, monumentale Wandmalereien, gewissermaßen hinter Glas, auch nach außen darzustellen, umgehen wir den Zwang der klimabedingten technischen Umsetzung der Bilder durch Keramik oder Mosaik, die der Subtilität der Malerei zweifellos immer Abbruch tut.

Der Künstler steht jetzt vor einer einmalig schönen, aber auch ungeheuer schwierigen Aufgabe. Die Architekten müssen ihrerseits bei der weiteren Entwicklung der räumlichen Konzeption alles Erdenkliche tun, um die Einheit von Bauwerk und Kunstwerk weiter zu festigen.

Auf so wichtige Fragen wie die technische Lösung des Bauwerkes, sein Betriebsmodell und die ökonomischen Parameter einzugehen, ist in diesem Rahmen nicht möglich und wahrscheinlich auch verfrüht. Zu betonen ist nur, daß in der Form der Arbeitsgemeinschaft auch diese Probleme von Beginn an sychron bearbeitet werden konnten und nur so die Grundlagen für eine optimale Lösung gegeben waren.



1

Zur Entwicklung des Wohnungsbaus im Bezirk Halle

Dipl.-Ing. Harald Zaglmaier, Architekt BDA
Stellvertretender Chefarchitekt für den Aufbau von Halle-Neustadt

Seit der ersten Grundsteinlegung am 15. Juli 1964 wurden in Halle-Neustadt für etwa 27 000 Menschen, vorwiegend Familien von Werktätigen der chemischen Großbetriebe Leuna und Buna, 9786 Wohnungen und die erforderlichen gesellschaftlichen Einrichtungen des komplexen Wohnungsbaues übergeben.
Bereits vor der Grundsteinlegung in Halle-Neustadt war im Bezirk Halle mit dem Übergang zum industriellen Wohnungsbau begonnen worden.
Der Beschluß des 20. Plenums der Deutschen Bauakademie sah vor, mit dem Bau des Wohnkomplexes Bad Dürrenberg ein Musterbeispiel für die Durchsetzung der Serienfertigung im industriellen Wohnungsbau zu schaffen. Zur Ausführung kamen 4geschossige Wohngebäude in Großblockbauweise in der 2-Mp-Laststufe.
Mit einer annähernd gleichen Zielstellung und der konsequenten Anwendung der Typenserie IW 58 sind Wohnkomplexe in Halle-Süd und Nord, Weißenfels, Wolfen und an anderen Standorten errichtet worden. Der Bau dieser Wohnkomplexe war charakterisiert durch den Übergang von den traditionellen Bauweisen auf vielen kleineren Baustellen zur industriellen Bauweise in komplexer Bebauung.
Neben dieser positiven Entwicklung war aber diese Übergangsperiode gekennzeichnet durch eine relative starre Typenanwendung und das Fehlen von Ergänzungsprojekten. Die Grundrißlösungen und die Gestaltung der Fassaden und Dächer entsprachen noch nicht in vollem Maße den technischen Möglichkeiten des industriellen Bauens.
Mit der Planung und dem Aufbau von Halle-Neustadt wurde die Aufgabe gestellt, neuen gestalterischen, funktionellen, konstruktiven und bautechnischen Erkenntnissen im Wohnungsbau zum Durchbruch zu verhelfen. Die vorhandenen Vorfertigungsstätten produzierten den „Q 6", der für Halle-Neustadt überarbeitet wurde. Dabei handelte es sich vor allem um gestalterische Forderungen wie Wegfall des flachen Satteldaches und der offenen Balkone sowie großzügigere Lösung der Treppenhausfenster und der Hauseingänge in Verbindung mit Müllabstellräumen. Diese und andere Veränderungen des Typenprojektes waren mit einer Vereinfachung des Bauablaufes verbunden, der jedoch erst mit der Entwicklung der Typen P 1 und P 2 Halle wesentlich effektiver wurde.
Seit dem Jahre 1965 steht für den Wohnungsbau von Halle-Neustadt ein neues Plattenwerk zur Verfügung, das für eine Jahresproduktion von 2300 Wohnungen ausgelegt ist. Diese moderne Vorfertigungsstätte produziert ein komplettes Elementesortiment des Typs P 2, also 5- und 11geschossige Wohnbauten, in der 5-Mp-Laststufe. Mit Bauten dieser Typenserie sind im I. Wohnkomplex von Halle-Neustadt 3133 Wohnungen und im II. Wohnkomplex 3463 Wohnungen fertiggestellt worden.
Die Typenentwicklung P 2 Halle ist neben der bautechnischen Bearbeitung durch eine Erweiterung der Gestaltungsmöglichkeiten gekennzeichnet. Beim Bau des Wohnkomplexes I war die Variationsbreite im wesentlichen auf eine unterschiedliche Fassadengestaltung mit Hilfe verschiedener Loggiengruppierungen und Material- und Farbkombinationen beschränkt. Weitere Gestaltungsvarianten wurden mit der Anwendung von Plasteerzeugnissen für die Außenwandplatten, mit dem Ausbau einer Dachterrasse für gesellschaftliche Nutzung und mit der Anordnung von Verbinderbauten mit großen Wohnungen erprobt. Im II. Wohnkomplex sind im Interesse einer stärker differenzierten räumlichen Komposition neue Gestaltungselemente entwickelt worden:

- Eckverbinderbauten mit Durchgängen im Erdgeschoß. Der Bauteil, in dem sich das Treppenhaus befindet, verbindet zwei Halbsegmente zu einer funktionellen Einheit;
- Längsverbinderbauten;
- Dachterrassen im sechsten Geschoß in Verbindung mit Kleinwohnungen. Diese Lösung stellt eine Entwicklungsstufe zu Maisonettewohnungen auf der Typengrundlage P 2 dar und ermöglicht eine plastische Gestaltung der Dachgeschoßzone;
- Verbindung von Wohnbauten mit Vorschulkindereinrichtungen in der Erdgeschoßzone. Die Wirtschaftseingänge liegen an der Eingangsseite des Wohnhauses und erübrigen eine Zufahrt zur Kindereinrichtung. Dadurch sind die dem Gruppenraumtrakt

2

1
Neungeschossige Wohnungsbauten an der Leninallee. Sie entstanden in der Zeit des Übergangs zu industriellen Bauweisen im Wohnungsbau.

2
11geschossiges Wohngebäude des Typs P 2 im Wohnkomplex II von Halle-Neustadt. Verbindung von Wohnungen in einem vielgeschossigen Baukörper mit vorgelagerten zweigeschossigen Vorschulkindereinrichtungen.
Dieses Prinzip wurde erstmals im Wohnkomplex II erprobt und wird für den Wohnkomplex III weiterentwickelt.

3
Diese viergeschossigen Wohnbauten des Typs P 1 in Halle-Trotha gehörten zu den ersten im Bezirk Halle errichteten Plattenbauten.

vorgelagerten Spielbereiche vom Verkehrslärm, den Abgasen und der Unfallgefahr abgeschirmt. Die bebaute Fläche wird reduziert;

■ Weiterentwicklung der Hauseingangszonen in gestalterischer und funktioneller Hinsicht.

Darüber hinaus wurde die technische Entwicklung zum Beispiel durch die Anordnung der Kollektoren innerhalb der Kellergeschosse und die Montagekeller weitergeführt.

Die Wohnungsbauentwicklung in Halle-Neustadt war von Anfang an mit umfangreichen Untersuchungen zum vielgeschossigen Wohnungsbau und Wohnhochhausbau verbunden. Die Entwicklung verlief über Plattenbauweisen bis zu 18 Geschossen, Plattenzellenbauweise und industrialisiertem Monolithbau bis zu 25 Geschossen.

In Vorbereitung befindet sich die Stahlbetonskelettbauweise mit Gleitkern, die ohne konstruktive Veränderungen vom Wohnungsbaukombinat Berlin übernommen wird.

Die Erstanwendung dieser Bauweise im Bezirk Halle erfolgt im II. Wohnkomplex und an weiteren Standorten in Halle-Neustadt.

Es wurden auch Projekte für vielgeschossige Wohngebäude in Plattenbauweise bis 14 Geschosse erarbeitet. Auf der Grundlage des vielgeschossigen Typs P 2 Halle entstehen an mehreren Standorten des Be-

3





4



5

4
Bei diesem 10geschossigen Wohngebäude Typ P 2 12 im Wohnbaukomplex I in Halle-Neustadt wurden mehrschichtige Außenwandplatten aus Stahlbeton mit Polystyrolschaumschicht unter hinterlüfteten glasfaserverstärkten Polyesterplatten erprobt.

5
Der Giebel dieses Wohnblocks in Halle-Neustadt wurde mit Strukturelementen gestaltet.

6
Im Block 683 des I. Wohnkomplexes wurden neue Möglichkeiten der Anwendung von Plaste für die sanitäre Ausstattung erprobt.

7
10geschossiger Wohnblock in Halle-Neustadt

8
Wohnblock des Typs Q 6 im Wohnkomplex I

6



zirkes, zum Beispiel in Dessau und Halle-Neustadt, 14geschossige Y-förmige Wohnhäuser. In der südlichen Randzone des II. Wohnkomplexes sind gegenwärtig 14geschossige Gebäude in Plattenbauweise (5 Mp) mit vorwiegend kleinen Wohnungen im Bau.

Die relativ breite architektonische Vielfalt der Gestaltungsvarianten ist jedoch, und das müssen wir bei der positiven Beurteilung kritisch bemerken, bisher nur mit erheblichem ökonomischem Aufwand erreicht worden. Das drückt sich unter anderem in der Erhöhung des Elementesortimentes bei verhältnismäßig geringer Stückzahl aus und fand seinen Niederschlag in einer zu niedrigen Zuwachsrate der Arbeitsproduktivität. Die Schlußfolgerung daraus kann jedoch nur die Schaffung universeller Bauelemente im Sinne des Einheitssystems Bau sein, mit denen sowohl die erforderliche Steigerung der Arbeitsproduktivität als auch architektonische Vielfalt und Schönheit erreichbar sind. Die Voraussetzungen dafür sollen systematisch in den Vorfertigungsstätten und beispielsweise auch durch Kooperation mit kleineren Betrieben geschaffen werden.

Im III. Wohnkomplex, der zur Zeit fast ausschließlich auf der Grundlage des Typs P 2 errichtet wird, ist diese neue Qualität zwar noch nicht erreicht; doch auch die vorhandene Breite des Angebots – das weiter rationalisiert wird – gestattet, in Wohngebieten dieser Art neuen städtebaulichen Gestaltungsprinzipien zum Durchbruch zu verhelfen.

7

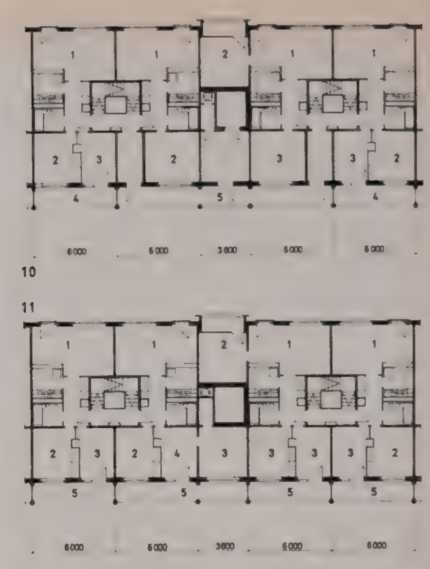
8





10

11



9

11geschossige Wohnbebauung mit Außenganger-schließung (Entwicklung P 2) an der Magistrale

10

Verteilergeschoßgrundriß des 11geschossigen Wohngebäudes mit Außengangerschließung 1 : 500

1 Wohnen
2 Schlafen
3 Kinderzimmer
4 Loggia
5 Verteilergang

11

Normalgeschoßgrundriß des 11geschossigen Wohngebäudes mit Außengangerschließung 1 : 500

1 Wohnen
2 Schlafen
3 Kinderzimmer
4 Arbeitsraum
5 Loggia

12



12

Modell eines 14geschossigen doppel-Y-förmigen Wohnhauses, das auf der Grundlage des Typs P 2 entwickelt wurde und im Wohnkomplex II im Bereich der Magistrale errichtet werden soll.

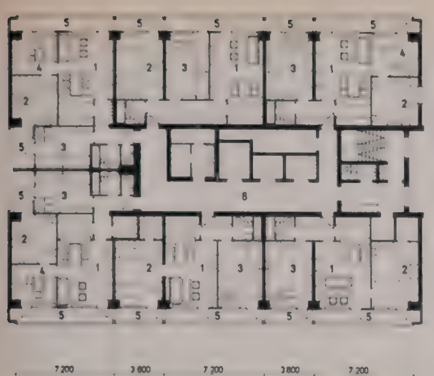
13

Normalgeschoßgrundriß des Y-Hauses
1 : 500

1 Wohnen
2 Schlafen
3 Kinderzimmer

13





14



15

16

14
Grundriß des 25geschossigen Wohnhochhauses
1 : 500

1 Wohnen
2 Schlafen
3 Kinderzimmer
4 Arbeitszimmer
5 Loggia
6 Verteilergang

15
Schaubild des 25geschossigen Wohnhochhauses mit 270 Wohnungen, das in der Stahlbetonskelettbauweise mit Gleitkern vorbereitet wird.

16
Blick in den Wohnkomplex II von Halle-Neustadt

Experimentalschulanlage mit Mehrfunktionseinrichtungen

Dipl.-Ing. Sigbert Fliegel, Architekt BDA
Stellvertreter des Chefarchitekten
für den Aufbau von Halle-Neustadt

Die Konzeption, die wir hier vorstellen möchten, wurde in enger Konsultation mit der Abteilung Volksbildung beim Rat des Bezirkes Halle erarbeitet. Sie wurde mit Fachexperten diskutiert, mit den entsprechenden Abteilungen des Ministeriums für Volksbildung abgestimmt und mehrfach, dabei auch durch den Spezialprojektanten, begutachtet.

Die **Ursache** für die Entwicklung dieser Konzeption war die Erkenntnis,

■ daß beim Neubau von Wohngebieten und bei der Rekonstruktion nach einem Flächenabriß eine wirtschaftliche, höhere Einwohnerdichte wesentlich von der Konzentration, Kompaktierung, Hochbebauung und Funktionsüberlagerung der baulichen Strukturen und durch Mehrfachnutzung der Flächen bestimmt ist, wobei das gleichermaßen – wenn auch mit verschiedener Wertigkeit – für Wohn- und für Gesellschaftsbauten gelten muß. (Mit dieser Problemstellung haben sich zukünftig besonders auch die Planträger Volksbildung und Gesundheitswesen auseinanderzusetzen.)

■ daß bei einer dynamischen Entwicklung der Stadt der Bevölkerungsstruktur Rechnung getragen werden muß. Dabei sind die Spitzen und die überschaubaren Schwankungen nach der Wellentheorie, insbesondere in den Gruppenbreiten von 0 bis 3, 3 bis $6^7/_{12}$, $6^7/_{12}$ bis $16^7/_{12}$ Jahren, zu beachten, die sich für die Folgeeinrichtungen der Wohngebiete auswirken. Deshalb sollten einerseits die städtebaulichen und architektonischen Planungen und Projektierungen zugleich Funktionsnachweise enthalten, die sich nicht nur auf den Zeitpunkt der Inbetriebnahme der Investition beziehen. Weiter müssen solche variable und flexible bauliche Funktionen auch für die Folgeeinrichtungen des Wohngebietes entwickelt werden, die in der Lage sind, verschiedenen Bedarfsanforderungen und unterschiedlichen Bedürfnissen neben- und nacheinander zu entsprechen.

Der unmittelbare **Anlaß** für die Erarbeitung dieser Konzeption war die Zielstellung für den Wohnkomplex IV in Halle-Neustadt.

Innerhalb dieses Wohnkomplexes ist für die Schulanlage eine qualitativ neue Lösung sowohl bezüglich der inhaltlichen Aufgabenstellung des einheitlichen sozialistischen Bildungssystems als auch in bezug auf die bauliche Formulierung als Experiment vorgesehen.

Die **erste Zielfunktion** wird durch eine Reihe von inhaltlichen Forderungen bestimmt:

■ Es soll ein **Schulkomplex** im Gegensatz zum Schulkombinat ausgebildet werden. Als Schulkombinat wird hier die Integration bestimmter Altersbereiche (zum Beispiel jeweils der Unterstufe, der Mittelstufe, der Oberstufe) mehrerer nicht selbständiger Schulen zu einer neuen Größenordnung bezeichnet. Unter Schulkomplex wird die Zuordnung mehrerer selbständiger Schuleinheiten aller Altersgruppen (zum Beispiel der Klassen 1 bis 10) zu einer neuen Größenordnung verstanden.

Die gesamte Schulanlage enthält also den Schulkomplex mit den durch Freiflächen komplettierten Schuleinheiten und den angehängten Mehrfunktionseinrichtungen, den Bereich Schulspeisung, Schulklub und Schülerbibliothek, den Bereich Schulsport mit Turnhallen-Komplex und Sporteinrichtungen der Freiflächen und den Schulgartenbereich.

Zur Größenordnung des Schulkomplexes gibt es seit 1968 eine offizielle Äußerung des Ministeriums für Volksbildung. Dabei wurde eine Zuordnung von drei zweizügigen Schulen als obere Grenze angesehen. Eine Begründung, die auf die Diskrepanz zu den Forderungen, hohe Einwohnerdichte zu erreichen, eingeht, ist nicht bekannt. Für die vorgelegte Experimentalkonzeption in Halle-Neustadt liegt eine Ausnahmeregelung vor.

■ Eine eindeutige Orientierung erfolgt auf die zweizügige Schule als **Schuleinheit,** da sie aus schulorganisatorischen und funktionellen Gründen der dreizügigen Schule, die eine optimale Raumauslastung gewährleistet, überlegen ist. Diskussionen um eine zweieinhalbzügige Schule haben in unserer Schulkonzeption durch die Einbeziehung der Mehrfunktionseinrichtungen nur bedingt Niederschlag gefunden.

■ Die **Möglichkeit der Erweiterung** der eigentlichen Schulfunktion durch Einrichtungen für beispielsweise Vorschule, Hort oder außerunterrichtliche Tätigkeit der Schüler, wie die **Möglichkeit einer Ergänzung** der räumlichen Kapazitäten, wie der Stammklassen der Unterstufen oder der Fach- oder Spezialkabinette der Mittel- und Oberstufe sollen durch bauliche Funktionen in Zuordnung zur oder in Verbindung mit der Schule angeboten werden.

Dazu sind besondere **Mehrfunktionseinrichtungen** entwickelt worden, die in Elementesortiment und Konstruktion der Bauweise der Schule entsprechen, die den hygienischen, technischen und sonstigen Anforderungen nach den TGL für Kindereinrichtungen und Schulen nachkommen, die funktionelle und technologische Flexibilität zulassen und ohne wesentlichen Aufwand von einer Funktion in eine verwandte andere zu überführen sind.

Örtliche Bedingungen, Wirtschaftlichkeitsüberlegungen und die Berücksichtigung der Tatsache, daß zwischen Kinderkrippe und Kindergarten die Planträgerverantwortlichkeit zwischen Gesundheitswesens und Volksbildung wechselt, haben dazu geführt, daß die Mehrfunktionseinrichtungen für eine Nutzung ab Kindergarten konzipiert wurden. Das bedeutet, daß unter anderen günstigen Umständen auch bereits die Kinderkrippenfunktion in den Funktionswandel einbezogen werden könnte.

Diese Mehrfunktionseinrichtungen sind in der städtebaulichen Projektierung sowohl in Verbindung mit den Schulen als auch selbständig funktionstüchtig.

Sie sollten neben den entsprechend den verbindlichen städtebaulichen Richtwerten des Ministeriums für Bauwesen und der Staatlichen Plankommission auszuweisenden Typen für Kindereinrichtungen angewendet werden, um die auftretenden Spitzen in der Struktur der Bevölkerungsentwicklung, die wechselnde Bedarfsanforderung und unterschiedliche funktionelle Bedürfnisse auslösen, abdecken zu können.

Die Tabelle über die Verteilung der Kapazitäten in Kindereinrichtungen und Schulen im IV. Wohnkomplex soll als Beispiel für eine solche Möglichkeit stehen. Zu ihrer Erläuterung ist festzustellen:

Die städtebaulichen Richtwerte für den Bedarf an Plätzen in Kindereinrichtungen und Schulen stimmen in Neubaustädten im allgemeinen nicht mit der Praxis überein. Die Diskrepanz resultiert vor allem daraus, daß das Durchschnittsalter der Erwachsenen sehr niedrig liegt und die Entwicklung der Geburtenzahlen im Neubaugebiet, besonders auch durch die materiellen Umweltbedingungen, außerordentlich begünstigt wird.

Zur Prognose und zur Auswertung der tatsächlichen Entwicklung der Bevölkerungsstruktur in Halle-Neustadt liegen umfangreiche Materialien des Büros des Chefarchitekten und späteren Büros für Städtebau und Architektur vor, so die

– Berechnung zur Prognose der Bevölkerungsentwicklung der Chemiearbeiterstadt Halle-West, 1966,

– Stellungnahme zur Problematik Kindereinrichtungen unter dem Aspekt der prognostischen Entwicklung der Bevölkerungsstruktur in Halle-West, 1967,

– Untersuchung zur Wohnungs- und Einwohnerstruktur und zu den Folgeeinrichtungen in Halle-Neustadt, 1968.

Der Ratsbeschluß zur Abdeckung des Bedarfes an Kindereinrichtungsplätzen in Halle-Neustadt vom 15. Juni 1967 zieht die Schlußfolgerungen, indem der Entwicklung entsprechende Kennziffern festgelegt wurden.

Der Schulkomplex garantiert durch die Einbeziehung von Mehrfunktionseinheiten eine flexible Nutzung je nach Bedarf sowohl bei Teilfertigstellung von Schuleinheiten als auch nach Vollendung. Unter der Voraussetzung des vollen Ausbaues des Komplexes werden am Beispiel des Wohnkomplexes IV folgende Nutzungsvarianten in Abhängigkeit von der Entwicklung der Bevölkerungsstruktur möglich:

Fall 1 (1973)

Mit Fertigstellung des Wohnkomplexes ist anzunehmen, daß die Kinderzahl in diesem Baugebiet im Vorschulalter weit über dem Normalstand liegt. In dieser Zeit werden alle Mehrfunktionseinrichtungen als Kindergärten genutzt. Das bedeutet eine Bedarfsabdeckung mit 336 Plätzen mehr als nach Ratsbeschluß erforderlich.



1 Zweizügige Polytechnische Oberschule im Wohnkomplex I von Halle-Neustadt. Wiederverwendungsprojekt von Prof. Dr.-Ing. habil. Helmut Trauzettel

Fall 2 (1980)

Zu dieser Zeit liegt der Schwerpunkt der Kinderzahl im Unterstufenbereich. Gegenüber der Normalsituation von zwei Klassen je Jahrgang sind etwa 4 bis 6 Klassen je Jahrgang erforderlich. Schrittweise werden die Mehrfunktionseinrichtungen für die Klassen der Unterstufen und die Tageserziehung genutzt. Die Kennziffern entsprechen den Forderungen des Ratsbeschlusses.

Fall 3.1 (1985)

Die Mehrfunktionseinrichtungen müssen voll der Schule zur Verfügung stehen, weil in den Klassen 3 bis 6 die höchsten Schülerzahlen zu erwarten sind. Auf Grund der vorübergehenden Normalisierung im Altersbereich Vorschulkinder sind aber trotzdem ausreichende Plätze in den Kindereinrichtungen vorhanden, da diese zwischen den städtebaulichen Richtwerten und den Werten des Ratsbeschlusses liegen.

Fall 3.2 (1990)

Um diese Zeit verlagert sich die hohe Schülerzahl auf die Klassen 7 bis 10. Das erfordert eine überdurchschnittliche Auslastung der Fachkabinette, und außerdem müssen die Mehrfunktionseinrichtungen für die gestiegenen Anforderungen des Fachunterrichts und der außerunterrichtlichen Arbeit zur Verfügung stehen und beispielsweise für audiovisuelle Unterrichtsmethoden, zu mathematisch-technischen Zentren oder zum Klub im Rahmen der Tageserziehung umgestaltet werden.

Fall 4 (2000)

Die Mehrfunktionseinrichtungen sind den dann abzusehenden Erfordernissen der sozialistischen Bildungsarbeit anzupassen. Dabei kann mit der zunehmenden Verwissenschaftlichung der Bildungsarbeit und der damit zu erwartenden Erweiterung des wissenschaftlich-technischen Grundfonds eine Lösung der technisch hoch ausgestatteten Einrichtungen aus Gründen der effektiven Nutzung von ihren ursprünglichen Schuleinheiten oder von dem gesamten Schulkomplex erfolgen, um als Bildungszentrum für mehrere Schulen respektive Schulkomplexe wirksam zu werden.

Ebenso könnte die Möglichkeit bestehen, daß solche Zentren für Ausbildung und Weiterbildung gemeinsam genutzt werden und dadurch einer anderen organisatorischen Zuordnung entgegensehen.

Die ursprüngliche Schulkapazität wird in jener Zeit für die normalen schulischen Bedingungen ohne Mehrfunktionseinheiten als ausreichend angesehen, weil nach den bisherigen Erfahrungen in gewachsenen Wohngebieten eine Schülerzahl von 13 bis 15 Schülern auf 100 Einwohner im Gegensatz zu 18 Schülern und mehr auf 100 Einwohner bei Neubaugebieten ausreichend ist.

■ Es muß ein **Raumprogramm** mit wesentlichen neuen Grundgedanken umgesetzt werden.

Die Typenserie 66, Schulbaureihe Erfurt, wurde aus spezifischen Gründen weder als Kabinettschule noch für Hortbetrieb entwickelt, wenn sie auch bedingt für solche Funktionen nutzbar ist. Vorliegende Konzeption berücksichtigt diese aus der Weiterentwicklung des einheitlichen sozialistischen Bildungssystems resultierenden Forderungen. Sie ist auf einem neuen Programm aufgebaut, das die Forschungsgemeinschaft Bauten der Volksbildung, Arbeitsgruppe Pädagogik, in einer Studie über die Schulbauentwicklung vorgelegt hat.

Daraus resultiert eine Veränderung der Unterrichtsraumgrößen, ihrer Anzahl und Zuordnung zu Bereichen. Das Klassenunterrichtssystem bleibt im Prognosezeitraum die grundlegende Organisationsform der sozialistischen Bildung und Erziehung. Andererseits wird aber neben dem Unterricht im Klassenverband die Arbeit in größeren und kleineren Gruppen an Bedeutung gewinnen (zum Beispiel Kern- und Kursunterricht, Lektions- und Seminarunterricht). Variable Unterrichtsformen erfordern be-

Tabelle 1 Verteilung der Kapazitäten in Kindereinrichtungen und Schulen

Wohnkomplex IV	Kindergarten			Polytechnische Oberschule		
	KE/GE	GE	KE	KE/GE	GE	KE
Ermittlung nach städtebaulichen Richtwerten	18		1175	36		3610
Korrektur nach Ratsbeschluß vom 22. 8. 1967	18		1890	36		3610
Nachweis der Einhaltung	18¹)	80	1440	36¹)		
	18¹)	26	468			
			1928			
Fall 1					84	3024
Ausweisung der Standardtypen	21²)	80	1880			
dazu 4 Mehrfunktionseinheiten für KG	21	26	546			
			2226			
Fall 2	18¹)	80	1440	36¹)		
Ausweisung der Standardtypen	18	13	234	30¹)		
dazu je 2 Mehrfunktionseinheiten für KG und POS			1674		84	3024
	21²)	80	1680		12	360
	21	13	273			3384
			1953			
Fall 3	18¹)	80	1440			
Ausweisung der Standardtypen	21²)	80	1680	36¹)	84	3024
dazu 4 Mehrfunktionseinheiten für POS				30¹)	24	720
						3744

KE = Kennzifferneinheit (1 Schüler, 1 Kind) ¹) Kapazitätsdeckung
GE = Gruppeneinheit (1 Gruppenraum, 1 Klassenraum) ²) Bedarfsabdeckung

wegliches Gestühl und Möglichkeiten der freien Gruppierung im Unterrichtsraum. Daraus ergibt sich die Forderung nach tiefen Räumen.

Die **zweite Zielfunktion** war, mit Hilfe der städtebaulichen Einordnung und baulichen Formulierung neue Vorstellungen zu experimentieren.

■ Im I. Wohnkomplex sind eine vierzügige Schule und zwei komplette zweizügige Schulen ausgewiesen, die jedoch seit 1969 gemeinsam die Schulspeisungseinrichtung im Wohnkomplexzentrum benutzen.

Im II. Wohnkomplex ist, abgesehen von einer weiteren zweizügigen Schule, eine additive Zuordnung von je zwei vierzügigen Schulen ausgewiesen, die in einem Teil der Freifläche und bei der Schulspeisung miteinander kooperieren. Über diese Zuordnung hinaus sind die zwei vierzügigen Schulen im III. Wohnkomplex so in Beziehung gesetzt, daß ihre Sporteinrichtungen effektiver, weil gemeinsam genutzt werden können.

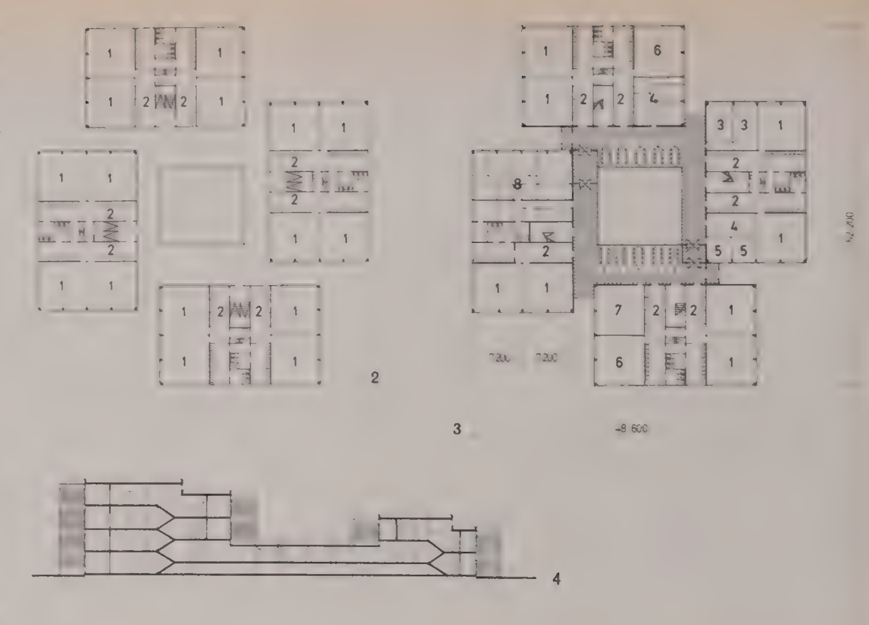
Im IV. Wohnkomplex soll nun eine komplexe Anordnung von vier zweizügigen Schulen vorgenommen werden, wobei natürlich den zweizügigen Einheiten Selbständigkeit, beispielsweise in der Nutzung der Pausenhöfe, erhalten bleibt.

Diese Entwicklungstendenz in Halle-Neustadt ergibt sich aus den fortschreitenden städtebaulichen Erkenntnissen und wird konsequenterweise zu einer weiteren Konzentration der Schulen führen.

■ Der Schulkomplex ist so entwickelt, daß für die Wiederanwendung nach bestätigtem Experiment selbständig funktionsfähige zwei- und vierzügige Schulen oder sechs- oder achtzügige Schulkomplexe konzipiert werden können.

Die Mehrfunktionseinrichtungen wurden so entworfen, daß selbständig funktionsfähige Einheiten zu zweit, dritt oder viert um ein Verbindungselement gruppiert werden können oder eine Einheit einer zweizügigen Schule zugeordnet werden kann, was bei Nutzung für Schulzwecke einem Raumangebot für einen halben Zug entspricht.

Schulkomplex wie Mehrfunktionseinrichtungen können entsprechend dem Bedarf in Bauabschnitten errichtet werden, wobei die Grundeinheiten jeweils in sich abgeschlossen sind.



2
Mehrfunktionsgebäude (Nutzung als Kindergarten)
Obergeschoßgrundriß 1 : 1000

1 Gruppenraum
2 Garderobe

3
Mehrfunktionsgebäude (Nutzung als Unterstufenbereich)
Erdgeschoßgrundriß 1 : 1000

1 Klassenraum
2 Garderobe
3 Direktion
4 Technische Versorgung
5 Abstellraum
6 Werkraum
7 Lehrerzimmer
8 Küche

4
Experimentalschule
Schnitt 1 : 1000

5
Schülerhort
Erdgeschoßgrundriß 1 : 1000

1 Klassenraum
2 Liegen, Decken
3 Hortraum
4 Garderobe
5 WC und Waschraum
6 Nebenraum
7 Personalraum
8 Werkraum
9 Mathematik
10 Direktion
11 Chemie
12 Raum für gesellschaftliche Arbeit
13 Physik

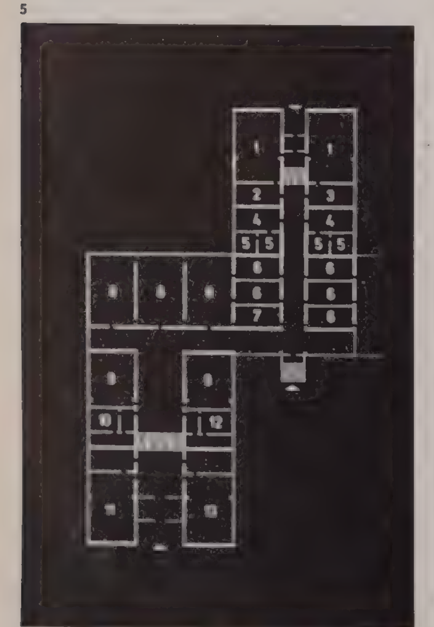
6
Schülerhort
Grundriß 1. Obergeschoß 1 : 1000

1 Klassenraum
2 Liegen, Decken
3 Lehrerarbeitsraum
4 Deutsch
5 Leseraum Bibliothek
6 Arbeitsgemeinschaften
7 Naturkunde Deutsch
8 WC
9 Biologie

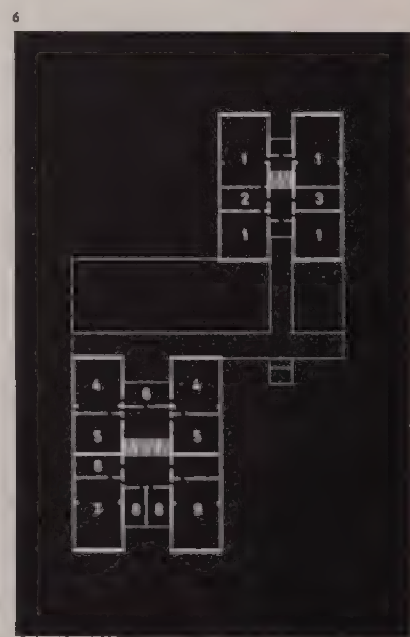
7
Schülerhort
Grundriß 2. Obergeschoß 1 : 1000
1 Geschichte Staatsbürgerkunde
2 Arbeitsgemeinschaften
3 Geographie
4 Teeküche
5 Frauenruheraum
6 Fremdsprachen
7 WC

8
Neuentwicklung (144 KE) im Wohnkomplex I

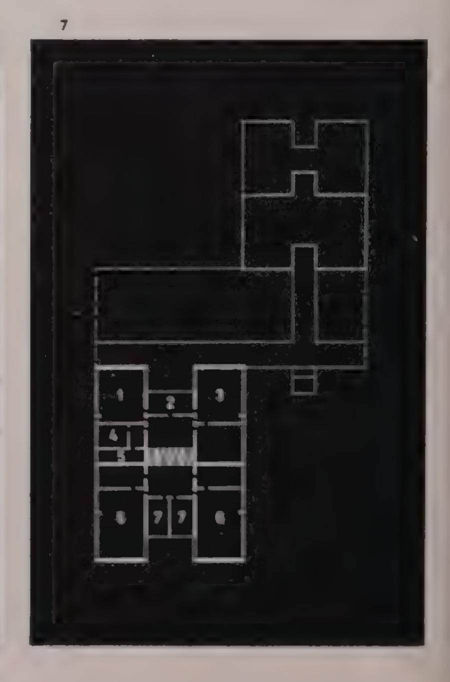
5



6



7



Kennziffern für Mehrzweckfunktionsgebäude (Studie)

Tabelle 2 Kennzahlen, absolut

	Anzahl der Trakte					
	II		III		IV	
	Kindergarten	Unterst.-Schule	Kindergarten	Unterst.-Schule	Kindergarten	Unterst.-Schule
Umbauter Raum	4112 m³		6374 m³		8418 m³	
Bebaute Fläche	775 m²		1181 m²		1607 m²	
Gesamtfläche	1395 m²		2197 m²		2922 m²	
Nutzfläche	1210 m²	1217 m²	1807 m²	1824 m²	2400 m²	2412 m²
Hauptfläche	1015 m²	768 m²	1523 m²	1077 m²	2069 m²	1452 m²
Nebenfläche	195 m²	449 m²	284 m²	747 m²	331 m²	960 m²
Verkehrsfläche	189 m²	182 m²	390 m²	373 m²	522 m²	510 m²

Tabelle 3 Kennzahlen je Platz

	Anzahl der Trakte					
	II		III		IV	
	Kindergarten	Unterst.-Schule	Kindergarten	Unterst.-Schule	Kindergarten	Unterst.-Schule
Umbauter Raum	15,1 m³	17,1 m³	15,9 m³	17,7 m³	15,4 m³	15,6 m³
Bebaute Fläche	2,8 m²	3,1 m²	2,9 m²	3,3 m²	2,9 m²	3,0 m²
Gesamtfläche	5,0 m²	5,8 m²	5,5 m²	6,1 m²	5,4 m²	5,4 m²
Nutzfläche	4,4 m²	5,1 m²	4,5 m²	5,1 m²	4,4 m²	4,5 m²
Hauptfläche	3,7 m²	3,2 m²	3,8 m²	3,2 m²	3,8 m²	2,8 m²
Nebenfläche	0,7 m²	1,9 m²	0,7 m²	1,9 m²	0,6 m²	1,7 m²
Verkehrsfläche	0,6 m²	0,7 m²	1,0 m²	1,0 m²	1,0 m²	0,9 m²

Tabelle 4 Kapazitätsangaben

Nutzung als	Anzahl der Trakte					
	II		III		IV	
	Plätze		Plätze		Plätze	
	norm. Kap.	max. Kap.	norm. Kap.	max. Kap.	norm. Kap.	max. Kap.
Kindergarten 18—21 K/Gruppe	234	273	342	399	468	546
Unterstufenschule 25—30 K/Klasse	200	240	300	360	450	540

Tabelle 5 Kostenschätzung (200 M/m³ Gebäude; 19 M/m³ Freifläche)

	Anzahl der Trakte					
	II		III		IV	
	Mark		Mark		Mark	
	Freifläche	Gebäude	Freifläche	Gebäude	Freifläche	Gebäude
Gesamtbaukosten	144 000	822 400	216 000	1 274 800	288 000	1 621 800
Umbaukosten für Funktionsänderung	10 000	20 000	15 000	30 000	20 000	40 000

Kennziffern für Schulkomplex (Studie)

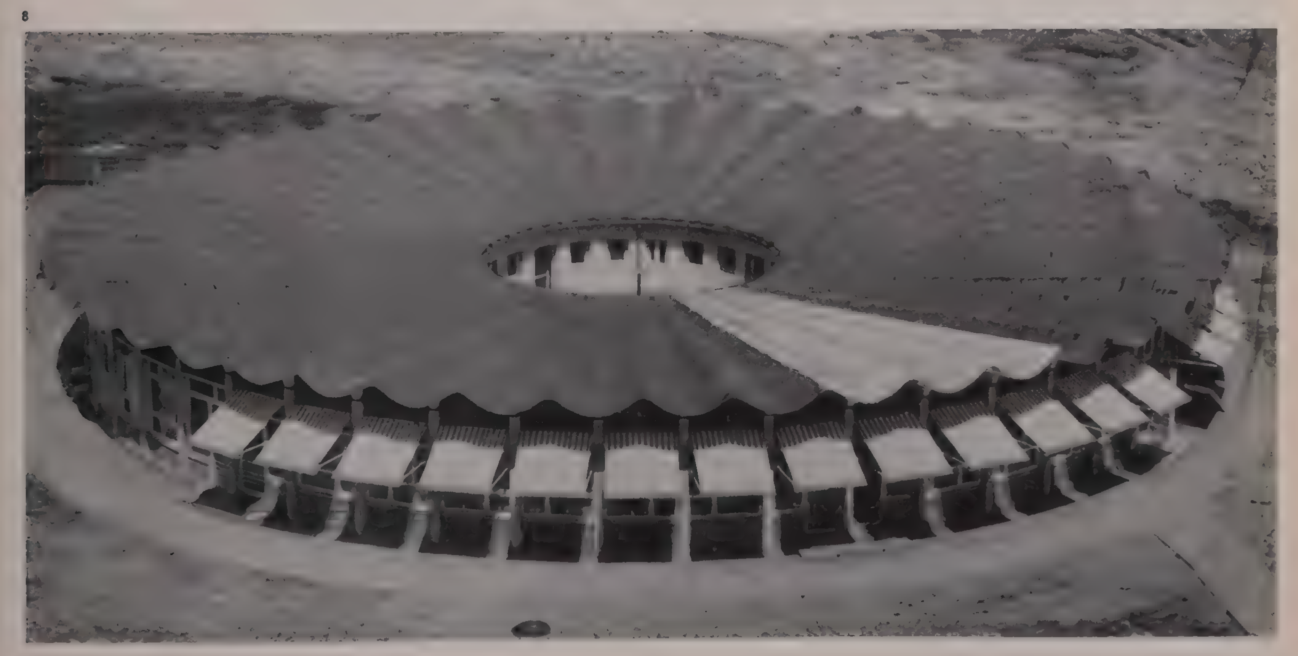
Tabelle 6 Kennziffern je Platz im Vergleich zu Typenprojekt 66

	WK IV/4×2zügig (Studie)	Typ 66/2zügig (Projekt)	Typ 66/4zügig (Projekt)
Umbauter Raum	17,68	18,49	18,26
Bebaute Fläche	2,13	1,33	1,28
Hauptfläche	2,97	2,44	2,37
Nebenfläche	0,74	1,45	1,19
Nutzfläche	3,71	3,90	3,56
Verkehrsfläche	0,92	0,89	1,09
Bruttofläche		5,37	5,22
Nettofläche	4,62	4,78	4,75
Konstruktionsfläche		0,59	0,57

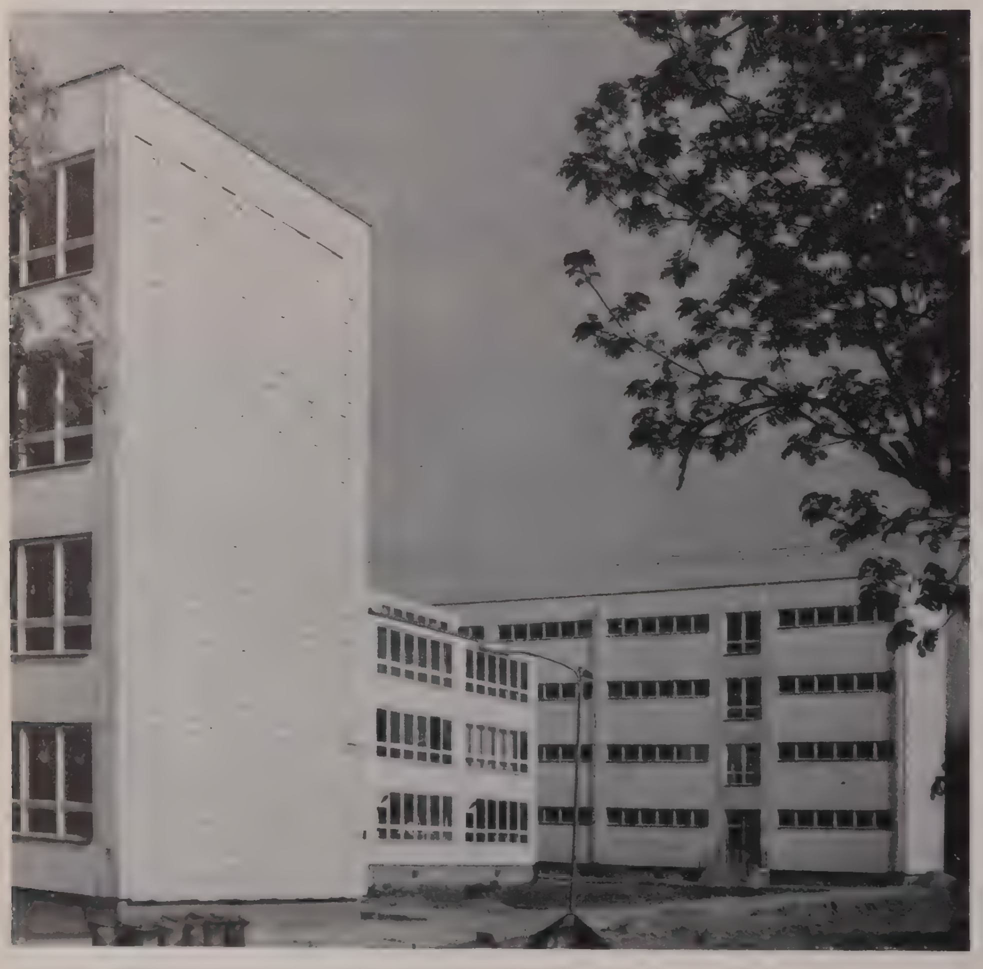
Tabelle 7 Relative Kennziffern

	WK IV/4×2zügig (Studie)	Typ 66/2zügig (Projekt)	Typ 66/4zügig (Projekt)
$k_1 = \frac{\text{Nebenfläche}}{\text{Hauptfläche}}$	0,25	0,59	0,50
$k_2 = \frac{\text{Umbauter Raum}}{\text{Hauptfläche}}$	5,95	7,60	7,70
$k_6 = \frac{\text{Nutzfläche}}{\text{Verkehrsfläche}}$	4,05	4,40	3,26

8



9
Kombination Kinderkrippe (64 KE)
Kindergarten (100 KE)
im Wohnkomplex 1
(MW-Serie 63/65)



10
Vierzügige Polytechnische Oberschule im Wohnkomplex II
(Typenreihe 66)

Einige Aspekte des Generalbebauungsplanes der Stadt Merseburg

Dipl.-Ing. Gerhard Berndt, Architekt BDA
Stadtarchitekt

Der Generalbebauungsplan der Kreisstadt Merseburg ist entsprechend seiner politischen, ökonomischen, städtebaulichen und kulturellen Bedeutung ein wichtiger Bestandteil des Perspektivplanes des Bezirkes Halle. Bei der Erarbeitung des Generalbebauungsplanes wurden die grundlegenden Beschlüsse des VII. Parteitages der SED sowie die Beschlüsse der Bezirksleitung und der örtlichen Organe der Staatsmacht zum Ausgangspunkt genommen. Dadurch werden für die Werktätigen dieses Kreises im Rahmen der Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus die Voraussetzungen für ein weiteres starkes Anwachsen der Produktivkräfte geschaffen. Es entsteht eine bebaute Umwelt, die sich positiv auf die weitere Herausbildung der sozialistischen Menschengemeinschaft auswirkt.

In der Ballung „Halle, Merseburg, Bitterfeld, Dessau" stellt die Stadt Merseburg ein wichtiges Teilsystem dar. Besonderer Schwerpunkt ist die perspektivische und prognostische Entwicklung der Chemie.

In diesem territorialen Produktionskomplex konzentrieren sich gegenwärtig bereits etwa 43 Prozent der industriellen Bruttoproduktion des Ballungsgebietes und etwa 18 Prozent der industriellen Produktion des Bezirkes Halle.

Unter diesen Gesichtspunkten ergeben sich für die Kreisstadt Merseburg folgende wichtige Funktionen:

- Zentrum territorialer Staats- und Wirtschaftsleitungen und zugleich Sitz von Leitungen der Parteien und Massenorganisationen
- Wohnungsbaustandort für die Werktätigen der großen Chemiebetriebe, des Bergbaues und wichtiger strukturbestimmender Betriebe, die ihren Standort in der Kreisstadt selbst oder in ihrer unmittelbaren Umgebung haben
- bedeutender Verkehrsknoten für Schiene und Straße mit überkreislicher Bedeutung sowie Standort wichtiger Betriebe des Verkehrswesens im Kreis
- Sitz der Technischen Hochschule für Chemie „Carl Schorlemmer" Leuna-Merseburg, die im Zuge der sozialistischen Hochschulreform bei der Entwicklung der Wissenschaft als Produktivkraft eine immer größere Bedeutung für die Forschung und die Aus- und Weiterbildung hochqualifizierter Fachkader erhält
- Standort für wichtige Einrichtungen und Kapazitäten des Handels, der örtlichen Versorgungswirtschaft, der Ausbildung der jungen Generation, der Erwachsenenqualifizierung, des Gesundheits- und Sozialwesens, der Kultur und des Sportes für das gesamte Kreisgebiet.

Die Funktion der Stadt wird außerdem von der in der Stadt angesiedelten Industrie mitbestimmt. Mit der sozialistischen Umgestaltung der Kreisstadt ergeben sich neue bedeutende Anforderungen an die kommunale Stadtwirtschaft, die Stadttechnik und die Einrichtungen zur materiellen und kulturellen Versorgung der Bevölkerung.

Es ergeben sich insgesamt folgende Hauptaufgaben:

- Herausbildung einer ökonomischen Stadtstruktur zur Überwindung der gegenwärtig vorhandenen Disproportionen zwischen den am Rande der Stadt errichteten neuen Wohnkomplexen und dem Zentrum der Altstadt
- Konzentration des Wohnungsneubaues des Kreises Merseburg auf das Gebiet der Innenstadt
- Gestaltung eines neuen, für die Stadt Merseburg typischen Stadtbildes nach den Grundsätzen des sozialistischen Städtebaues unter Einbeziehung der wertvollen historischen Teile der Stadt
- Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Bevölkerung sowie Entwicklung des geistig-kulturellen Lebens durch Schaffung eines Kultur- und Bildungszentrums und Verbesserung der Feierabend- und Naherholung.

Zur Methode der Planung

Der von einem Entwurfskollektiv der ehemaligen Abteilung Städtebau des VEB Halle-Projekt unter Leitung von Oberingenieur Proske ausgearbeitete und vom Rat der Stadt Merseburg sowie vom Rat des Kreises bestätigte Generalbebauungsplan wurde in dem vom Ministerium für Bauwesen 1968 ausgeschriebenen DDR-Wettbewerb „Generalbebauungspläne der Städte" mit einem 1. Preis ausgezeichnet.

Hauptgründe für die Verleihung des ersten Preises waren:

- die unter dem Gesichtspunkt der Entwicklung einer prognostischen Siedlungsstruktur erarbeitete Planung mit einer entsprechend hohen Elastizität
- die erstmalige Anwendung der Netzplantechnik in Auswertung der Ergebnisse einer Neuerervereinbarung des Entwurfskollektivs. Das vorgeschlagene Netzwerk, bei dem die örtlichen Räte mitberücksichtigt wurden, war nach einer gemeinsamen Ratssitzung für alle Beteiligten verbindlich
- der hohe Grad der Öffentlichkeitsarbeit bei der Erarbeitung der Planung. Ihr lag eine Konzeption für die massenpolitische Arbeit zugrunde, die mit den gesellschaftlichen Auftraggebern abgestimmt war
- die Erarbeitung der Schwellenwerte für die Stadttechnische Versorgung auf der Grundlage von Variationsuntersuchungen zur Nutzung der sich anbietenden Bebauungsflächen.

Die vom Entwurfskollektiv der Abteilung Städtebau des VEB Halle-Projekt abgegebenen Verpflichtung zur Auslieferung des Planwerkes anläßlich des 50. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution wurde termingemäß erfüllt.

Für die Bevölkerungsprognose wurde im April 1967 durch die Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar nach einem Standardprogramm für den Rechenautomaten ZRA 1 eine Vorausberechnung der natürlichen Bevölkerungsentwicklung (ohne Wanderungsgewinn) durchgeführt, deren Ergebnisse den Untersuchungen zur Ermittlung der künftigen Einwohneranzahl und der notwendigen gesellschaftlichen Einrichtungen zugrunde gelegt werden konnten.

Schon im Stadium der Erarbeitung der Vorgaben für die sozialistische Rekonstruktion, die dann schließlich in die Erarbeitung des Generalbebauungsplanes einmündeten, entwickelte sich in gegenseitiger Abstimmung eine enge Zusammenarbeit mit den örtlichen Organen.

Im zeitlichen Ablauf ergaben sich für die Vorbereitung der sozialistischen Rekonstruktion zwei Phasen:

- schrittweise politische, ökonomische und städtebauliche Grundsatzplanung der Kreisstadt und Herausarbeitung einer Konzeption für die sozialistische Umgestaltung des Stadtzentrums
- unmittelbare Vorbereitung und Beginn der Durchführung der Rekonstruktion.

Der Generalbebauungsplan umfaßt im wesentlichen die erste Phase und leitet mit der Bebauungskonzeption und mit detaillierten Vorschlägen zur Gestaltung und zum Bauablauf bereits über in die zweite Phase. Die Gesamtaufgabe konnte dabei nur in breiter sozialistischer Gemeinschaftsarbeit gelöst werden. Die wichtigsten Partner bei diesem Zusammenwirken waren die Kreisplankommission, das Kreisbauamt, das Büro für Städtebau und der Rat der Stadt Merseburg. Später erfolgte – zumeist im Rahmen der Erarbeitung des Netzwerkes – die Einbeziehung aller Fachorgane des Rates des Kreises und des Rates der Stadt sowie die Heranziehung von Fachleuten aus wichtigen Bereichen außerhalb der örtlichen Räte.

Zur Ermittlung von Schwellenwerten für die stadttechnische Versorgung

Als Hilfsmittel zur Beurteilung der Entwicklungsmöglichkeiten der Stadt, zur Ermittlung ökonomisch günstiger Entwicklungsetappen und zur Einschätzung des städtebaulichen Nutzeffektes der Investitionen auf dem Sektor der stadttechnischen Versorgung wurden Schwellenwerte für die Entwicklung der Grundkapazitäten, das heißt der Hauptnetze und -anlagen der technischen Versorgung, ermittelt.

Grundlage hierfür waren Analysen der Netze und Anlagen der technischen Versorgung des gesamten Stadtgebietes, die im Rahmen der Bearbeitung des Generalbebauungsplanes der Stadt Merseburg in Zusammenarbeit mit den Versorgungsbetrieben aufgestellt wurden. Dabei wurden die Netze und Anlagen hinsichtlich Zustand, Restnutzungsdauer, Erweiterungsmöglichkeiten und Reserven untersucht. Um zu einer Gesamteinschätzung zu kommen, mußten auch die von den einzelnen Versorgungsbetrieben im Perspektivplanzeitraum und darüber hinaus vorgesehenen Maßnahmen einbezogen, in ihren Auswirkungen untersucht und durch eigene prognostische Einschätzungen zur weiteren Entwicklung ergänzt werden.

Mit den vorgesehenen Investitionen für die Entwicklung der Anlagen der stadttechni-

schen Versorgung mit gesamtstädtischer Bedeutung wird daher entweder direkt eine Erhöhung der Kapazität oder eine Sicherung des jeweiligen Versorgungsgrades und eine qualitative Verbesserung der Versorgung erreicht.

Um die verschiedenen Maßnahmen untereinander vergleichbar machen und die Schwellenwerte der einzelnen Versorgungsarten zusammenfassen zu können, wurde der Nutzeffekt jeder Investition als Zunahme der Anzahl der voll versorgten Einwohner gewertet. Aus der Addition der Einzelinvestitionen der verschiedenen Versorgungsarten und ihrem Vergleich mit der Einwohneranzahl, die damit jeweils versorgt werden kann, ergibt sich ein Maß für die Entwicklung der Grundkapazitäten der gesamten stadttechnischen Versorgung. Aus dem Verhältnis zwischen den aufgewendeten Investitionssummen und der jeweils erreichten möglichen Erhöhung der Anzahl der voll versorgten Einwohner sind die Schwellenwerte für die Grundkapazitäten der technischen Versorgung abzuleiten. Ausgehend von der bei Beginn der Rekonstruktion erreichten Bevölkerungszahl von etwa 50 000 Einwohnern, kann für jeden weiteren Zugang der erforderliche Aufwand für die Grundkapazitäten der technischen Versorgung ermittelt werden. Hierbei zeichnet sich deutlich ab, an welchen Stellen der Einwohnerentwicklung größere Investitionen durchgeführt werden müssen, damit wieder für einen Abschnitt entsprechende Voraussetzungen geschaffen werden können.

Anhand der ermittelten Schwellenwerte für die Grundkapazitäten der stadttechnischen Versorgung kann nachgewiesen werden, daß die geplanten und durchgeführten Investitionen und die damit geschaffenen Grundkapazitäten bei Ausschöpfung der in ihnen liegenden Reserven oder durch einen verhältnismäßig geringfügigen weiteren Ausbau ausreichen, um eine Bevölkerungsanzahl von etwa 75 000 Einwohnern zu versorgen. Ein weiteres Anwachsen über diesen Schwellenwert hinaus würde ein erneutes Ansteigen der Investitionssummen für die Erhöhung der Grundkapazitäten der technischen Versorgung voraussetzen.

Die sozialistische Umgestaltung des Stadtzentrums

Merseburg ist eine der ältesten Städte des mittleren und nördlichen Deutschlands. Die Gründung der Stadt erfolgte im Rahmen der Expansionspolitik der mittelalterlichen Herrscher an einem für den Handel besonders günstigen geographischen Standort.

Merseburg ist eine Stadt mit großen kulturhistorischen Traditionen. Der Dom mit seiner reich gegliederten Baumasse ist ein hervorragendes Beispiel der mittelalterlichen Baukunst. An ihn schließt sich im Norden das giebelgeschmückte Renaissanceschloß an. Weitere wertvolle und baugeschichtlich interessante Bauten liegen vor allem südlich des Burgberges sowie an anderen Bereichen des Altstadtzentrums verteilt.

Die industrielle Entwicklung der Stadt Merseburg wurde vor etwa 60 Jahren mit dem Beginn des Braunkohlenbergbaues im benachbarten Geiseltal eingeleitet. Die chemische Verwertung der Braunkohle gab dem Industrialisierungsprozeß nach dem ersten Weltkrieg bedeutenden Auftrieb. Es kam zu einer starken Industrie- und Bevölkerungsagglomeration. Die Traditionen des Kampfes der deutschen Arbeiterklasse sind mit dem Raum Halle–Leuna–Merseburg untrennbar verbunden. Diese Faktoren sind wichtige Bestandteile der Ausgangskonzeption für die Umgestaltung der Stadt.

Das sozialistische Forum um den Gotthardtteich ist der Mittelpunkt der gesamten Stadtkomposition, an den sich die historisch wertvolle Bausubstanz mit dem Schloßensemble anschließt. Unter Ausnutzung der vorhandenen Gebäude wird im Bereich des Schloßkomplexes das Kultur- und Bildungszentrum als wesentlicher Bestandteil der sozialistischen Stadt entstehen. Zugleich wird der Ostrand der Stadt mit dem landschaftlich reizvollen Tal der Saaleaue, die bisher in der Stadtentwicklung sehr vernachlässigt worden ist, für die Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung, insbesondere für die Naherholung, genutzt.

Im Stadtzentrum entwickeln sich zwei Haupterlebniszonen:

- Bereich vom Bahnhofsvorplatz über den Zentralen Platz bis zum Marx-Engels-Platz
- Bereich vom Zentralen Platz über die jetzige Gotthardtstraße bis zum Markt.

Diese Haupterlebniszonen schließen in südöstlicher Richtung das zentrale Rekonstruktionsgebiet (1. und 2. Bauabschnitt) und in nordöstlicher Richtung die zu erhaltende, städtebaulich wertvolle Altbausubstanz ein.

Der Marktplatz als städtisches Zentrum des alten Merseburg ist insbesondere der Ort der Verschmelzung des historisch wertvollen Bildes der Altstadt mit dem Rekonstruktionsgebiet. Im Bereich der Gotthardtstraße bis zum Markt werden Folgeeinrichtungen für den gesamtstädtischen Bedarf angeordnet: Einkaufseinrichtungen (Lebensmittelkaufhalle), Dienstleistungseinrichtungen, Eisdiele, Milchbar, Tagescafé, Zentrale Kreispoliklinik und Apotheke.

Im Bereich der Einmündung der Gotthardtstraße in die Leninstraße entwickelt sich der Zentrale Platz. Im Süden wird er architektonisch mit dem Centrum-Warenhaus, im Norden mit vielgeschossiger Wohnbebauung markiert.

Der heute sowohl in seiner Bausubstanz als auch hinsichtlich seiner Funktion völlig unbefriedigende Markt soll städtebaulich und funktionell aufgewertet werden. Es ist geplant, die gesamte Ostseite des Marktes bis zum Rathaus neu zu gestalten. Das städtebauliche Programm sieht die Anlage einer Stadt- und Kreisbibliothek, einer Volksbuchhandlung und eines Lesecafés, die Erweiterung des Hotels „Zur Sonne" sowie Dienstleistungseinrichtungen und Spezialläden vor.

Das Einkaufszentrum einschließlich aller genannten Einrichtungen von gesamtstädtischer Bedeutung ist im Bereich der Gotthardtstraße für Fußgänger und Fahrverkehr horizontal getrennt ausgebildet. Im Bereich der Leninstraße erfolgt durch die Ausbildung einer zweiten Ebene bei Ausnutzung des vorhandenen Gefälles eine vertikale Trennung. Der Markt wurde in diesen fußläufigen Bereich einbezogen und eine Fußgängerverbindung zwischen Rathaus und geplanter Stadt- und Kreisbibliothek im Bereich der Ölgrube bis zur Saaleaue vorgeschlagen.

Das Stadtzentrum ist von den angrenzenden innerstädtischen Wohngebieten gut zu Fuß zu erreichen. Das sich auf dem Schloßberg entwickelnde Kultur- und Bildungszentrum wird durch die Burgstraße und die Domstraße vom Markt her an diese Kommunikationsbereiche angeschlossen.

Bei der Gestaltung des zentralen Bereiches der Stadt Merseburg werden die morphologischen Gegebenheiten berücksichtigt. Es entstehen lebendige Bebauungsformen, die in ihrer Gesamtheit der kompakten Stadtstruktur eine dem Sozialismus entsprechende Form geben. Die neuen sozialistischen Wohnkomplexe mit ihren Zentren sowie die Technische Hochschule für Chemie „Carl Schorlemmer" Leuna-Merseburg, die bereits neue Maßstäbe in das Stadtbild gebracht haben, werden mit der Umgestaltung des Stadtzentrums in die Komposition Gesamtstadt einbezogen. Dazu gehören noch weitere Maßnahmen wie die Gestaltung und der Ausbau der Saaleaue, besonders in den Bereichen gegenüber dem


1


2


3


4



5

1
Blick aus der Altstadt auf das Dom-Schloß-Ensemble

2
Ostflügel des Schlosses nach der Wiederherstellung

3
Altstadtzentrum

4
Domstraße und „Krummes Tor"

5
Bestandsplan Stadtzentrum (Ausschnitt)

Autorenkollektiv des Büros für Städtebau und Architektur des Bezirkes Halle/Saale unter Leitung von Oberingenieur Ernst Proske

Dipl.-Ing. Gerhard Kröber, BDA
Dipl.-Arch. Herbert Gebhardt, BDA
Architekt Erich Humrich, BDA
Dipl.-Formgestalter Peter Klaus Pfannschmidt, BDA
Ing. Gerhard Klingner
Dipl.-Ing. Günter Brode
Dipl.-Ing. Kurt Ludley, BDA
Gartenbauingenieur Kurt Brandenburger, BDA
Gartenarchitekt Kurt Gobell
Dipl. oec. Ingrid Schwabe
Kollektiv der „Neuerervereinbarung Netzplantechnik"
Dipl.-Ing. Helmut Schaller
Dipl.-Ing. Kurt Ludley, BDA
Dipl.-Ing. Hans-Günter Stock
Ingenieur Lothar Brode

Schloß und dem Stadtzentrum, von denen aus die Stadtsilhouette erlebt werden kann. Wichtig ist in diesem Zusammenhang auch die Gestaltung des Thomas-Münzer-Ringes als Stadtdurchfahrt vor allem an den Schwerpunkten nördlich der Carl-Schorlemmer-Straße, im Bereich des Geiseltales und an der südlichen Abfahrt. Zu gegebener Zeit wird auch der Westausgang des Bahnhofes zu einem Bahnhofsvorplatz umgestaltet werden, der dann ebenfalls zu einem Element der Stadtkomposition werden wird.

Die Konzentration höherer und größerer Baumassen mit städtischem Charakter im Zentrum einer modernen Industriestadt überschneidet sich nicht mit dem denkmalgeschützten, kulturhistorisch wertvollen Bereich des Domberges und mit der Oberaltenburg. Das neue Stadtzentrum steht vielmehr im lebendigen Kontrast zur alten Stadtsilhouette.

Ausgehend von den Festlegungen des Generalbebauungsplanes ist eine Konzeption zur Gestaltung der sozialistischen Umwelt erarbeitet worden, die Städtebau, Architektur, bildende Kunst, Farb-, Licht-, Grün- und Schmuckgestaltung zum Inhalt hat. Diese Konzeption ist die Grundlage der komplexen Gestaltung eines für Merseburg typischen, unverwechselbaren Stadtbildes.

Die bildkünstlerische Konzeption baut auf der Stadtkomposition auf. In der Themenstellung für die einzelnen städtebaulichen Standorte wird eine chronologische Reihenfolge vom historischen Teil der Stadt bis zum sozialistischen Forum angestrebt. Die organische Verschmelzung und die in begründeten räumlichen und logischen Zusammenhängen entstehende Synthese von Architektur und bildender Kunst sind sowohl Bestandteil der städtebaulichen Planung als auch der Projektierung der einzelnen Ensembles.

Zur Rekonstruktion des Stadtzentrums von Merseburg

Mit der beschlossenen Rekonstruktion des Stadtzentrums hat Merseburg die Umgestaltung der Stadt von innen nach außen begonnen.

Der gegenwärtige Zustand des Altbaugebietes soll durch einige Angaben charakterisiert werden:

Alter der Bausubstanz

erbaut vor 1870	66,5 %
erbaut 1870–1899	19,7 %
erbaut 1900–1918	10,9 %
erbaut 1919–1945	1,6 %
erbaut nach 1945	1,3 %

Die Analyse des baulichen Zustandes der Wohnungen ergibt folgendes Bild:

Zustand der Bausubstanz

Wohnungen in gutem baulichen Zustand	7,4 %
Wohnungen mit geringen Schäden	30,6 %
Wohnungen mit größeren Schäden	59,9 %
Wohnungen mit Totalschäden	2,1 %

Auf dem Gebiet der technischen Gebäudeausrüstung der Wohnungen zeigen sich ähnliche Mißverhältnisse.

Die Analyse des Bestandes führte zu der Forderung, mit der Rekonstruktion auf dem Gebiet des Altstadtzentrums zu beginnen und dabei sowohl zentrumsnahe Wohngebiete als auch das gesellschaftliche Stadtzentrum in die Rekonstruktion einzubeziehen. Unter Berücksichtigung eines organischen Übergangs von den wertvollen alten Stadtteilen zum neuen sozialistischen Stadtzentrum wurden die Gebiete westlich, südlich und östlich des Marktes mit Ausnahme einiger Teile der Altbebauung auf dem Sixtiberg für einen Flächenabriß vorgesehen.

Neben dem Zentrum der Stadt, in dem vorwiegend die Funktionen Handel, Gastronomie, Gesundheits- und Bibliothekswesen sowie die gesellschaftlichen und politischen Kommunikationen vereint sind, ist der historische Bereich Dom–Schloß mit seiner Umbauung als Kultur- und Bildungszentrum geplant und zum Teil bereits ausgebaut. Die historischen Gebäude erfahren einzeln oder im Ensemble eine funktionelle Aufwertung, so daß hier bereits unabhängig von der Rekonstruktion des Stadtzentrums den gegenwärtigen Bedürfnissen der Bevölkerung der Gesamtstadt Rechnung getragen werden kann.

Das Baugeschehen im Stadtzentrum gliedert sich in drei Abschnitte. Um für die im Zusammenhang mit dem notwendigen Flächenabriß durchzuführende Umsiedlung der Bevölkerung einen entsprechenden Vorlauf zu erhalten, ist für den 1. Bauabschnitt das bisher unbebaute Gelände des Marx-Engels-Platzes am Südufer des Gotthardtteiches sowie der nördliche Teil der Leunaer Straße ausgewählt worden. Hier werden fünf-, acht- und elfgeschossige Wohngebäude errichtet. Der 2. Bauabschnitt wird im Süden von der Straße F 181, die das Stadtzentrum unmittelbar tangiert und an die der innerstädtische Verkehr mit niveaufreien Kreuzungen und Auffahrten angeschlossen ist, und im Norden vom 3. Bauabschnitt begrenzt. Im 2. Bauabschnitt erfolgt die Umsiedlung der Bevölkerung schrittweise entsprechend dem fortschreitenden Bauablauf. Der 3. Bauabschnitt umfaßt das gesellschaftliche Zentrum und das Gebiet um den Markt.

Auf der Grundlage der im Generalbebauungsplan prognostizierten Bevölkerungszahl von 75 000 Einwohnern werden in der Gesamtstadt etwa 7500 Wohnungseinheiten neu errichtet, gegenüber einem Abbruch von etwa 3000 Wohnungseinheiten. Dabei entfallen allein auf das Stadtzentrum (1. bis 3. Bauabschnitt) etwa 3300 neue Wohnungseinheiten bei einem Abbruch von etwa 1200 Wohnungseinheiten in diesem Gebiet.

5
Teilbebauungsplan Rekonstruktionsgebiet Stadtzentrum

6



7
Blick auf das Dom-Schloß--Ensemble
Perspektive Stand 1975

8
Blick auf den Gotthardtteich von Norden
Perspektive Stand 1975

9
Modellfoto Stadtzentrum




1

Rekonstruktion der Stadt Dessau

(Entwurf)

Dipl.-Ing. Gottfried Rudowsky
Rat der Stadt Dessau

Die Beschlüsse des Rates des Bezirkes und der Bezirksleitung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands waren 1967 die Grundlage für die Einleitung umfangreicher Rekonstruktionsmaßnahmen. Dabei muß berücksichtigt werden, daß sich Dessau zu einer Stadt mit etwa 130 000 Einwohnern entwickeln wird.

Wegen ihrer Lage im Bezirk und ihrer Infrastruktur verfügt die Stadt über günstige Voraussetzungen für eine Konzentration des Wohnungsbaus. Ihr Einzugsgebiet umfaßt die Chemiebetriebe in Wolfen/Bitterfeld und die Maschinenbauindustrie der Stadt selbst.

Grundsätze, nach denen die Rekonstruktion der Stadt erfolgen soll:

- Die Umgestaltung der Stadt erfolgt von innen nach außen.
- Das Baugeschehen konzentriert sich großflächig auf zerstörte und sanierungsbedürftige Bereiche im kompakten Stadtgebiet.
- Das kompakte Stadtgebiet wird weiterhin in den locker bebauten Bereichen verdichtet und abgerundet, ohne landwirtschaftlich genutzte Flächen neu zu erschließen.
- Die Vororte der Stadt werden im Prinzip nicht erweitert. Bedingt durch ihre mangelhafte technische Erschließung und zu lange Anfahrtswege zu den Arbeitsstätten, wird die Zahl ihrer Einwohner zurückgehen.
- Die historische Stadtstruktur, die natürlichen Gegebenheiten und die wertvolle alte Bausubstanz sind bei der Entwicklung der neuen charakteristischen Stadtkomposition unbedingt mit einzubeziehen und weiter auszubauen.

Das Stadtzentrum

Zwischen der Mulde im Osten und der Reichsbahnstrecke nach Leipzig im Westen dehnt sich die Stadt bandartig aus. Die in Nord-Süd-Richtung das kompakte Stadtgebiet durchschneidende Hauptverkehrsstraße ist für ihre Lage die zweite wichtige Markierung. Die unmittelbare Verbindung zwischen Stadt und Landschaft, die auch das Zentrum mit einbezieht, ist besonders hervorzuheben.

Der Wiederaufbau der im Krieg stark zerstörten Stadt erfolgte zunächst im wesentlichen am Rande des Stadtzentrums. Neben den hier entstehenden Ensembles wurden drei wichtige, voneinander losgelöste Konzentrationspunkte des gesellschaftlichen Lebens um den Stadtgarten geschaffen.

Der Bereich am Hauptbahnhof im Norden mit dem Landestheater hat nur im Westen



2

eine neue, abschließende Bebauung und schließt im Osten und Süden über weiträumige Grün- und Trümmerflächen an Neubaugebiete der 50er Jahre an.

Der östlich der Mulde gelegene Bereich mit dem Rathaus, dem alten Markt und Resten der alten historischen Bebauung, wie Schloß und Marienkirche, hat durch große beräumte Flächen keine gestaltete Verbindung zum Zentrumskern und zur Mulde.

Der Bereich am Museum im Süden mit der wichtigen innerstädtischen Verkehrskreuzung und den Warenhäusern Konsument und Magnet wird gegenwärtig aufgebaut. Die Kreuzung entsprach nicht mehr den Anforderungen des Straßenverkehrs, so daß die teilweise vorhandene Bebauung wegen der notwendigen Baumaßnahmen vollständig abgerissen werden mußte. Durch die Kriegszerstörungen war die städtebauliche Anbindung nach Norden zum Stadtgarten hin ebenfalls unterbrochen.

Mit der Gestaltung des Zentralen Platzes zwischen Rathaus und Stadtgarten soll erreicht werden, daß unter Einbeziehung des Stadtgartens durch unmittelbare räumliche Anbindung der drei Konzentrationspunkte an den Zentralen Platz das Stadtzentrum zu einem geschlossenen Ensemble mit völlig neuen Raumfolgen und Erlebnisbereichen wird.

Durch seine zentrale Lage hat der Stadtgarten als intensiver Bereich der Kurzzeiterholung die bedeutendste Verteilerfunktion im Zentrum.

Nach Osten zum Rathaus hin, wird, unmittelbar an dem Zentralen Platz vorbeiführend, eine Querachse entstehen, die im Gegensatz zur betonten Nord-Süd-Ausdehnung der Stadt durch die Bereiche Stadtgarten, Zentraler Platz, Rathaus, Kultur- und Bildungszentrum mit verschiedenen Raumfolgen führen wird und den direkten Anschluß zur nahen Mulde mit ihrer Auenlandschaft herstellt.

Der Stadtgarten, durch schon realisierte 5geschossige Wohnbebauung im Süden begrenzt, wird durch eine Gruppierung von drei 14geschossigen Hochhäusern mit Y-förmigem Grundriß im Westen eindeutig dem Zentralen Platz zugeordnet, ohne vorhandene Substanz der Parkanlage anzugreifen. Eine 11geschossige Scheibe betont als südliche Begrenzung des Stadtgartens an der Hauptmagistrale Wilhelm-Pieck-Straße den Übergang zum Zentralen Platz.

Die Kreuzung am Museum und die sich anschließende August-Bebel-Straße und der August-Bebel-Platz werden gegenwärtig vollständig umgestaltet. Die Anforderungen des Straßenverkehrs und das hier historisch gewachsene Einkaufszentrum der Stadt bestimmen die Gestaltung. Durch den vierspurigen Ausbau der August-Bebel-Straße und die entsprechende Veränderung der Kreuzung entstehen Verkehrsräume, die von 5geschossiger Wohnbebauung begrenzt werden. Im Kreuzungsbereich, in Weiterführung zum August-Bebel-Platz und zum Zentralen Platz sind in der Erdgeschoßzone Verkaufseinrichtungen und Gaststätten untergebracht. Das Museum wird mit seinem Turm als Dominante in den Raum an der Kreuzung mit einbezogen.

Der August-Bebel-Platz unweit der Museumskreuzung wurde um das von Gropius gebaute ehemalige Arbeitsamt völlig neu gestaltet. Überalterte und zerstörte 2geschossige Bebauung mußte einer neuen 5geschossigen Wohnbebauung weichen. Eine 11geschossige Scheibe hinter dem Flachbau von Gropius betont als südliche Begrenzung den Platz und stellt die optische Beziehung zur Hochhausgruppe am Stadtgarten her.

Im Gegensatz zum Bereich Museumskreuzung/August-Bebel-Straße wird das Gebiet am Hauptbahnhof durch überwiegend vielgeschossige Bebauung neugestaltet und charakterisiert. Der Empfangsraum vor dem Bahnhof erhält durch einen Komplex mit zwei 14geschossigen Y-Häusern in Verbindung mit Einrichtungen des Handels und der Dienstleistungen, Verwaltung und dem vorhandenen Busbahnhof eine klare Gliederung. Es entsteht ein den vielfältigen Verkehrsfunktionen entsprechender Bahnhofsvorplatz und ein dem Landestheater zugeordneter Grünraum, der Friedensplatz. Weiterhin bestimmen die beiden Hochhäuser die Richtung zum Stadtgarten und stehen in Beziehung zur 11geschossigen Scheibe am Eingang des Zentralen Platzes. Diese Beziehung wird durch die 11- und 8geschossige Wohnbebauung an der Ostseite des Raumes unterstrichen, wobei ein weiteres Y-Hochhaus an der Verkehrskreu-

1 Modell für die Umgestaltung der Innenstadt von Dessau

2 Schaubild für die Neugestaltung der August-Bebel-Straße

3 Kreuzung an der August-Bebel-Straße

3





4 Blick vom zentralen Platz zum Stadtpark

zung das Ensemble am Bahnhofsvorplatz ergänzt.

Durch Bebauung einer wichtigen Verkehrsstraße mit 8geschossiger Wohnbebauung östlich vom Bahnhof und durch die 5geschossige Neubebauung eines Sanierungsgebietes in der Nähe der Johanniskirche mit einem Versorgungszentrum wird an die vorhandene Neubebauung im Osten des Bereiches angebunden.

Ein weiteres Rekonstruktionsgebiet in unmittelbarer Zentrumsnähe wird zur wesentlichen Umgestaltung der Stadt beitragen. Nördlich vom Zentralen Platz an der Mulde gelegen, befindet sich ein stark zerstörtes, mangelhaft versorgtes Altstadtgebiet. Im Mittelpunkt stehen hier besonders die Beziehungen des Stadtzentrums zur Mulde die durch dieses Gebiet führen, und die Ufergestaltung, welche gleichzeitig die östliche Stadtrandbebauung darstellt.

Da die Hauptzufahrt zur Stadt von der Autobahn aus Osten im Bereich des Rathauses die Mulde überquert, wird die Ausbildung einer charakteristischen Stadtsilhouette an diesem Abschnitt besonders wirkungsvoll. Wie schon bei der bereits vorhandenen neuen Mulde-Ufergestaltung südlich des Zentrums wird auch hier die stadttypische Uferlandschaft in die Wohnbebauung einbezogen.

Um die vorhandene Zersplitterung und die mangelhaften Beziehungen im Stadtzentrum zu überwinden, wurde versucht, durch räumliche Bebauungsformen, verbunden mit Betonung hervorragender Standorte, sowohl ruhige Wohnzonen nach innen als auch interessante und zwingende Raumfolgen in den öffentlichen Bereichen zu schaffen. Neben Verwaltungs- und Handelseinrichtungen im geringen Umfang, einem Kultur- und Bildungszentrum mit einem Hotel wird die Umgestaltung des Stadtzentrums vor allem durch den Bau von etwa 3300 Wohnungseinheiten mit den dazugehörigen Einrichtungen geprägt.

1967 wurde mit den ersten Baumaßnahmen im Bereich der Kreuzung Museum/August-Bebel-Straße begonnen, welcher zu Ehren des 20. Jahrestages der DDR fertiggestellt werden soll. Bis 1970 wird das Stadtzentrum in seinen wichtigsten Bereichen von der neuen Bebauung bestimmt.

Neben der 5geschossigen Bebauung vom Typ Brandenburg, Flachdach ohne Dachüberstand, wurde im II. Quartal 1969 nach Fertigstellung des Plattenwerkes begonnen, die vielgeschossige Bebauung vom Typ P 2 zu realisieren. Die Neubauten werden durch eine helle Fassadengestaltung im Gegensatz zu den vielen Grünräumen das Stadtbild charakterisieren und durch eine farbliche Betonung der zwischen den Fenstern liegenden Wandflächen die Fassade horizontal gliedern und so zur Bereicherung der Erlebnisbereiche beitragen. Dieses Prinzip wird sowohl bei der 5geschossigen als auch bei der vielgeschossigen Bebauung angewandt. Die notwendigen Zwischenbauten bei den Eckverbindungen zusammen mit den verschiedenen Möglichkeiten der Loggienanordnung und der unterschiedlichen Behandlung der Freiflächen vervollständigen die abwechslungsreiche Gestaltung der städtebaulichen Räume.

Besondere Aufmerksamkeit wird der Synthese zwischen Architektur und bildender Kunst gewidmet, um die künstlerische und politische Aussage des neuen Stadtzentrums als Ausdruck unserer sozialistischen Entwicklung maximal zu entwickeln.

Der Beirat für bildende Kunst und Stadtgestaltung, in welchem Vertreter der Parteien und Massenorganisationen, Architekten und bildende Künstler aktiv und konstruktiv mitarbeiten, wurde 1968 gebildet, um die neue Umweltgestaltung im Komplex mit einer hohen künstlerischen und politischen Aussage zu realisieren. Eine politisch-ideologische Grundkonzeption zur Gestaltung des Zentrums und der bedeutendsten Kommunikationsbereiche der Stadt ist sowohl für die Architekten als auch für bildende Künstler das richtungsweisende Grundsatzdokument.

Nach Abschluß der Bebauung im Stadtzentrum wird im Perspektivzeitraum das zentrumsnahe Gebiet an der Mulde und das Stadtgebiet an der Nord-Süd-Magistrale südlich des Zentrums rekonstruiert. Eine Verdichtung und Abrundung der Bebauung in Dessau-Süd wird nach 1975 erforderlich, um der weiteren industriellen Entwicklung auch im Wohnungsbau gerecht werden zu können.

Unter Einbeziehung aller Bürger bei der Vorbereitung und Durchführung dieser einmaligen und umfassenden Rekonstruktionsmaßnahmen entsteht eine Großstadt mit neuen, sozialistischen Umweltbedingungen.

5 Modell der Kreuzung an der August-Bebel-Straße



Sozialistische Demokratie im Städtebau

Ideenwettbewerb der Bürger der Stadt Dessau zur Gestaltung des zentralen Platzes

Dipl.-Ing. G. Plahnert, Architekt BDA
Stadtarchitekt

Die Wechselbeziehungen zwischen Städtebauern, Architekten, Künstlern und der Gesellschaft werden immer aktiver, die Herausbildung eines Vertrauensverhältnisses zwischen Architekten und weitesten Kreisen der Bevölkerung wird zu einer Triebkraft für die Weiterentwicklung der sozialistischen Lebensweise.

Unter Führung der Kreisleitung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und bei Einbeziehung aller gesellschaftlichen Organisationen der Stadt wurde, von den Grundsätzen der Stadtkomposition ausgehend, die Zielstellung der architektonischen und bildkünstlerischen Gestaltung des Stadtzentrums festgelegt.

Entsprechend unserer sozialistischen Verfassung, daß „die Städte im Rahmen der zentralen staatlichen Leitung eigenverantwortliche Gemeinschaften sind, in denen die Bürger arbeiten und ihre gesellschaftlichen Verhältnisse gestalten", wurde die gesamte Bevölkerung der Stadt Dessau in der Tagespresse aufgerufen, sich an einem Ideenwettbewerb zur Gestaltung des zentralen Platzes zu beteiligen.

Ausgehend von der durch die Stadtverordnetenversammlung und den Rat der Stadt Dessau bestätigten städtebaulichen Grundkonzeption, wurden alle Bürger angeregt, ihre Meinung zum Wiederaufbau und zur Rekonstruktion des Stadtzentrums zu äußern.

Mit der Aufforderung zur Teilnahme am Ideenwettbewerb mußte man sich von den üblichen Formen der Ausschreibung eines Architektenwettbewerbes lösen. Die geforderten Leistungen konnten sowohl als textliche Erläuterung als auch in Form von Skizzen, Zeichnungen und Modellen eingereicht werden.

Die in vielen Diskussionen erarbeiteten Vorstellungen über eine mögliche architektonische und bildkünstlerische Gestaltung des zentralen Bereiches wurden den Bürgern im Aufruf als Anregungen übermittelt und die in der politischen, ideologischen und städtebaulichen Grundkonzeption festgelegten Erkenntnisse als Ausgangspunkt für Ideenvorschläge unterbreitet.

Die Themenstellung zur bildkünstlerischen Gestaltung geht davon aus, daß Dessau im Verlauf des barbarischen Krieges der deutschen Imperialisten zu 83 Prozent zerstört wurde und sich aus seinen Trümmern eine moderne sozialistische Großstadt entwickeln wird. So soll auch ein diesem Grundmotiv entsprechendes Monument mit hoher politischer Aussagekraft Höhepunkt in der Gestaltung des Zentrums sein. In diesem Monument sollen das Wachsen der Stadt, ihre revolutionären und humanistischen Traditionen und der Weg zum Sieg des Sozialismus zum Ausdruck kommen.

Die Beteiligung am Ideenwettbewerb „Wir alle gestalten das Morgen" wurde durch zwischenzeitliche Veröffentlichungen von Vorschlägen und Gedanken in der Tagespresse laufend popularisiert. Der Aufruf fand in allen Bevölkerungsschichten große Resonanz. Nach Beendigung des Wettbewerbs waren insgesamt 168 Ideenvorschläge eingegangen.

Die Teilnahme vieler junger Menschen am Ideenwettbewerb zeigt ihr großes Interesse an ihrer künftigen Umwelt. Dabei gehen sie kühn und voller Ideenreichtum an die Gestaltung einer Stadt heran, in der sie leben, wohnen und arbeiten werden. Ihrer Verantwortung zur Teilnahme am architektonischen und künstlerischen Gestaltungsprozeß ihrer Stadt sind sich auch viele ältere Bürger bewußt. Menschen, die am Kriegsende angesichts der Trümmer zu verzweifeln schienen, sind heute mit Begeisterung am Aufbau einer neuen Gesellschaftsordnung und ihrer sozialistischen Umwelt beteiligt.

Mit dem Aufruf an die Bürger, ihre Stadt mitzugestalten, wurde erstmalig der Versuch unternommen, weiteste Kreise der Bevölkerung in die Problematik der sozialistischen Umweltgestaltung aktiv einzubeziehen.

Die eingegangenen Arbeiten wurden unter Leitung der Vorsitzenden des Rates der Stadt von einer Jury eingehend analysiert und bewertet. Die Berufung von Vertretern der Kreisleitung der SED und der FDJ, der Nationalen Front, von Vorsitzenden und Mitgliedern der Ständigen Kommission, von Leitern der Fachabteilungen des Rates der Stadt sowie von Künstlern, Kunsterziehern und Architekten war Ausdruck des Bemühens, die vielfältigen Vorschläge und wertvollen Gedanken zur Gestaltung des Stadtzentrums nach bestem Wissen verantwortungsbewußt zu beurteilen.

Bei der Preisverteilung wurden Kollektivarbeiten und Einzelleistungen gesondert prämiiert.

Zur Prämiierung der besten und wertvollsten Einsendungen wurden wertvolle Sachpreise und Bargeldbeträge bereitgestellt. Als Anerkennung wurde eine große Zahl von Teilnehmern, insbesondere Jugendliche und Schüler, zu Stadtrundflügen eingeladen. Der Wettbewerb war mit einer Tombola verbunden, die durch Sachwertspenden von Dessauer Betrieben und Einrichtungen ermöglicht wurde. Für die breite Mitarbeit von Schülern am Wettbewerb erhielten mehrere Oberschulen Geldbeträge für Lehrmittel der Kunsterziehung.

Die Preisverleihung an die ausgezeichneten Kollektive und Einzelteilnehmer erfolgte im Beisein der Jurymitglieder durch die Vorsitzende des Rates der Stadt.

Als beste Kollektivleistungen wurden die Arbeiten von Architekten und Ingenieuren des VEB Industrieprojektierung Dessau und von Mitgliedern des Zirkels junger Architekten ausgezeichnet. Die Prämiierung der besten Einzelleistungen wurde gesondert durchgeführt.

Die zahlreichen wertvollen Gedanken, Skizzen und Zeichnungen wurden im Sinne einer Vorprüfung von den Mitarbeitern des Büros des Stadtarchitekten hinsichtlich Inhalt und Aussage ausgewertet und statistisch erfaßt.

In allen Arbeiten sind viele wertvolle Gedanken und Vorschläge enthalten, die bei der weiteren Bearbeitung in die endgültige Konzeption zur Gestaltung des zentralen Platzes einfließen werden.

Zwischen dem Rat der Stadt Dessau und der Hochschule für angewandte Kunst Berlin wurde ein Vertrag über die Anfertigung einer Studie zur Zentrumsgestaltung abgeschlossen. In weiteren Gesprächen und Diskussionen mit den Bürgern der Stadt, mit Hilfe von Veröffentlichungen in der Tagespresse, in Fachberatungen und öffentlichen Verteidigungen werden sich die Vorstellungen über die architektonische und bildkünstlerische Gestaltung des Stadtzentrums weiter konkretisieren.

1



1 Mitglieder des Zirkels Junger Architekten, die im Ideenwettbewerb „Wir alle gestalten das Morgen" mit einem Preis ausgezeichnet wurden

2 Schaubild einer der Wettbewerbsarbeiten

3 Vorschlag für die Gestaltung des Stadtzentrums von Kollegen des VEB Industrieprojektierung Dessau

4 Vorschlag von einem Bürger für die Gestaltung eines Brunnens im Stadtzentrum

2 3 4



Querfurt und Bernburg –
Beispiele einer rationellen Bearbeitung von Generalbebauungsplänen

Dipl.-Formgestalter Peter Klaus Pfannschmidt
Architekt BDA
Büro für Städtebau und Architektur

Das System der stufenweisen Bearbeitung

Der starke Anstieg der Investitionstätigkeit im Bezirk Halle auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens, der Industrie, der Landwirtschaft und des Verkehrs erfordert in immer stärkerem Maße eine prognostische Planung und Koordinierung. Bei weitgehender Konzentration der Bautätigkeit auf nur wenige Standorte gewinnt auch die städtebauliche Einordnung aller anderen Bauvorhaben immer mehr an Bedeutung für hohe Effektivität dieser Maßnahmen im Rahmen der Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus. Eine wichtige Voraussetzung für derartig prognostische städtebauliche Entscheidungen ist das Vorhandensein entsprechender Planungsunterlagen für eine möglichst große Anzahl von Städten.

Für das Büro für Städtebau und Architektur des Bezirkes Halle, in dem (mit Ausnahme der Planung für die kreisfreien Städte Halle und Dessau) alle städtebaulichen Planungen des Bezirkes erarbeitet werden, ergab sich damit die Aufgabe, nach einer Methode zu suchen, die es bei maximaler Konzentration der stadtplanerischen Kräfte auf die Schwerpunktvorhaben des Bezirkes Halle ermöglicht, gleichzeitig den erforderlichen städtebaulichen Planungsvorlauf für andere wichtige Städte zu gewährleisten.

Unter diesem Gesichtspunkt wurde eine auf die Hauptstrukturen der Städte und deren Entwicklungsmöglichkeiten ausgerichtete, stufenweise Erarbeitung der Generalbebauungspläne vorgesehen.

Dieses unter Berücksichtigung der spezifischen Bedingungen des Bezirkes Halle entwickelte Systemmodell für die Erarbeitung der Generalbebauungspläne der Städte sieht mehrere Arbeitsstufen vor: Es ermöglicht, mit einem zunächst relativ geringen Kräfteaufwand für eine größere Zahl von Städten erste städtebauliche Aussagen über die möglichen Entwicklungstendenzen zu schaffen.

Die **Studie zum Generalbebauungsplan** ist die erste Arbeitsstufe, sie bildet die Grundlage für die in der zweiten Arbeitsstufe zielgerichtet einzuleitenden langfristigen Vorarbeiten durch Zulieferungsbetriebe (wie zum Beispiel Vermessungsarbeiten, Verkehrszählungen, geologische Bohrungen und Gutachten, hydrologische Beobachtungsreihen und Gutachten, Lärm- und Luftemissionsmessungen usw.).

Gleichzeitig jedoch dient sie den örtlichen Staatsorganen als vorläufige Grundlage bei der Entscheidung städtebaulicher Fragen und bei der Ausarbeitung der **gesellschaftspolitischen Zielstellung für den Generalbebauungsplan**, die in der 2. Arbeitsstufe erfolgt.

Die dritte Arbeitsstufe ist dann die Erarbeitung des eigentlichen **Generalbebauungsplanes** einer Stadt. Diese Aufgabe wird im Gegensatz zur Studie jeweils nur für eine Stadt mit einem konzentrierten Einsatz aller verfügbaren Mitarbeiter durchgeführt.

Zur Sicherung eines straffen Arbeitsablaufes sowie zur allseitigen Koordinierung aller dabei beteiligten Institutionen und Betriebe hat sich ein spezielles Netzwerk als Leitungsinstrument außerordentlich gut bewährt.

In der vierten Arbeitsstufe erfolgt auf der Grundlage des bestätigten Generalbebauungsplanes und der Investitionsprogramme die Erarbeitung der einzelnen **Bebauungskonzeptionen** für die entsprechenden Bauabschnitte mit einem dem Umfang der Aufgabe entsprechenden Arbeitskräfteeinsatz.

Die fünfte Arbeitsstufe beinhaltet dann die in einem Turnus von etwa 5 Jahren vorzunehmende **Überprüfung und Ergänzung des Generalbebauungsplanes** entsprechend dem neuen Erkenntnisstand und den Zielen des folgenden Perspektivplanzeitraumes.

Dieses System der stufenweisen Erarbeitung des Generalbebauungsplanes ermöglicht durch die Überlagerung der einzelnen Arbeiten einen rationellen Arbeitseinsatz, nicht nur innerhalb des eigenen Büros, sondern auch bei den Vor- und Zuarbeit leistenden Betrieben, den Fachorganen und Institutionen. Darüber hinaus gewährleistet dieses Arbeitsverfahren eine elastische Anpassung an die sich ständig weiterentwickelnden objektiven Bedingungen der gesellschaftlichen Entwicklung.

Sie ermöglicht bei rationellem Kräfteeinsatz eine erste städtebauliche Aussage für eine größere Anzahl von Städten, die in einem begrenzten Zeitraum zu einem aussagekräftigen Generalbebauungsplan verdichtet werden kann.

Querfurt

Beispiel einer Studie zum Generalbebauungsplan

Auf Grund der Bedeutung, die die Stadt Querfurt im Rahmen der Siedlungsnetzentwicklung einnimmt, war es notwendig, in einer städtebaulichen Studie eine mögliche Größenentwicklung der Stadt aus städtebaulicher Sicht zu ermitteln, um daraus Schlußfolgerungen für eine optimale Standortausweisung des im Perspektivplanzeitraum geplanten Wohnungsbaus herleiten zu können. Auf der Grundlage der Aussagen der Siedlungskonzeption des Generalbebauungsplanes des Bezirkes sowie der von den örtlichen Organen erarbeiteten Grundlagen der ökonomischen Entwicklung der Stadt wurde durch das Büro eine Studie zum Generalbebauungsplan erarbeitet, in der die vorhandene Situation der baulichen Substanz, der sozialen und technischen Infrastruktur und des Verkehrs grob analysiert und darauf aufbauend unter Berücksichtigung der spezifischen örtlichen Gegebenheiten mehrere Varianten der künftigen Größenordnung entwickelt wurden.

Unter Einschätzung des voraussichtlichen Realisierungszeitraumes wurde dann in Abstimmung mit den staatlichen Organen die optimale Variante ermittelt und der Studie zum Generalbebauungsplan zugrunde gelegt. Die Studie zeigt in einfacher Darstellungstechnik die vorgesehenen Veränderungen der Struktur der Stadt sowie deren künftige Hauptfunktionsbereiche und gibt Auskunft über mögliche Standorte der Konzentration gesellschaftlicher und zentrumsbildender Einrichtungen. Sie bildet, ohne ins Detail zu gehen, eine aussagekräftige Grundlage, um Standortentscheidungen, in diesem Falle, um den geplanten Wohnungsbau städtebaulich richtig auszuweisen.

Bernburg

Beispiel eines Generalbebauungsplanes

Im Zuge der schrittweisen Qualifizierung der städtebaulichen Planungsdokumentationen erfolgt die Erarbeitung des Generalbebauungsplanes der Stadt als eine der entscheidendsten Projektierungsphasen.

Entsprechend dem komplexen Charakter einer derartigen Planungsaufgabe wird, wie kaum anderswo, eine enge und unmittelbare Zusammenarbeit einer Vielzahl von Dienststellen und Institutionen erforderlich. Um diesen vielseitigen Arbeitseinsatz organisatorisch und terminlich beherrschen zu können, wird der Einsatz eines Netzwerkes, das die Abhängigkeit der einzelnen Arbeiten sowie den Verlauf des kritischen Weges erkennen läßt, mit Erfolg angewendet. Die Verbindlichkeit eines solchen Netzwerkes, auch für die örtlichen Staatsorgane, wurde durch entsprechende Ratsbeschlüsse herbeigeführt. Für die Stadt Bernburg erfolgte die grundsätzliche Festlegung der Bearbeitung in einer gemeinsamen Sitzung der Räte des Kreises und der Stadt Bernburg im November 1968. Die Koordinierung aller Arbeiten erfolgte durch eine Leitungsgruppe unter Vorsitz des 1. Stellvertreters des Bürgermeisters. Hier wurde in einem festen Besprechungsturnus der jeweilige Erkenntnisstand der Bearbeitung sowohl hinsichtlich der Qualifizierung und Konkretisierung der gesellschaftlich-politischen Zielstellung als auch hinsichtlich der städtebaulichen Planbearbeitung beraten und ausgewertet.

Diese Methode gewährleistete, daß einmal das Planwerk in seiner Gesamtheit eine echte Gemeinschaftsarbeit aller Beteiligten wurde und zum anderen die geplante zeit- und arbeitskräftemäßige Konzentration gesichert werden konnte. Die Hauptziele für die Bearbeitung des Generalbebauungsplanes wurden wie folgt festgelegt:

Der Generalbebauungsplan ist das grundlegende Dokument für die bauliche Entwicklung und Umgestaltung der Stadt einschließlich der komplexen Organisation aller ihrer Strukturelemente, Netze und Anlagen des Verkehrs sowie der technischen Versorgung. Der Generalbebauungsplan bildet im Zusammenhang mit den Perspektivplänen der Volkswirtschaft sowie dem Plan der Entwicklung der Bauwirtschaft die Grundlage zur Ausarbeitung der Detailpläne für die einzelnen Realisierungsetappen.

Bei der Erarbeitung des Generalbebauungsplanes der Stadt Bernburg wurde unter Berücksichtigung der spezifischen Gegebenheiten der Stadt von folgenden Grundsätzen der gesellschaftlich-politischen Zielstellung ausgegangen:

- Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung einschließlich Erweiterung der Möglichkeiten der Naherholung.
- Herausbildung einer ökonomisch optimalen Stadtstruktur und Überwindung von Disproportionen.
- Erhöhung der Effektivität der im Stadtgebiet liegenden Flächen durch eine rationelle Nutzung (zum Beispiel Erhöhung der Einwohnerdichte).
- Gestaltung eines neuen, für Bernburg typischen und einprägsamen Stadtbildes unter Einbeziehung der wertvollen historischen Bausubstanz.
- Verbesserung der Verkehrsführung des Fern- und innerstädtischen Verkehrs im Stadtgebiet.

Die Planbearbeitung konzentrierte sich auch hierbei auf die Herausarbeitung der Entwicklungstendenzen der einzelnen Strukturelemente der Stadt, um ein Leitsystem der Stadtentwicklung zu schaffen, das auch dem dynamischen Entwicklungsprozeß unserer Gesellschaft und der Volkswirtschaft Rechnung trägt. Die einzelnen Teilpläne des Generalbebauungsplanes erhalten so in stärkerer Form den Charakter eines städtebaulichen Leitplanes als dies bei früheren oft bis ins Detail gehenden Planbearbeitungen der Fall war.

Für die Stadt Bernburg wurden besonders die Schwerlinien der gesellschaftlichen Kommunikation herausgearbeitet, die als rektangulär zueinander verlaufende Hauptfußgängerverbindungen im Zentralen Platz zusammengeführt werden und dort ihren städtebaulichen Höhepunkt erhalten.

Die in diesem Bereich vorgesehenen gesellschaftlichen Einrichtungen bilden einen flexiblen Rahmen für die zum Zeitpunkt der Realisierung zu untersuchenden Mikrostandorte. Auf diesen Unterlagen aufbauend, wurde auch ein entsprechender Plan der bildkünstlerischen Grobkonzeption der Stadt erarbeitet.

Der die Hauptrekonstruktionsgebiete ausweisende Flächennutzungsplan, der für mehrere Realisierungsphasen ausgearbeitet ist, gibt eine ausreichende Aussage für verbindliche Entscheidungen zur planmäßigen Werterhaltung und Modernisierung. Die Verkehrsführung wurde in Zusammenarbeit mit dem Rat des Bezirkes Halle, Abteilung Verkehr, und dem VE Projektierungsbetrieb des Straßenwesens Berlin, Außenstelle Halle, erarbeitet. Dabei wurde der derzeitige Bearbeitungsstand des Generalverkehrsplanes des Bezirkes Halle zugrunde gelegt.

Das Schwergewicht der Bearbeitung lag in der vorliegenden Phase auf der rationellen Analyse und den Schlußfolgerungen für die Entwicklung der Hauptstrukturelemente der Stadt. Die Bearbeitung wurde im Juni 1969 abgeschlossen und der Generalbebauungsplan nach erfolgter Verteidigung durch den Rat des Bezirkes Halle als Systemlösung für die langfristige Entwicklung der Stadt bestätigt.

Die Erarbeitung von Detailplänen für Bebauungskonzeptionen in den Rekonstruktionsgebieten oder in den Bereichen der Verdichtung werden im Zuge einer weiteren Bearbeitungsphase auf der Grundlage der exakten Investitionsprogramme sowie unter Berücksichtigung der Pläne zur Entwicklung der Bauwirtschaft ausgearbeitet.

Bearbeiterkollektiv Querfurt

Dipl.-Formgestalter Peter Klaus Pfannschmidt
Dipl.-Architekt Herbert Gebhardt
Dipl.-Ing. Roland Dietl
Dipl.-Ing. Günter Stock
Gartenarchitekt Kurt Gobell

Bearbeiterkollektiv Bernburg

Dipl.-Formgestalter Peter Klaus Pfannschmidt
Dipl.-Architekt Bernd Czysch
Dipl.-Architekt Herbert Gebhardt
Dipl.-Ing. Waltraud Wohlrath
Dipl.-Architekt Walter Köppe
Dipl.-Ing. Helmut Schaller
Dipl.-Ing. Klaus-Jürgen Ende
Architekt Jochen Flach
Ingenieur Norbert Gottlieb
Gartenbaumeister Klaus Hippe

1 Studie zum Generalbebauungsplan Querfurt. Karte der Stadtstruktur

2 Studie zum Generalbebauungsplan Querfurt. Plan der Stadtstruktur

3 Generalbebauungsplan Bernburg. Plan der Stadtgliederung

4 Generalbebauungsplan Bernburg. Kommunikationsbereiche im Stadtzentrum

Das Uni-HP-System

Obering. Herbert Müller
VE (B) Ingenieurbüro des Bauwesens im Bezirk Halle

Mit der Einführung der Montagebauweise im Bauwesen stand die Forderung nach neuen Bauelementen, die den Bedingungen des industriellen Bauens gerecht werden. Ein Weg zur Lösung der anstehenden Aufgaben wurde in der Entwicklung von flächen- und formaktiv industriell herstellbaren Bauelementen gesehen. Diese Entwicklung wurde im Jahre 1951 begonnen und führte in der Folge zur Schalenbauweise mit vorgefertigten HP-Schalen. Als Grundsatz galt es hierbei die Voraussetzungen für ein leichtes und ökonomisches Bauen zu schaffen.

Leicht bauen heißt, durch geringsten Werkstoffaufwand Material einzusparen und durch geringes Eigengewicht der Konstruktion niedrige Transport- und Montagekosten zu erzielen.

Ökonomisch bauen heißt, denjenigen Werkstoff einsetzen, der von der Gesamtökonomie her niedrige Investitions- und Unterhaltungskosten ergibt und somit für die Anwendung moderner, industriemäßiger Fertigungsmethoden geeignet ist.

Für das zu entwickelnde System galt die Hauptaufgabe, eine typische Lösung zu finden, die es gestattet, mit einer minimalen Anzahl von Bauelementen gleicher Hauptkonstruktion, gleicher Verbindungen, gleichen Bewehrungssystemen und sich ergänzenden Querschnittsformen die verschiedensten Gebäudevarianten zu errichten.

Zur Erreichung dieses Zieles war es notwendig, die fortgeschrittensten wissenschaftlichen Erfahrungen auszunutzen, neue Berechnungsverfahren zu entwickeln und umfangreiche Tests durchzuführen, um die mit dem angestrebten leichten ökonomischen Bauen verbundenen Probleme mit Sicherheit beurteilen zu können.

Die Lösung der Hauptaufgabe konnte deshalb nicht schlechthin in der Einhaltung weniger Kennzahlen gesucht werden, sondern verlangte die Erfüllung einer Reihe von eng miteinander verbundenen Forderungen:

- niedriger Produktionsaufwand
- geringer Materialaufwand
- kurze Bauzeit
- universelle Anwendbarkeit bei gleichzeitiger Bereicherung der Gestaltungsmöglichkeiten
- größtmögliche Auslastung der Mechanismen
- Variabilität in der Anwendung der Mechanismen
- rechentechnische Aufbereitung der technologischen Prozesse.

Als Umsetzung dieser theoretischen Forderungen wurde auf der Grundlage der gewonnenen Erkenntnisse folgendes Elementesortiment entwickelt:

- doppelt gekrümmte Hyperboloid-Schalenträger
- einfach gekrümmte hyperbolische Schalenträger
- hyperbolische Schalenträger mit geschlossenem Kastenquerschnitt.

Aus der Kombination dieser drei Grundelemente, die nicht an die rechteckige Form gebunden sind, sondern die auch in der gleichen Matrize mit trapez- oder dreieckförmigem Grundriß hergestellt werden kön-

1
Sporthalle Halle-Neustadt. Blick in den Innenraum des Mittelschiffes. Dreischiffige Hallenkonstruktion mit einer Spannweite von 32 000 mm im Mittelschiff. Abgespannte HP-Schalenkonstruktion für die Dachausbildung und HP-Zylinderschalen für die Außenwandkonstruktion

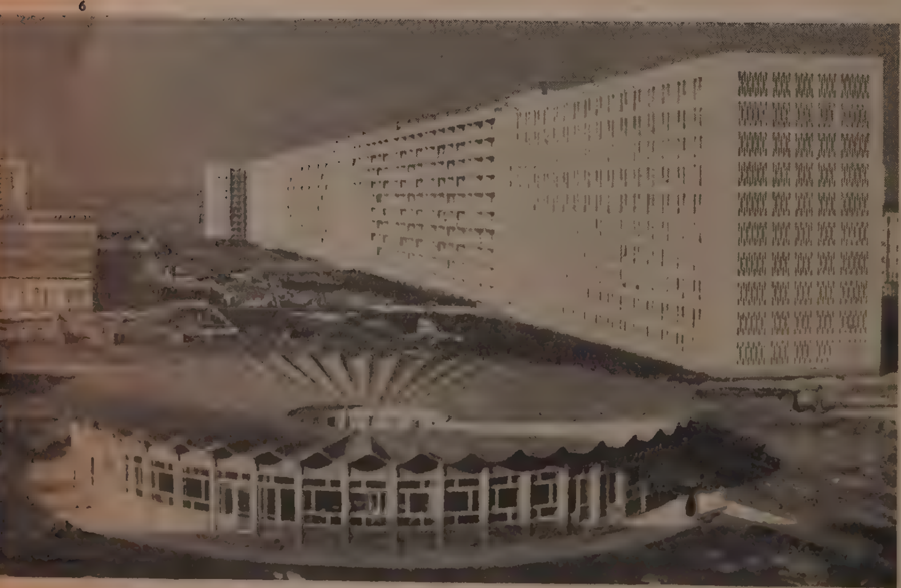
2
Lagerhalle für den staatlichen Chemiehandel Halle. Zweischiffige Lagerhalle mit einer Spannweite von 2 × 18 000 mm mit HP-Dachschalen und HP-Zylinderschalen für die Außenwandkonstruktion

3
Sporthalle in Halle-Neustadt, Außenansicht




4


5
6



nen, lassen sich alle Gebäudeformen für den Industrie- und Landwirtschaftsbau, den Wohnungsbau und den Gesellschaftsbau einschließlich der Kuppel- und Rundbauten sowie leichter Brückenbauwerke entwickeln. Die statischen Systeme umfassen dabei sowohl die normale Trägerstützung als auch kombinierte Dreigelenkbogen- und Hängedachkonstruktionen.

Für die Anwendung von Deckenkonstruktionen größerer Spannweite und größerer Nutzlast sowie bei den leichten Brückenbauwerken sind hyperbolische Schalenträger mit geschlossenem Kastenquerschnitt erforderlich.

Werden die hyperbolischen Schalenträger in vertikaler Richtung angeordnet, ergeben sich Schalenwände, die im Industriebau sogar zur Aufnahme von Lasten aus Brückenkränen bis zu 8 Mp Tragkraft geeignet sind und andererseits auch die Ausführung von Turmbauwerken gestatten. Je nach den statischen Erfordernissen kann hierbei der offene Querschnitt gegen einen HP-Kastenquerschnitt mit größerem Widerstandsmoment ausgetauscht werden.

Neben der Variabilität in der umfassenden bautechnischen Anwendbarkeit des Uni-HP-Systems ist die Technologie der Herstellung den jeweiligen speziellen Bedingungen entsprechend in zwei Varianten möglich:

- schlaff bewehrter Stahlbeton
- vorgespannter Stahlbeton.

Schlaff bewehrter Stahlbeton kann für HP-Schalenträger mit einer maximalen Spannweite von 18 000 mm verwendet werden. Als Vorteil ergibt sich hierbei, daß die gesamte Bewehrung vorgefertigt werden und geschlossen in die Matrize eingelegt werden kann. Dadurch verringert sich der Arbeitsaufwand an der Matrize auf ein Minimum, da hier lediglich noch der Beton eingebracht, geformt und verdichtet werden muß. Diese Arbeitsvorgänge können in etwa einer Stunde beendet sein, so daß der gesamte Zyklus für die Herstellung eines HP-Schalenträgers nur eine Zeitspanne von 8 Stunden (einschließlich der Warmbehandlung von 6 Stunden) benötigt und die Matrize nach dieser Zeit wieder neu belegt werden kann. Eine derartige Zeitverkürzung ist bei industriemäßiger Fertigung im Dreischichtbetrieb für die Amortisation der Anlagekosten von großer Bedeutung.

Die gegenüber einer vorgespannten Stahlbewehrung notwendig werdende größere statische Höhe des Schalenquerschnittes wird durch das Einfügen einer mittleren Längsrippe erreicht, die wiederum in ihrer Höhe entsprechend der statischen Auslegung variiert werden kann. In den verwendeten Matrizen ist deshalb eine Vorrichtung zur möglichen Ergänzung des Schalenquerschnittes durch eine mittlere Längsrippe grundsätzlich enthalten.

Vorgespannter Stahlbeton wird für Schalenspannweiten von mehr als 18 000 mm verwendet. Die derzeitig entwickelten HP-Schalenträger sind für eine maximale Spannweite von 24 000 mm vorgesehen. Es ist aber auch möglich, HP-Schalenträger mit Spannweiten von 12 000 mm bis 18 000 mm in vorgespanntem Stahlbeton herzustellen, wenn es zum Beispiel darum geht, die Vorteile des Spannbetons – Rissefreiheit und geringerer Stahlverbrauch – auszunutzen. In der technologischen Linie stellt der Spannbeton jedoch höhere Anforderungen als der schlaff bewehrte Stahlbeton. Die vorbereitenden Arbeiten an der Matrize sind umfangreicher und die Abbindezeiten zur Erzielung der höheren Festigkeit länger. Der Herstellungszyklus der Elemente wird damit größer, so daß sich für die Anlagekosten längere Amortisationszeiten ergeben. Angesichts dieser Besonderheiten der Herstellung mit vorgespanntem Stahlbeton werden in der DDR HP-Schalenträger zunächst bei Spannweiten unter 18 000 mm grundsätzlich mit schlaff bewehrtem Stahlbeton gefertigt.

Die Breite der HP-Schalenträger wurde im Hinblick auf die Einhaltung bestimmter Gewichtsklassen mit 2000 mm festgelegt. Die

Schalendicke beträgt in diesem Fall 25 mm bis 45 mm, die vorgesehene Nutzlast ist in der Regel 120 kp/m².

Für Spannweiten bis zu 12 000 mm werden die doppelt gekrümmten Hyperboloid-Schalenträger schlaff bewehrt und ohne Mittelrippe ausgeführt. Das Gewicht der Elemente beträgt 110 kp/m², der Stahlverbrauch 6,2 kp/m².

Für Spannweiten von 12 000 mm bis 18 000 Millimeter werden die HP-Schalenträger schlaff bewehrt, erhalten aber zur Aufnahme der Haupttragbewehrung eine mittlere Längsrippe. Das Gewicht dieser HP-Schalenträger beträgt 138 kp/m², der Stahlverbrauch 10,0 kp/m².

Für Spannweiten von 24 000 mm wird eine Schalenbreite von 2400 mm erforderlich. Die Schalendicke vergrößert sich auf 35 bis 70 mm. Die HP-Schalenträger erhalten eine Verstärkung an den Längsrändern. Das Gewicht beträgt 215 kp/m², der Stahlverbrauch 13,0 kp/m². Die vorgespannte Haupttragbewehrung in der mittleren Längsrippe ist nicht zuletzt dadurch erforderlich, daß bei der vorgegebenen Schalenbreite und bei Einhaltung der betontechnologisch begründeten maximalen Neigung der Schalenflächen eine wirtschaftliche statische Höhe des Querschnittes erzielt werden mußte und gleichzeitig den Forderungen des Korrosionsschutzes und des Feuerschutzes Rechnung zu tragen war.

Für die Unifizierung des HP-Systems ist es zweckmäßig, daß alle Matrizen für eine Schalenbreite von 2400 mm ausgelegt werden, so daß alle Querschnittsvarianten mit den gleichen Fertigungsaggregaten hergestellt werden können.

Zur Komplettierung des Uni-HP-Systems wurden zylindrisch geformte hyperbolische Schalenträger entwickelt. Sie haben eine gleichbleibende Schalendicke, die je nach den statischen Belastungen zwischen 50 und 60 mm angenommen wird. Die Breite dieser Schalenträger beträgt 2000 bis 2400 mm. In Abhängigkeit von der vorgesehenen Belastung können sie wie die doppelt gekrümmten Hyperboloid-Schalenträger mit oder ohne mittlere Längsrippe sowie mit schlaffer oder vorgespannter Bewehrung gefertigt werden. Diese zylindrischen Schalenträger werden als vertikale Konstruktionsglieder oder auch als Dachkonstruktionselemente verwendet.

Über die aufgeführten Varianten hinaus können alle hyperbelförmig offenen Querschnitte auch mit einer Druckplatte versehen werden, die es gestattet, die Elemente auch als Deckenplatten bei hohen Nutzlasten zu verwenden.

4
Messepavillon Leipzig. Demonstrationsbeispiel für das Uni-HP-System. HP-Schalen als Stützen- und Wandkonstruktion, HP-Schalen mit geschlossenem Querschnitt als Deckenkonstruktion

5
Kindergarten „Delta" Halle-Neustadt. Fassadendetail. Erstmalige Anwendung von trapezförmigen HP-Dachschalen für Rundbauten. Außendurchmesser 38 000 mm.

6
Kindergarten „Delta" Halle-Neustadt. Gesamtansicht.

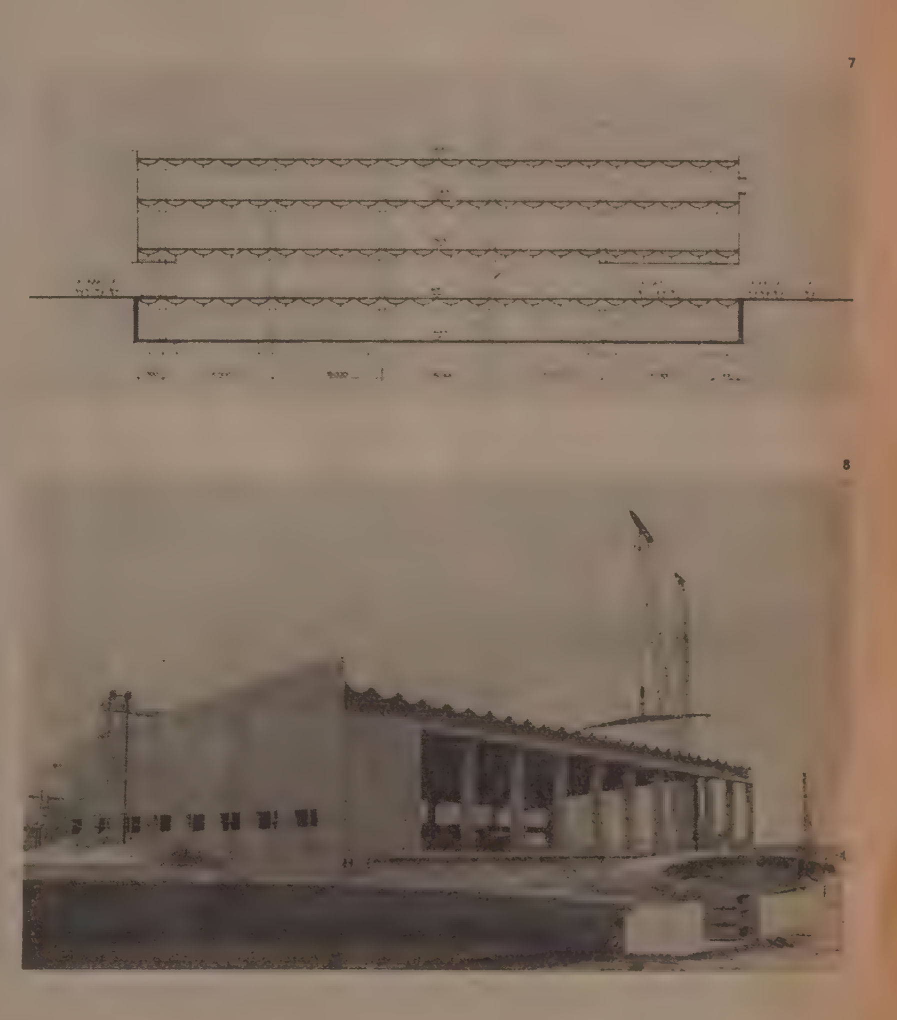
7
Warenhaus Halle-Neustadt. Schnitt 1 : 750
Anwendung des Uni-HP-Systems für einen Geschoßbau mit großen Spannweiten (12 000 mm × 12 000 Millimeter). Deckenkonstruktion aus zu einem geschlossenen Querschnitt ausgebildeten HP-Schalen. Nutzlast 750 kp/m².

8
Schwimmhalle Halle-Neustadt. Als komplettes Fertigschalenprojekt im Uni-HP-System entwickelt. Dachkonstruktion aus gekoppelten HP-Schalen mit 27 000 mm Spannweite

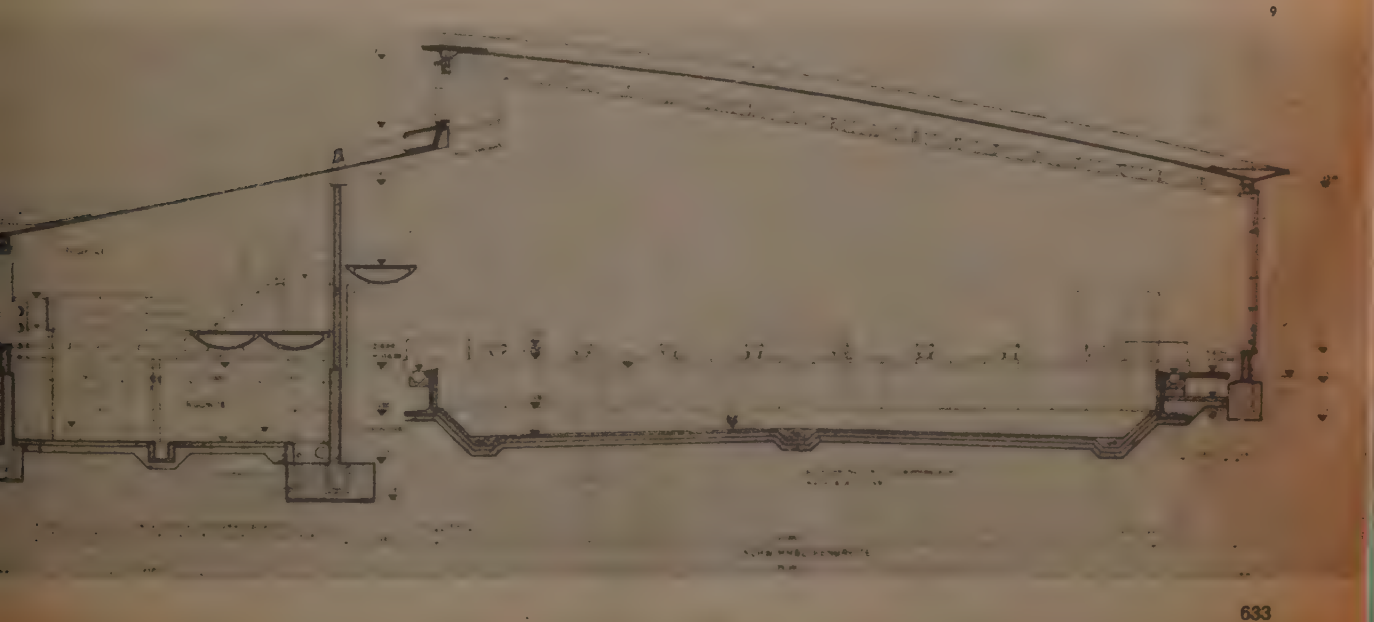
9
Schwimmhalle Halle-Neustadt. Schnitt 1 : 200

7

8



9



Territoriale Datenbank

Konzeption zum Aufbau einer Datenbank als ein komplexes System zur Erfassung, Speicherung, Aktualisierung und Bereitstellung von territorial bezogenen Daten und Informationen

Dipl.-Ing. Peter Gromes

Vor dem Büro für Städtebau und Architektur des Bezirkes Halle steht die Aufgabe, die Qualität seiner Leistungen bei der Generalbebauungsplanung, der Stadtplanung im Städtebau und in der Verkehrsplanung schnell zu steigern. Damit ergibt sich – ähnlich wie in der bautechnischen Projektierung – die Notwendigkeit einer umfassenden Rationalisierung und Automatisierung der Arbeitsprozesse der Analyse-, Prognose- und Planungstätigkeit.

Die Forderung nach einem wissenschaftlichen Niveau und einem schnellen Wachstum der Arbeitsleistung vom Umfang her ergibt sich unter anderem aus

- den Rückwirkungen der wissenschaftlich-technischen Revolution und der umfassenden Gestaltung des gesellschaftlichen Systems des Sozialismus auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen,
- der zunehmenden Komplexität der zu untersuchenden, zu prognostizierenden und zu planenden Systeme,
- der Zunahme des Grades der Verflechtung der Systeme und Teilsysteme untereinander,
- der schnellen Entwicklung und Veränderung der Teilsysteme der Industrie und Landwirtschaft.

Für die Bewältigung der gestellten Aufgaben ergeben sich zwei Hauptprobleme:

- Der gestiegene und in Zukunft schnell weiter wachsende Arbeitsumfang ist mit den traditionellen Arbeitsmethoden nicht zu bewältigen.
- Die Anforderungen hinsichtlich der Berücksichtigung der Verflechtungen, der Untersuchung von Entwicklungsvarianten und so weiter sind mit den zur Zeit noch praktizierten Methoden nicht zu erfüllen.

Durch Rationalisierung der bisherigen Arbeitsprozesse wird eine Nutzbarmachung bestimmter Reserven (zum Beispiel eine Entlastung von Routine- und Hilfsarbeiten) möglich, die genannten Hauptprobleme werden dadurch jedoch nicht gelöst. Erst die weitestgehende Automatisierung der Arbeitsprozesse, das heißt der Planung und Leitung der Systeme, ermöglicht die Erfüllung der gestellten Forderungen.

Vor uns steht damit die Aufgabe, ein System der Automatisierung bestimmter Planungs- und Leitungsprozesse der territorialen und städtebaulichen Entwicklung zu konzipieren und schnell zu realisieren. Für die Konzipierung eines solchen Systems haben zwei Aspekte wesentliche Bedeutung:

1. die Modellbildung für die Systeme und Prozesse sowie die Modellierung der Arbeitsprozesse selbst als kybernetische und mathematische Modelle und
2. der Aufbau eines zugehörigen Informationssystems.

Der Aufbau eines Informationssystems, das den hohen Anforderungen, die hinsichtlich der Quantität, der Qualität und der differenzierten Auswertbarkeit der Informationen gestellt werden, genügt, ist dabei eine wesentliche Voraussetzung zur Wirksamkeit des Systems. Es ist also erforderlich, ein organisatorisches und gerätetechnisches Konzept zu entwickeln, das den Prozeß der Datenerfassung, die Speicherung und Wiederauffindung von Daten und Informationen sowie ihre Bereitstellung realisiert. Dieses System soll als „Datenbank" bezeichnet werden.

An das „System Datenbank" sind eine Reihe von grundlegenden Forderungen zu stellen:

- Sicherung einer Primärdatenerfassung mit geringstem Aufwand und
- Sicherung der Auswertbarkeit der Daten für

a) die territoriale Prognose und Planung und

b) die Prognose und Planung der Zweige und Bereiche

- Ermöglichung der Speicherung und Zwischenspeicherung von Sekundärdaten, Prognose- und Planungskennziffern
- Einfache und kurzfristige Bereitstellung von Informationen und Daten nach den Bedürfnissen aufbereitet sowie
- die Sicherung einer ständigen Aktualität der Primär-, Sekundär-, Prognose- und Planungsdaten und Informationen.
- Das System muß dem Zeitpunkt seiner Installation an nicht übersehbare Entwicklungen hinsichtlich der gerätetechnischen Basis und der Anforderungen, die von den Programmen, Modellen und Systemen seitens der Nutzer gestellt werden, angepaßt werden können.

Der Aufbau einer solchen Datenbank und ihre Betreibung ist nur als gemeinschaftliches Informationssystem vieler Organe und Institutionen, speziell der Organe, bei denen Primärdaten in irgendeiner Form anfallen, möglich. Das bedeutet, daß neben den technischen und technologischen Problemen die Fragen der Organisation und der Sicherung eines hohen Integrationsgrades des Systems vorrangig zu klären sind. Vorrangig sind weiter die Probleme der Bezugseinheiten der zu speichernden Daten und Informationen und deren Adressenbildung zu lösen, da hierdurch der Aufbau des Systems maßgeblich bestimmt wird und Veränderungen dieser Parameter nur mit einem sehr hohen Aufwand vorgenommen werden können.

Bisher wurde gefordert, solche Systeme von

Anfang an mit den Leitungsprozessen zu integrieren.

Die Forderungen, die ein integriertes Leitungs- und Informationssystem an die Organisation und die Technik des Systems stellen, erscheinen jedoch zur Zeit lediglich für bestimmte Teilsysteme (wie Industriebetriebe) realisierbar. Das rührt daher, daß bereits bei der Konzipierung und beim Aufbau des Systems das Leitungssystem in seiner Gesamtheit bekannt sein muß. Da dies jedoch für komplexe Systeme gegenwärtig noch nicht der Fall ist, beziehen sich die bekannten Vorstellungen nur auf industrielle Teilsysteme.

Uns erscheint – bei Beachtung der genannten Bedingungen – ein Weg gangbar, wie er im Büro für Städtebau und Architektur des Bezirkes Halle konzipiert ist.

Konzept einer territorialen Datenbank

Als Grundlage eines Informationssystems wird der Aufbau einer territorialen Datenbank vorgeschlagen. Die Datenbank wird als ein komplexes System der Erfassung, Speicherung, Aktualisierung und Bereitstellung von territorial bezogenen Daten und Informationen für die Nutzer konzipiert. Die Datenbank besteht aus den Grobbausteinen

- Datenerfassung
- Datenspeicherung und
- Datenbereitstellung,

die im wesentlichen technische, technologische und organisatorische Aspekte haben. Dieses System ist nach der Konzeption nicht an bestehende Klassifikationen, Ordnungsprinzipien, Leitungssysteme und Strukturen gebunden, da eine zweckmäßige Wahl der Bezugseinheiten der Daten und deren Adressenbildung die geforderte Flexibilität sichert.

Datenerfassung

Die Datenerfassung ist Bestandteil der Planungs- und Leitungstätigkeit des Reproduktionsprozesses, erfolgt also beim Vorgang der Datenentstehung. Die Integration der Daten beziehungsweise der Datenkomplexe in die Datenbank wird durch organisatorische Maßnahmen und die gewählte Adressenbildung der städtebaulichen Bezugseinheiten gesichert.

Datenspeicherung

Die Speicherung der Daten ist nach Komplexen vorgesehen. Diese Komplexe werden durch die Nutzung bestimmt. Speichermedien werden Magnetband- beziehungsweise leistungsfähigere Speicher sein. Die Übernahme der Daten in den Datenspeicher wird in zunehmendem Umfang unmittelbar über Datenfernübertragung erfolgen.

Der Aufbau der Datenbank wird sich schrittweise vollziehen. Ein zentraler Speicher wird von Anfang an nicht oder nur in geringem Umfang bestehen. Entsprechend der Konzeption des Systems der Datenbank wird zunächst ein Teil der Daten – im Anfangsstadium der überwiegende Teil – im dezentralen Teil des Datenspeichers, also zum Beispiel bei den Datenerfassungsstellen, gespeichert werden.

Die Integration in die Datenbank wird über ein einheitliches Schlüsselsystem beziehungsweise Standardprogramme zur Umverschlüsselung, feststehenden Datenträgeraufbau und entsprechende Vereinbarungen und Verträge gesichert. Damit sind diese Daten im Rahmen der Datenbank zugänglich.

Datenbereitstellung

Die Datenbereitstellung erfolgt für die integrierten Nutzer der Datenbank – in Komplexen entsprechend dem Bedarf und den Anforderungen – maximal aufbereitet und verdichtet. Eine besondere Bedeutung erlangt im Rahmen der Datenbereitstellung die Zurverfügungstellung der Daten in Form von Grafiken, Kurven, Tabellen, Plänen und Karten. Erst wenn diese Forderung realisiert ist, kann von einer Automatisierung bestimmter Prozesse gesprochen werden. Zur Integration der Datenbank mit zweckmäßigen Kartierungs- und Zeichengeräten, die die unmittelbare Umsetzung gespeicherter Daten in Karten und Pläne ermöglicht, wird ein „Teilsystem der automatischen Anfertigung von Planungsunterlagen" konzipiert.

Dieses Konzept erfordert eine zweckmäßige, den Anforderungen sowohl der Datenbereitstellung als auch der peripheren Geräte genügende Zuordnung der Daten und Datenkomplexe zu territorialen Einheiten und deren Adressenbildung.

Bezugseinheiten und Adressenbildung

Eine Analyse der derzeit genutzten Bezugseinheiten und Adressensysteme zeigt, daß die unterschiedlichsten, nicht miteinander korrespondierenden Systeme Verwendung finden:

- territoriale Schlüssel (nach dem Beispiel von Altenburg)
- Flurstücke
- Flurstückblöcke
- Zählbezirke
- politische Einheiten (zum Beispiel Wohnbezirke der Nationalen Front)
- Raster- und Koordinatensysteme.

Diese Systeme sind für unsere Zwecke oft wenig geeignet, da die territorialen Aspekte keine oder nur eine unzureichende Berücksichtigung finden oder die Voraussetzungen für den Übergang zur Automatisierung der Arbeitsprozesse nicht gegeben sind. Einige Systeme werden seit längerer Zeit in Dessau erprobt, so daß hinsichtlich ihrer Anwendbarkeit für städtebauliche Arbeiten Erfahrungen vorliegen.

Gemeinsam mit dem Institut für Städtebau und Architektur der Deutschen Bauakademie werden zur Zeit Möglichkeiten der Adressenbildung über Koordinatensysteme untersucht. Die Zuordnung der Primärdaten erfolgt grundsätzlich zu den Flurstükken. Dadurch ist neben der unmittelbaren Übernahme der diesen Einheiten seitens des Liegenschaftswesens zugeordneten Daten eine Gliederung in Flurstückteile, Gebäude und so weiter und eine Zusammenfassung zu übergeordneten Gruppierungen, wie Flurstückblöcke, Stadtgebiet, Verkehrsbezirk, Wohngebiet der Nationalen Front und so weiter, möglich.

Erarbeitung einer Studie

Im Rahmen einer Studie werden zur Zeit folgende wesentliche Aspekte der Konzeption „territoriale Datenbank" und „Teilsystem der automatischen Anfertigung von Planungsunterlagen" untersucht:

- Gesamtkonzeption und Organisation (organisatorisches Konzept)
- Technologie der Datenerfassung, Datenspeicherung und Datenbereitstellung
- technische Voraussetzungen (gerätetechnisches Konzept)
- territoriale Bezugseinheiten und deren Adressierung
- Probleme der Einsatzvorbereitung
- Informationsbedarf und Datenkomplexe
- erforderliches Kartenmaterial zur Verschlüsselung
- Probleme der Vertraulichkeit und
- Teilsystem der automatischen Kartierung und Anfertigung von Plänen.

Nach Vorliegen der zur Zeit in Arbeit befindlichen Studie wird die Möglichkeit gegeben sein, über die Konzeption und die einzuschlagenden Wege zur Durchsetzung ausführlicher zu berichten.

Literatur

Schlesier, K.-H., Zur Anwendung kybernetischer und mathematischer Methoden in Städtebau und Stadtplanung (Dissertationsschrift 1965)

Schlesier, K.-H., Diskussionsbeitrag auf der Tagung der Sektion Hochbau unter Beteiligung der Sektion Städtebau und Architektur am 14. Oktober 1966 (unveröffentlichtes Manuskript)

Staak, G., Koordinatennetz als Bezugssystem für regionale Daten, in: Bauwelt (1966) 13, S. 726 bis 729, 746

Lorenz, Klassifikation der Wohngebiete für die Umgestaltung, Schriftenreihe Städtebau und Architektur der DBA, Heft 14

Lorenz, Organisationsanleitung für die Erarbeitung und Einführung des territorialen Grundschlüssels in einer Stadt oder Gemeinde nach Erfahrungen der Stadt Altenburg, Institut für Verwaltungsorganisation und Bürotechnik, Leipzig

Spiegel, Verfahren zur territorialen Datenverarbeitung (unveröffentlichtes Manuskript)



Informationen

Bund Deutscher Architekten

Wir gratulieren

Architekt BDA Rudolf Flügel, Finsterwalde,
4. Oktober 1914, zum 55. Geburtstag
Architekt BDA Horst Kretschmer, Neschwitz,
5. Oktober 1904, zum 65. Geburtstag
Architekt BDA Baumeister Otto Meinel, Lobenstein,
5. Oktober 1899, zum 70. Geburtstag
Architekt BDA Gartenbauingenieur
Kurt Schuchardt, Quedlinburg,
5. Oktober 1904, zum 65. Geburtstag
Architekt BDA Alfred Butze, Dresden,
12. Oktober 1899, zum 70. Geburtstag
Architekt BDA Dipl.-Arch. Johannes Pampel,
Schwerin,
12. Oktober 1899, zum 70. Geburtstag
Architekt BDA Franz-Josef Demkopf, Spremberg,
13. Oktober 1899, zum 70. Geburtstag
Architekt BDA Kurt Holinski, Dessau,
14. Oktober 1904, zum 65. Geburtstag
Architekt BDA Lothar Mothes, Leipzig,
15. Oktober 1919, zum 50. Geburtstag
Architekt BDA Dipl.-Arch. Hans Berger, Halle,
18. Oktober 1919, zum 50. Geburtstag
Architekt BDA Heinz Volkmer, Dresden,
18. Oktober 1919, zum 50. Geburtstag
Architekt BDA Kurt Ehlert, Neubrandenburg,
19. Oktober 1919, zum 50. Geburtstag
Architekt BDA Otto Geese, Schwerin,
19. Oktober 1914, zum 55. Geburtstag
Architekt BDA Heimo Lang, Meißen,
19. Oktober 1914, zum 55. Geburtstag
Architekt BDA Curt Müller-Harzer, Dresden,
20. Oktober 1889, zum 80. Geburtstag
Architekt BDA Arnold Peetz, Gera,
25. Oktober 1919, zum 50. Geburtstag
Architekt BDA Reinhold Kroß, Stralsund,
27. Oktober 1909, zum 60. Geburtstag
Architekt BDA Otto Lopp, Berlin,
30. Oktober 1914, zum 55. Geburtstag
Architekt BDA Walter Nagel, Neustrelitz,
30. Oktober 1909, zum 60. Geburtstag
Architekt BDA Dipl.-Gartenarch. Heinz Hirsch,
Dresden,
31. Oktober 1919, zum 50. Geburtstag

Hochschulnachrichten

Institut für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED Berlin

Am 16. und 17. Juli 1969 veranstaltete der Lehrstuhl „Kultur- und Kunstwissenschaften" ein öffentliches Kolloquium zum Thema

„Grundprobleme der sozialistisch-realistischen Kunst in der Synthese von Kunst und Architektur im entwickelten gesellschaftlichen System des Sozialismus in der DDR."

Das Kolloquium wurde mit einem Referat von Dr. Ulrich Kuhirt, dem Leiter der Forschungsgruppe, eingeleitet. Grundlage der Diskussion waren die Forschungsergebnisse von fünf Dissertationen, die im Rahmen dieses Kolloquiums verteidigt wurden:

- Probleme sozialistischer baukünstlerischer Gestaltung als grundlegende Voraussetzung der Synthese zwischen Architektur und Kunst – Annelies Weidner
- Sozialistischer Realismus und Monumentalität – Hermann Peters
- Grundprobleme der Synthese zwischen realistischer Plastik und architektonischem Ensemble – Helmut Netzker
- Probleme sozialistisch-realistischer Verallgemeinerung im Wandbild – Heinz Werner Schmidt
- Sozialistischer Realismus und Dekorativität – Fritz Donner

Standardisierung

Der DDR-Standard TGL 21916 Armaturen für Gasfortleitungs- und -verteilungsanlagen; **Absperrschieber ND 64** wurde mit Blatt 1 mit Einschweißenden und direkt aufgebautem elektromotorischen Antrieb, Blatt 2 mit Einschweißenden und Handbetätigung sowie Blatt 3 mit Flanschanschluß und Handbetätigung in der Ausgabe August 1968 ab 1. April 1969 verbindlich.

Mit dem gleichlautenden Obertitel Gasfortleitungs- und -verteilungsanlagen wurden auch die Fachbereichstandards TGL 190–407 **Sicherheits-Schnellschlußventile für Gasdruck-Regleranlagen,** Prüfeinrichtung Funktionsprüfung und TGL 190–422 **Gasmengenmessung** mit Blatt 1 ohne Blatt 2 mit Fernübertragung in der Ausgabe August 1968 veröffentlicht. Die Verbindlichkeit beginnt für die TGL 190–407 am 1. Januar 1969, für die TGL 190–422 ein Jahr später, für Projektierung jedoch zum selben Zeitpunkt. Einzelheiten sind den Standards zu entnehmen.

In der Ausgabe Juni 1968 wurde der Fachbereichstandard TGL 23314 **Korrosionsschutz** Chemieausrüstungen aus rost- und säurebeständigen Stählen; **Oberflächenbehandlung,** Verfahren Prüfung am 1. Juli 1969 verbindlich, für Vertragsabschlüsse bereits sechs Monate früher. Der Standard erklärt den Zweck und enthält Einzelheiten zur mechanischen und chemischen Oberflächenbehandlung, zu Technologien und zur Prüfung der Oberflächenbehandlung.

Am 1. Januar 1969 wurden die Fachbereichstandards TGL 22–200 **Aufbereitungsanlagen für bituminöse Gemische,** Technische Lieferbedingungen in der Ausgabe Juni 1968 und die TGL 22–307 Blatt 1 **Zementwerksausrüstungen; Pneumatische Senkrechtförderer** Hauptkennwerte in der Ausgabe Mai 1968 verbindlich. Die TGL 22–200 enthält Einzelheiten zur Bedienung und Wartung, zum Begriff, zu den Bestellangaben, Betriebsbedingungen, zur Kennzeichnung, zum Lieferumfang, zur Montage, zu den Nenngrößen, zur Prüfung, technische Forderungen sowie zur Verpackung und zum Transport.

In der Ausgabe September 1968 wurde der Fachbereichstandard TGL 80–21179 Blatt 2 **Gärtnerische Produktionsstätten aus Plasten, Plastfolienzelt** am 1. Januar 1969 verbindlich. Es erklärt den Begriff und enthält Einzelheiten zur Aufstellung, zur Bezeichnung und zur Konstruktion.

Im Verkehrsbau ist der Fachbereichstandard TGL 173–71 **Spundwandanker** in der Ausgabe September 1968 ab 1. Juli 1969 mit Blatt 1 Bauelemente, 2 Ankerschaft, 3 Gewindeende, 4 Kippgelenk, 5 Unterlagsplatte für Kippgelenk, 6 Kalotte, 7 Unterlagsplatte für Kalotte, 8 Laschengelenk für Augblatt geschmiedet, 9 Augblatt geschmiedet, 10 Laschengelenk, Aufsteckaugblatt, 11 Aufsteckaugblatt und 12 Unterlagsplatte für Stahlbetonankerplatten verbindlich geworden.

Der Standard gilt für die Verankerung von Spundwänden aus Stahl. Blatt 1 enthält allgemeine Forderungen, ein Anwendungsbeispiel, Festlegungen zur Ankerprüfung, Berechnungsgrundlagen, Einzelheiten des Korrosionsschutzes und die Beschreibung der einzelnen Bauelemente, die in den nachfolgenden Standardblättern aufgeführt wurden. Als Entwurf Januar 1969 erscheint der DDR-Standard TGL 10572 Blatt 1 **Kanäle für Versorgungsleitungen,** Hauptkennwerte für Kanalstrecken mit rechteckigen Querschnitten. Außer einer Begriffserklärung sind Festlegungen zur Bezeichnung und Hauptkennwerte enthalten.

Mit einem Umfang von 27 Seiten wird der DDR-Standard TGL 10573 Blatt 1 **Zemente,** physikalische Prüfung im Entwurf Dezember 1968 vorgelegt. Die Einzelheiten werden nach allgemeinen Forderungen, Probenahme und Probenvorbereitung, Prüfgeräten, Prüfstand und Prüfverfahren unterteilt. 27 Bilder sollen die Verständlichkeit erleichtern.

As Entwurf Januar 1969 bzw. Dezember 1968 wurde der DDR-Standard TGL 10733 **Bauten des Gesundheitswesens** Blatt 1 **Bettenhäuser und** Blatt 2 **Bauten der ambulanten medizinischen Betreuung,** Funktionelle, bautechnische und brandschutztechnische Forderungen vorgelegt. Außer Begriffen werden auch städtebauliche Forderungen geregelt. —er.

Rechtsnormen

Am 12. Juni 1969 trat das **Berggesetz** der Deutschen Demokratischen Republik vom 12. Mai 1969 (GBl. I Nr. 5 S. 29) in Kraft. § 12 regelt die Nutzung von Gebäuden und Anlagen für bergbauliche Zwecke durch Vertrag. Die Regulierung der Bergschäden nach §§ 18 ff. bezieht sich auch auf Bauwerke. Schließlich sei noch erwähnt, daß vorsätzlich unberechtigte Baumaßnahmen in einem Bergbauschutzgebiet mit Verweis oder Ordnungsstrafe bis 300 M belegt werden können.

Die Erste Durchführungsverordnung hierzu vom 12. Mai 1969 (GBl. II Nr. 40 S. 257; Ber. Nr. 50 S. 336) enthält in den §§ 12 bis 21 Einzelheiten zur Nutzungsänderung gemäß § 12 des Gesetzes.

Die Stellung des volkseigenen Kombinates und die Stellung der Betriebe im volkseigenen Kombinat wird im Beschluß über die **Verwirklichung des ökonomischen Systems des Sozialismus bei der Bildung von volkseigenen Kombinaten in Industrie und Bauwesen und die Gestaltung der Beziehungen zwischen den volkseigenen Kombinaten und ihren Betrieben für 1969/1970** vom 21. Mai 1969 (GBl. II Nr. 46 S. 293) geregelt.

Nach § 6 Abs. 4 der Verordnung über das **Statut des Rates für landwirtschaftliche Produktion und Nahrungsgüterwirtschaft** der Deutschen Demokratischen Republik vom 19. März 1969 (GBl. II Nr. 38 S. 245), die am 1. Juni 1969 in Kraft trat, leitet der Rat den Landwirtschaftsbau. Er sichert, daß die Baukapazitäten der Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft im engen Zusammenwirken mit der Ausrüstungsindustrie Produktionsstätten errichten, die dem wissenschaftlich-technischen Höchststand entsprechen.

Am 4. Dezember 1968 trat die Anordnung über die **Vorbereitung der Umbewertung der Grundmittel im Bereich des genossenschaftlichen Handwerks und anderer Genossenschaften** vom 26. November 1968 (GBl. II Nr. 123 S. 983) in Kraft, nach der auch Gebäude und bauliche Anlagen bewertet werden müssen. Hierzu können Baufachleute von den Bauämtern der örtlichen Räte benannt werden, die die Neubewertung außerhalb der betrieblichen Arbeitszeit gegen Vergütung von 6 M je geleisteter Stunde einheitlich vornehmen.

Vom 6. Dezember 1968 bis 31. Dezember 1969 ist die Anordnung über die **Abrechnung und Abgrenzung der finanziellen Fonds zum Jahresabschluß 1968** vom 2. Dezember 1968 (GBl. II Nr. 124 S. 985) gültig, die auch für die volkseigenen Betriebe, Kombinate und Vereinigungen Volkseigener Betriebe sowie Institute im Bereich des Ministeriums für Bauwesen wirksam ist.

Am 1. Januar 1969 trat die Anordnung über die **auftragsgebundene Finanzierung wissenschaftlich-technischer Aufgaben und die Bildung und Verwendung des Fonds Wissenschaft und Technik im Bauwesen** vom 20. Dezember 1968 (GBl. II 1969 Nr. 4 S. 43) in Kraft.

Am 7. November 1968 trat die Verfügung Nr. 25 über die **Aufhebung gesetzlicher Bestimmungen** im Bauwesen vom 28. August 1968 (Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Bauwesen Nr. 10/11 S. 70) in Kraft, mit der 60 Normen ihre Rechtskraft verloren haben.

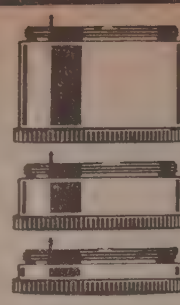
Durch die gleichnamige Verfügung Nr. 26 vom 8. November 1968 (Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Bauwesen Nr. 12 S. 77), die am 9. Dezember 1968 in Kraft trat, wurden weitere 18 Normen aufgehoben, darunter die Anordnung über die Abrechnung bautechnischer Entwicklungsleistungen privater Architekten und Bauingenieure.

Am 20. Februar 1969 trat die Verfügung Nr. 27 hierzu (Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Bauwesen Nr. 2 S. 11) vom 13. Januar 1969 in Kraft, durch die elf Normen, darunter die Weisung über die Bildung und Verwendung des Fonds Technik in den zentralgeleiteten volkseigenen bautechnischen Projektierungsbetrieben vom 13. Mai 1966, aufgehoben wurden.

In den Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Bauwesen 1969 Nr. 1 S. 5, Ber. Nr. 4 S. 48 erfolgte eine Zusammenstellung der verbindlichen **Zulassungen der Fachabteilung Bauwesen des DAMW** nach dem Stand vom 1. September 1968.

Am 1. Oktober 1968 wurde das **volkseigene Wohnungs- und Gesellschaftsbaukombinat Leipzig** (Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Bauwesen Nr. 10/11 S. 72) gebildet. —er

Zwischenringe für Nahaufnahmen kleiner Objekte
Unentbehrlich für jeden Besitzer einer Spiegelreflex, lieferbar in verschiedenen Ausführungen für PRAKTICA, PRAKTISIX, EXAKTA und EXA

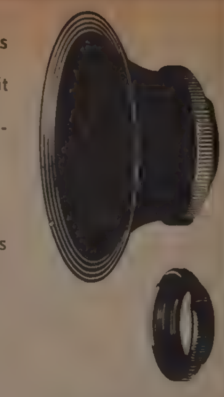


Aufsteckschuh
Damit können Sie Zubehör, z. B. ein Blitzgerät, direkt an Ihrer Spiegelreflex befestigen

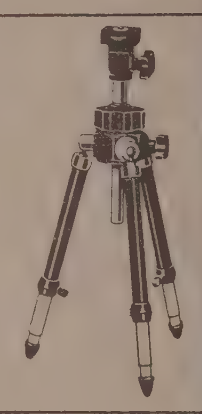


Augenmuschel
Sie hält störendes Nebenlicht vom Sucher fern, damit Sie noch sicherer und schneller einstellen können

Korrekturglasfassung
Für Fehlsichtige bestimmt, um das Augenkorrekturglas am Sucherokular der PRAKTICA oder PRAKTISIX anzubringen

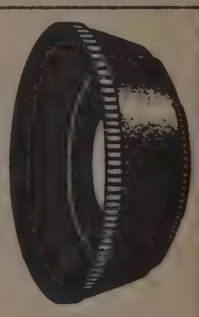


Universalstativ
Vereinfacht und präzisiert Ihre Aufnahmetechnik, denn es gibt Ihrer Spiegelreflex in jeder erforderlichen Lage sicheren Stand

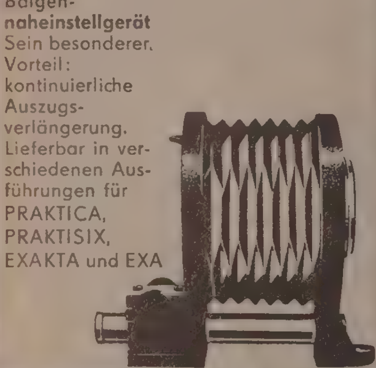




Sonnenblende
Nur das Arbeiten mit Sonnenblende garantiert Ihnen optimale Aufnahmen, besonders beim Gebrauch von Farbfilmen



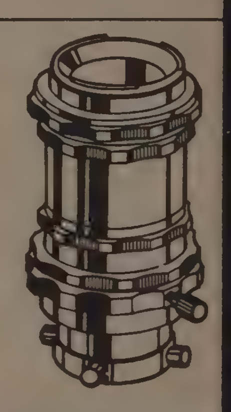
Balgennaheinstellgerät
Sein besonderer Vorteil: kontinuierliche Auszugsverlängerung. Lieferbar in verschiedenen Ausführungen für PRAKTICA, PRAKTISIX, EXAKTA und EXA



Einstellschlitten
Für die rationelle Verwendung des Balgennaheinstellgerätes: Scharfeinstellen ohne Veränderung der Bildweite und des Abbildungsmaßstabs



Mikrozwischenstück
Entdecken Sie die Wunder der Mikrofotografie! Dieses einfache Zwischenstück verbindet Ihre PRAKTICA, EXAKTA oder EXA mit dem Mikroskop



Was schätzen Sie an Ihrer Spiegelreflex am meisten?

Doch bestimmt die Vielseitigkeit und Ausbaufähigkeit. Im gleichen Maße wie Ihre Leistungen und Ansprüche steigen, können Sie sich bei einer Spiegelreflex die Fotoausrüstung ergänzen. Von diesem Vorteil sollten Sie auch wirklich Gebrauch machen und alle Möglichkeiten für Ihre private und berufliche Fotografie voll ausnützen! Wir bringen Ihnen deshalb einige wichtige Ergänzungen und Zubehörartikel in Erinnerung. Sie werden Ihnen helfen, mit Ihrer Spiegelreflex auf neuen Gebieten zu arbeiten und mit ihr noch bessere Resultate als bisher zu erzielen.

Zubehör für PRAKTICA und PRAKTISIX: Zwischenringe · Balgennaheinstellgerät Einstellschlitten · Reprogestell · Universalstativ · Augenmuschel · Korrekturglasfassung Sonnenblenden · Aufsteckschuh · Mikrozwischenstück
Speziell für PRAKTISIX Umkehrprisma · Lupeneinsatz · Bildfeldlinsen
Zubehör für EXAKTA und EXA: Bajonettringe, Tuben und Auslöserbrücke · Balgennaheinstellgeräte · Diakopiervorsatz · Reprogestell · Universalstativ · Mikrozwischenstück Objektiv-Lupen-Einsatz mit Aufsatzlupe · Augenmuschel · Sonnenblenden · Aufsteckschuh · Objektiv-Umkehrring · Bildfeldlinsen (Spezialeinstellupen) · Lichtmeßeinrichtung Ringblitzleuchten RB 1 und RB 2





Nähere Informationen im Fachhandel oder vom ZENTRALVERTRIEB Foto-Kino im Kombinat
VEB PENTACON DRESDEN

Kurzfassung

KB 313.3 DK 711.3

Schlesier, K.

Mit klarer Konzeption an die neuen Aufgaben

deutsche architektur, Berlin 18 (1969) 10, S. 590 bis 593

In dem Beitrag werden aktuelle Fragen des Städtebaus und der Architektur im Bezirk Halle behandelt und auf die besondere Bedeutung der Generalbebauungsplanung hingewiesen. Im Generalbebauungsplan werden die Veränderungen der sozialistischen Umwelt vorweggenommen, die Siedlungsstruktur wird planvoll gesteuert. Auf der Grundlage der Siedlungsstruktur werden die Entwicklungsprogramme für die einzelnen Städte in sozialistischer Gemeinschaftsarbeit erarbeitet. Die Bildung einer städtebaulichen Planungsgemeinschaft zwischen Halle und Halle-Neustadt ist zu begrüßen. Zwei Kreisstädte, Merseburg und Dessau, werden vorrangig rekonstruiert. Neben diesen vier Schwerpunktvorhaben werden für alle Städte städtebauliche Systemlösungen erarbeitet. Abschließend werden die Verantwortung des Finalproduzenten erörtert und die Integration von Städtebau, Architektur und bildender Kunst untersucht.

KB 323.23 DK 711.582:725.21

Zaglmaier, H.

Gesellschaftliche Zentren der Wohnkomplexe in Halle-Neustadt

deutsche architektur, Berlin 18 (1969) 10, S. 598 bis 601, 6 Abb., 2 Grundrisse

Die Konzeption für den Aufbau der Stadt sieht den aufeinanderfolgenden Bau funktionierender Wohnkomplexe (zwischen 12 000 und 20 000 Einwohner) vor. Bei der Gestaltung der Komplexzentren wird angestrebt, durch die Konzentration aller Einrichtungen des Handels, der Gastronomie, der Bildung, der Dienstleistung und des Gesundheitswesens die besten Voraussetzungen für eine optimale Gebrauchsfähigkeit zu schaffen. Der Weg-Zeit-Aufwand beim Einkaufen kann gering gehalten werden. Die Wohnkomplexzentren erweisen sich mehr und mehr als Zentren des geistig-kulturellen Lebens, deshalb werden zusammen mit den städtebaulichen Entwürfen auch die bildkünstlerischen Konzeptionen Bestandteil ihrer Planung. Bei der Befriedigung der vielfältig gewachsenen Bedürfnisse der Menschen müssen die Komplexzentren im Zusammenhang mit dem gesamtstädtischen Zentrum gesehen werden. Das Zentrum des Wohnkomplexes II wird näher vorgestellt.

KB 323.1 DK 725.13:725.82
621

Bach, J.

Das Kulturzentrum Halle-Neustadt

deutsche architektur, Berlin 18 (1969) 10, S. 602 bis 607, 6 Abb., 4 Grundrisse, 2 Schnitte

Im Mittelpunkt des Beitrages steht außer der Entwurfslösung die Methode der Programm- und Gestaltbildung für das gesellschaftlich bedeutendste Bauwerk in Halle-Neustadt. Die Formulierung des Programmes bereitete Schwierigkeiten, da zukünftige kulturelle Bedürfnisse seine Grundlage bilden sollten und die geplanten kulturellen Einrichtungen der Bezirksstadt Halle beachtet werden mußten. Der Wandel des Programmes wird näher erläutert, wobei der Verfasser eine Spezialisierung (eine qualitative Funktionsteilung, sofern sie der Einzugsbereich zuläßt), besonders bei Saalbauten, befürwortet. Das Programm und der Gestaltungsvorschlag wurden von einer Arbeitsgruppe ausgearbeitet. Besonderer Wert wurde auf die aktive, schöpferische Selbstbetätigung der Bevölkerung und die künstlerische Produktion im Rahmen der kulturellen Selbstdarstellung der städtischen Gemeinschaft gelegt. Herausgestellt wird die Zusammenarbeit mit bildenden Künstlern.

KB 622.2 DK 727.1:725.57

Fliegel, S.

Experimentalschulanlage mit Mehrfunktionseinrichtung

deutsche architektur, Berlin 18 (1969) 10, S. 614 bis 618, 4 Abb., 5 Grundrisse, 1 Schnitt, 7 Tab.

Überschaubare Schwankungen der Bevölkerungsstruktur wirken sich auf die Folgeeinrichtungen der Wohngebiete aus. Im IV. Wohnkomplex in Halle-Neustadt ist eine Experimentalschulanlage vorgesehen, die eine neue Lösung darstellt. Dabei sind besonders Mehrfunktionseinrichtungen entwickelt worden, die in Elementesortiment und Konstruktion der Bauweise der Schule sowie den hygienischen und technischen Anforderungen an Kindergärten entsprechen und somit eine funktionelle und technologische Flexibilität zulassen. Die Mehrfunktionseinrichtungen werden erst als Kindergärten, ab 1980 mit als Unterstufenbereich, ab 1985 voll schulisch, ab 1990 als Fachkabinette und ab 2000 für die Erwachsenenqualifizierung genutzt.

KB 322.1 DK 711.4

Berndt, G.

Einige Aspekte des Generalbebauungsplanes der Stadt Merseburg

deutsche architektur, Berlin 18 (1969) 10, S. 619 bis 623, 5 Abb., 2 Lagepläne, 2 Perspektiven

Die Kreisstadt Merseburg liegt im Zentrum des territorialen Produktionskomplexes der Chemie, des Braunkohlenbergbaus, der Energiewirtschaft und der metallverarbeitenden Industrie. Für die Umgestaltung der Stadt ergeben sich folgende Hauptaufgaben: Beseitigung der Disproportionen zwischen den neuen Wohnkomplexen am Stadtrand und dem Altstadtzentrum; Konzentration des Wohnungsbaues auf die Innenstadt; Gestaltung eines neuen Stadtbildes unter Einbeziehung der historisch wertvollen Substanz. Die Methoden der Planung (Bevölkerungsprognose, Netzwerk, Ermittlung von Schwellenwerten für die stadttechnische Versorgung) werden erläutert. Besonders werden in nächster Zeit die sozialistische Umgestaltung und Rekonstruktion des Stadtzentrums vorangetrieben.

Содержание

УДК 711.3

Schlesier, K.

590 **С ясной программой к новым рубежам**

дойче архитектур, Берлин 18 (1969 г.) 10, стр. 590 до 593

Обсуждены актуальные вопросы градостроительства и архитектуры в районе Галле. Подчеркивается особое значение планировки генеральной застройки. В генеральном плане застройки предусматриваются изменения окружающего мира, планомерно управляется структура заселения. Программы развития отдельных городов вырабатываются в рамках социалистического сотрудничества на основе структуры заселения. В этой связи следует приветствовать оформление градостроительного общения между городами Галле и Галле-Нойштадт. Предусмотрено преимущественно реконструировать окружные города Мерзебург и Дессау. Кроме этих четырех центральных объектов намечается разработать системные решения градостроительства для всех городов. В заключение обсуждают ответственность конечного выполнителя и исследуют интеграцию градостроительства, архитектуры и изобразительного искусства.

УДК 711.582:725.21

Zaglmaier, H.

598 **Общественные центры жилых комплексов в Галле-Нойштадт**

дойче архитектур, Берлин 18 (1969 г.) 10, стр. 598 до 601, 6 илл., 2 горизонтальных проекции

Концепция строительства города предусматривает последовательное строительство способных к функции жилых комплексов населенностью 12 000 до 20 000 жителей. При оформлении комплексных центров стремятся к тому, чтобы создать наилучшие предпосылки для оптимальной пригодности к употреблению путем концентрации всех устройств торговли, гастрономии, образования, общественного обслуживания и здравоохранения. Можно сократить до минимума затраты на время и пути при покупках. Центры жилых комплексов все больше становятся центрами общественной жизни, поэтому кроме градостроительных элементов включают и образительные концепции в планировку. При удовлетворении все возрастующих потребностей человека следует рассматривать комплексные центры в тесной связи с общегородским центром. Детально представляется центр жилого комплекса № II.

УДК 725.13:725.82

Bach, J.

602 **Галле-Нойштадт – центр культуры**

дойче архитектур, Берлин 18 (1969 г.) 10, стр. 602 до 607, 6 илл., 4 гориз. проекции, 2 чертежа в разрезе

Кроме проектного решения в этой статье обсуждается программный метод оформления важнейшего с общественной точки зрения сооружения в г. Галле-Нойштадт. Формулирование программы создало некоторые затруднения в связи с тем, что будущие культурные потребности населения должны служить основой программы и при этом следовало учесть запланированные культурные устройства города Галле. При объяснении изменений программы автор рекомендует специализацию, в особенности при сооружении павильонов, т.е., качественное распределение функций насколько это возможно при данных условиях. Программа и предложение оформления выработаны рабочей группой. Большое значение придано активной самодеятельности населения и художественному творению в рамках самоизображения городского общества. Особое место занимает сотрудничество с художниками.

УДК 727.1:725.57

Fliegel, S.

614 **Экспериментальное многофункциональное школьное устройство**

дойче архитектур, Берлин 18 (1969 г.) 10, стр. 614 до 618, 4 илл., 5 гориз. проекций, 1 чертеж в разрезе, 7 табл.

Обозреваемые колебания структуры населения влияют на устройства обслуживания в жилых районах. Для жилого комплекса № IV в г. Галле-Нойштадт предусмотрено экспериментальное школьное устройство, представляющее новое решение. Разработали в особенности многофункциональные элементы, соответствующие по сортименту и конструкции так характеру стройки щколы, как и гигиеническим и техническим требованиям к детским садам. Таким образом достигается функциональная и технологическая гибкость. Многофункциональные устройства будут использоваться сначала как детские сады, с 1980 г. с младшими классами, с 1985 г. как полные школы, с 1990 г. в качестве специальных кабинетов и, начиная с 2000 г., для квалификации взрослых.

УДК 711.4

Berndt, G.

619 **Некоторые аспекты генерального плана застройки г. Мерзебург**

дойче архитектур, Берлин 18 (1969 г.) 10, стр. 619 до 623, 5 илл., 2 плана расположения, 2 перспективы

Окружной город Мерзебург расположен в центре территориального комплекса производства химической промышленности, буроугольных карьеров, энергетики и металлоперерабатывающей промышленности. Реконструкция города ставит следующие задачи: Устранение несоразмерностей между новыми жилыми комплексами на окраине города и старым центром; концентрация жилищного строительства на центр города; оформление нового силуэта города с включением исторически ценных фондов. Объяснены методы планировки (прогноз населенности, сетевой метод, выработка предельных значений для технического обслуживания и т.д.). В ближайшее время намечено особенно продвигаться социалистическую реконструкцию центра города.

Summary

DK 711.3

Schlesier, K.

Clear-Cut Concepts for New Targets

deutsche architektur, Berlin 18 (1969) No. 10, pp. 590–593

Topical problems related to city design and architecture in the county of Halle are covered in this article, with emphasis being laid on the particular importance of general plan drafting. A general plan has to predict forthcoming changes of the socialist environment and to control planfully the structure of settlement. Such structure will then be the basis on which the development programmes for each of the cities involved will have to be drafted in socialist teamwork. The establishment of a city design cooperative planning group of Halle and Halle-Neustadt is appreciated. Priority of reconstruction will be given to Merseburg and Dessau, two district capitals. In addition to these four priority projects city design system solutions are prepared for all cities. In conclusion, the responsibilities of the final producers are discussed and the integration of city design, architecture, and fine arts studied.

DK 711.582:725.21

Zaglmaier, H.

Civic Centres of the Housing Estates in Halle-Neustadt

deutsche architektur, Berlin 18 (1969) No. 10, pp. 598–601, 6 figs., 2 floor plans

Successive completion of functioning housing estates, each of them for 12,000 to 20,000 dwellers, is the concept adopted for the construction of the city. In designing the omplex centres efforts are made for an optimum operating efficiency by concentrating all facilities of trade, gastronomy, education, services, and public health. Journey and time requirements for shopping may be kept low. Since the residential centres have proved increasingly to become centres of intellectual and cultural life, the planning schemes include not only the city design drafts but also fine arts concepts. The demands of the public are on a growing trend of a highly involved nature and can be satisfied only if the complex centres are tackled in close correlation with the main centre of the given city. The civic centre of No. II residential area is described in detail.

DK 725.13:725.82

Bach, J.

Main Civic Centre of Halle-Neustadt

deutsche architektur, Berlin 18 (1969) No. 10, pp. 602–607, 6 figs., 4 floor plans, 2 sections

This article deals mainly with the design solution and the programming and design methods used for the most important civic building of Halle-Neustadt. Certain problems were faced in formulating the programme, since it was to be based on future cultural demands, with the cultural facilities planned for Halle, the county capital, to be taken into consideration. The changes undergone by the programme are described in detail. A certain specialisation, mainly for hall buildings (i.e. a qualitative subdivision by functions in accordance with the possibilities provided by the area to be served) is supported by the author. Both the programme and the design proposal were prepared by a team. Emphasis was laid on active and creative leisure activity of the public and on artistic production for cultural presentation of the community. Cooperation of artists played a considerable role.

DK 727.1:725.57

Fliegel, S.

Experimental School with Multi-Purpose Function Facility

deutsche architektur, Berlin 18 (1969) No. 10, pp. 614–618, 4 figs., 5 floor plans, 1 section, 7 tables

The uninvolved changes in the demographic structure have their effects on the amenities of the residential areas. An experimental school which constitutes a new type of a solution is envisaged for the No. IV residential area of Halle-Neustadt. In this context multi-purpose facilities were developed with elements and construction concepts to meet both the requirements of schools and the hygienic and technical demands of kindergartens, so that functional and technological flexibility is provided. These multi-purpose facilities will first be used as kindergartens which will be supplemented with lower-grade classes after 1980, to become full schools in 1985, in-service upgrading centres in 1990, and adult education centres after 2000.

DK 711.4

Berndt, G.

Some Aspects of the General Plan of Merseburg

deutsche architektur, Berlin 18 (1969) No. 10, pp. 619–623, 5 figs., 2 floor plans, 2 perspectives

Merseburg, a district capital, is situated in a production area which includes chemical, power, and metal industries, and soft coal mining. These are the major problems to be solved in urban renewal: elimination of existing discrepancies between the new suburban housing areas and the old centre, concentration of housing construction in the centre, re-design of the overall city image with due consideration of existing historical buildings. The methods of planning, such as demographic prognostication, network approach, determination of threshold values for technical services, are discussed. In the near future greatest emphasis will be laid mainly on rehabilitation and re-design under socialist concepts of the centre.

Résumé

DK 711.3

Schlesier, K.

590 **Une conception claire aide résolver les nouveaux devoirs**

deutsche architektur, Berlin 18 (1969) 10, pages 590 à 593

La contribution traite les problèmes actuels de l'urbanisme et de l'architecture dans la région de Halle et souligne l'importance spécifique des plans généraux de construction. Le plan général tient compte des changements prévus de l'ambiance socialiste et dirige systématiquement la structure des lotissements. Dans le cadre d'une coopération socialiste les programmes du développement des différentes villes sont élaborés sur la base de la structure des lotissements. La formation d'une coopération de planification urbaine entre les villes de Halle et Halle-Neustadt est un véritable succès. Mersebourg et Dessau, deux villes de district, seront reconstruites à préférence. A côté de ces quatre projets importants des solutions systématiques urbaines seront élaborés pour toutes les villes. Enfin, l'auteur discute la responsabilité du producteur final et examine l'intégration d'urbanisme, architecture et art sculpturel.

DK 711.582:725.21

Zaglmaier, H.

598 **Centres sociaux des unités de voisinage à Halle-Neustadt**

deutsche architektur, Berlin 18 (1969) 10, pages 598 à 601, 6 illustrations, 2 tracés

La conception pour la reconstruction de cette ville prévoit la construction des unites de voisinage fonctionnelles (entre 12 000 et 20 000 habitants). On s'efforce à composer les centres des unités de voisinage de façon que la concentration de toutes les facilités du commerce, de la gastronomie, de l'enseignement, de la prestation des services et de la santé publique suscitera les meilleures conditions d'une fonctionalité optimale. La longueur des chemins et le temps nécessaire pour faire les achats seront réduits. En outre, les centres des unités de voisinage se transforment de plus en plus en centres de la vie intellectuelle et culturelle. Ainsi, les conceptions de l'art sculpturel seront intégrées aux projets urbains et à leur planification complète. La satisfaction des besoins multiples accrus des hommes demande une considération des centres complexes en relation au centre de la ville. L'auteur présente le centre de l'unité de voisinage II.

DK 725.13:725:82

Bach, J.

602 **Centre culturel Halle-Neustadt**

deutsche architektur, Berlin 18 (1969) 10, pages 602 à 607, 6 illustrations, 4 tracés, 2 sections

Solution du projet architectural, méthode de la programmation et de la composition du projet public le plus important à Halle-Neustadt. La formulation du programme était difficile parce qu'il devrait baser aux besoins futurs culturels, en tenant compte des établissements culturels planifiés de la ville régionale de Halle. L'auteur explique les altérations du programme, tout en admettant une spécialisation (une division qualitative des fonctions, quand le radius d'attraction justifiera celle-ci) particulièrement des salles. Un groupe de travail établit programme et proposition de la composition, en accentuant la participation active créatrice de la population et la production artistique qui reflète la vie dans la société urbaine. La coopération avec les sculpteurs est essentielle.

DK 727.1:725.57

Fliegel, S.

614 **Prototype d'une école avec des unités multi-fonctionnelles**

deutsche architektur, Berlin 18 (1969) 10, pages 614 à 618, 4 illustrations, 5 tracés, 1 section, 7 tableaux

Les changements prévisibles démographiques influencent les institutions dans les zones d'habitation. Le prototype d'une école, réalisé d'après une solution nouvelle, sera construit dans l'unité de voisinage IV à Halle-Neustadt. On a développé, pour cette école, des unités multi-fonctionnelles, dont les éléments et la construction correspondent à la méthode de construction de bâtiments scolaires de même qu'aux demandes hygiéniques et techniques des jardins d'enfant, permettant ainsi une flexibilité fonctionnelle et technologique. Les unités multifonctionnelles seront utilisées d'abord comme jardins d'enfant, à partir de 1980 avec classes élementaires, à partir de 1985 complètement comme école, à partir de 1990 comme salles des disciplines spécifiques d'enseignement et à partir de l'an 2000 comme locaux pour la qualification des adultes.

DK 711.4

Berndt, G.

619 **Quelques aspects du plan général de la ville de Mersebourg**

deutsche architektur, Berlin 18 (1969) 10, pages 619 à 623, 5 illustrations, 2 plans de situation, 2 perspectives

La ville du district de Mersebourg est située au centre du complexe territorial de la production chimique, de lignite, d'énergie et de l'industrie de la transformation des métaux. La réorganisation urbaine de la ville conditionne les suivants devoirs principaux: élimination des disproportions entre les nouvelles unités de voisinage à la périphérie de la ville et le centre historique; concentration de la construction résidentielle au noyau intérieur de la ville; composition d'un nouvel image de la ville par l'intégration de la substance historique de valeur. Explication des méthodes de planification (pronostic de démographie, réseau, détermination des seuils pour l'approvisionnement technique urbain). Développement préférentiel de la réorganisation socialiste et reconstruction du centre de ville.

31 409